

5.2 Wirtschaft und Umweltschutz

Im Original: Claus Reuther, in Aktion Fischotterschutz, 1993, Habitat Nr. 10 (S. 73)

Und so läuft die Geschichte ... sehr ähnlich: Einige Enthusiasten – die, wie in den meisten Bereichen der Gesellschaft, den Ausgangspunkt für Fortschritt und Innovation bilden – haben eine Idee, aber kein Geld. Auf der Suche nach Finanzierungsquellen müssen diese Menschen feststellen, daß jede Finanzquelle ihre eigenen Regeln, Richtlinien, Prioritäten usw. hat. So versuchen sie, ihre Ideen all diesen Regularien anzupassen und am Ende mögen sie das Geld haben, aber zugleich verloren sie ihre Ideen.

Eigentlich fällt es sofort ins Auge und für den Nachweis engster Verflechtungen zwischen (vor allem großen) Firmen und den deutschen Naturschutzverbänden bedarf es keiner genauen Recherche. Der WWF-Panda findet sich auf dem Stromfresser und Landschaftsschänder ICE, auf der Wegwerfwindel "Pampers" und Katalysatorautos. Der Naturschutzbund, ehemals Deutscher Bund für Vogelschutz, warb 1987 auf der Broschüre "Braunkohlchen" mit dem Ölkonzern BP, aktuell stehen Tengelmann, der Otto-Versand und die Atomfirma Siemenshoch im Kurs beim NABU. Der BUND ist etwas vorsichtiger, hat aber mit dem Kaufhaus HERTIE eine enge Verbindung aufgebaut. Zudem läßt er sich von Ford und der BASF-Tochter Kanoldt sponsorn.

Andere Umweltverbände machen es nicht besser, allein Greenpeace und einige kleinere Verbände sind unabhängig geblieben. Vor allem wegen der riesigen Spendeneinnahmen hat der Hamburger Umweltschutzkonzern Greenpeace ein direktes Sponsoring durch Firmen gar nicht nötig.

Auf den ersten Blick wirkt das Verhalten vieler UmweltschützerInnen wie eine skrupellose Hetze nach Einnahmequellen, um die inzwischen deutlich gewachsene Zahl der Hauptamtlichen und Geschäftsstellen finanzieren zu können. Bei näherem Hinsehen allerdings werden mehr Gründe sichtbar: In den Vorständen vieler Verbände, Stiftungen und Dachverbände sitzen VertreterInnen großer Firmen. Hinter den Kulissen sind enge Kontakte geknüpft, einige Vereine, die nach außen als seriöse Umweltverbände oder -stiftungen auftreten, sind nichts als Geldwascheinrichtungen, in denen große Spenden von Automobil- oder Rüstungskonzernen ankommen, die dann "sauber" an die großen Verbände fließen, ohne daß die Öffentlichkeit merkt, wo das Geld herkommt. Die Distanz zwischen Umweltschutzverbänden und Großindustrie ist nur klein. Wie eng dieser Filz ist, zeigte die bisher größte Kooperation zwischen Industrie und Umweltschutz – der Deutsche Umwelttag 1992 in Frankfurt (siehe Kap. 5.2.2).

Bemerkenswert ist bei allem auch, daß es fast immer nur die großen Firmen sind, mit denen die Umweltverbände Kooperationen eingehen. Wenn es ihnen, wie sie oft heucheln, um die Förderung einer ökologischen Wirtschaftsweise ginge, wäre es konsequent, eher mit kleinen bis mittleren, umweltverträglich und vor allem regional wirtschaftenden Betrieben zusammenzuarbeiten. Wer nur die Großen auswählt, kommt in den Verdacht, das zu tun, weil dort mehr Geld zu holen ist.

Zunehmend gehen die Verbände offener mit ihren Spendenquellen um. Sie tun das nicht, weil Transparenz eine Leitlinie ihres Handelns ist, sondern weil das künf-

tigen Sponsoren ein Signal sein soll: Wir werben für Dich! Bei Umfragen geben nur wenige zu, häufig Sponsorings abzuschließen. So behauptet z.B. die Deutsche Umwelthilfe 1996, nur "selten" auf diese Art Geld anzunehmen und eine strengste Auslese zu vollziehen. Unter den Sponsoren findet sich dann Lufthansa. Der NABU war dagegen nach eigenen Aussagen schon "häufig" dabei, ohne zu dem Zeitpunkt überhaupt Richtlinien für die Geldannahme zu haben. Obwohl es der Industrie inzwischen leicht gelingt, die Umweltverbände für Kooperationen zu gewinnen, reicht es ihnen nicht. Um weitere Imagepflege zu betreiben und vor allem, um unseriöse Behauptungen, Zahlen und Schein-Untersuchungen in einem zuverlässig erscheinenden Rahmen an die Öffentlichkeit zu tragen, haben große Firmen oder Industrieverbände selbst Umweltschutzgruppen oder ökologische Institute gegründet, die sich in die Umweltschutzdebatte einmischen.

5.2.1 Umweltverbände und Wirtschaft

WWF

Der World Wide Fund for Nature (WWF), ehemals World Wildlife Fund, ist eine international agierende Umweltschutzorganisation mit Schwerpunkt im Arten- und großflächigen Biotopschutz (siehe Kap. 3.2.3). In Deutschland sind seine Schwerpunkte neben den bundesweiten Bemühungen um die Einschränkung des Handels geschützter Arten und die Öffentlichkeitsarbeit für internationale Kampagnen, der Schutz großer, symbolischer Vogelarten (Seeadler, Kranich usw.) sowie der Auenschutz. Hinzu kommen die Umweltpädagogik (Materialien für Schulen, Bildungseinrichtungen) und der Pandaclub, ein Versuch, eine eigene Kinder- und Jugendarbeit aufzubauen (Kooperationspartner: Zeitschrift "Ein Herz für Tiere").¹ Neben Greenpeace ist der WWF der zweite große Verband ohne jegliche Demokratie. Er ist eine Stiftung mit Vorstand und Stiftungsrat, es gibt ansonsten nur Fördermitglieder ohne Mitspracherechte. Die eigentlichen Machtzentren liegen in den Geschäfts- und regionalen Naturschutzstellen. Sie handeln relativ selbstbestimmt.

1. Wirtschaftsleute im Vorstand

Von Beginn an versuchte der WWF, bedeutende Persönlichkeiten aus Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft in den Vorstand zu bringen. Die entscheidende Führungsperson der letzten Jahre war der ehemalige VW-Vorstandsvorsitzende Kurt Lotz.² Er brachte weitere Manager im Vorstand unter. Sein Nach-Nachfolger und jetzige Vorsitzende ist Carl-Albrecht von Treuenfels, kein Vertreter der Wirtschaft, sondern Buchautor und Jäger. Aus ähnlicher Ecke kommt auch der Tierfilmer Heinz Sielmann, ebenfalls WWF-Funktionär. Mit von Treuenfels wurde als Neuerung eingeführt, daß der Vorstandsvorsitzende hauptamtlich arbeitet,³ also von der Liquidität des WWF auch beruflich abhängig ist. Weitere Wirtschaftsleute im Vorstand oder Stiftungsrat der letzten Jahren:

- Hans-Olaf Henkel, heute Präsident des Bundes Deutscher Industrie (BDI).³
- Josef Neckermann vom gleichnamigen Versandkaufhaus.³
- Klaus Asche, Chef des Bierdosenkonzerns Holstenbrauerei, war kurze Zeit Vorstandsvorsitzender des WWF (Vorgänger von Carl Albrecht von Treuenfels).³
- Klaus Bellinger, Textilfabrikant aus Köln und Großwildjäger, der gerne auf Safari fuhr und dabei auch geschützte Jaguare tötete. Sein Büro hing voller Trophäen, der WWF trennt sich von ihm nach Bekanntwerden seiner Wilderei.²
- Dr. Michael Otto vom gleichnamigen, größten Versandhaus Europas. Er ist aktuell Stiftungsratsvorsitzender des WWF. 1991 wählte ihn der WWF zum Öko-Manager des Jahres, weil er Produkte des Otto-Versandes ausgetauscht und den Katalog auf chlorfrei gebleichtem Papier (nicht: Recyclingpapier) druckte.⁴ 1989 stellte der WWF einen neuen Geschäftsführer für Planung und Organisation ein. Dieser war zuvor Justitiar und Prokurist der Firma Interatom, Tochterunternehmen von Siemens und beteiligt am Bau des Schnellen Brüters in Kalkar.³

2. Spenden und Sponsoring

Etlliche Firmen sind finanzielle Unterstützerinnen des WWF, unter anderem:

- Otto-Versand⁴
- Holstenbrauerei (1984 Gründung des Holsten-Naturschutzfonds; Werbekampagne mit Heinz Sielmann für Sponsoring an den WWF)²
- IBM Deutschland (ca. 1,5 Mio. DM für eine Wattenmeerzentrum)⁵
- Commerzbank (Geld für Plakate und Ausstellung von 1983 bis 1987)⁶
- American Express⁷
- Artenschutzkreis des Kürschnerhandwerks (Pelztierindustrie)⁵
- AOK: Gemeinsame Aktion "Jugend schützt Natur"⁸

Abgewiesen hat der WWF den Kooperationswunsch einer Saftfirma, die in Kartonverpackungen abfüllt, und einer US-Schnellimbibkette.⁵ Hier war offenbar das Gewissen stärker als die Gier nach Geld. Anders dagegen bei der Firma Unilever, trotz derer Chemieprodukte und ihrer Lebensmittelmarken IGLO und Langnese, die beide für umweltunverträgliche Tiefkühlkost und verantwortungslose Produktions- und Fangmethoden stehen. Nun soll aus dem Bock der Gärtner werden und IGLO vom WWF als Vorzeigebetrieb in Sachen Fischfang aufgebaut werden.⁹

Im März 1997 geriet der WWF International mit seiner Schweizer Sektion in Streit und insgesamt in die Öffentlichkeit. Die Weltwoche berichtete, daß der Konzern ABB dem WWF 0,5 Millionen Dollar überwiesen hatten. Der WWF zog sich einige Zeit später von Protesten gegen die Firma, die ein umstrittenes Staudammprojekt auf Borneo plante, zurück. Der Schweizer WWF protestierte vergeblich.¹⁰

Neu ist eine Kooperation mit AEG (gehört zu Daimler-Benz) unter dem Banner "Consens 25". Diese Aktion paßt zu den vom BUND initiierten Prozeß, Industrie und Umweltschutz insgesamt als Partner darzustellen: Gemeinsamkeiten, Freundschaft, ein faires Miteinander und das Ende der Konfrontation. In der Kooperation mit dem WWF erhalten AEG-Geräte die "Grüne Fliege", ein "Symbol für Menschen, die in unserer Gesellschaft persönlich Verantwortung übernehmen"¹¹.

Neu ist die Kampagne "Zirkel 2005", in der deutsche Unternehmen zusammen mit dem WWF über den Klimaschutz nachdenken. Mit dabei u.a. die Axel Springer AG, Deutsche Bahn AG, Lufthansa AG, Viessmann und Ytong.¹²

1997 startete der "Panda Renditefonds" von WWF und DWS Investmentfonds, einem Unternehmen der Deutschen Bank. Der Fonds erfüllt keinerlei ökologische Qualitätskriterien, der WWF erhält aus jeder Anlage einen Anteil.¹³ Eine weitere Aktionsebene ist die Zusammenarbeit des WWF mit Großbanken, die Gläubiger von Entwicklungsländern sind. Der WWF berät die Banken (z.B. Commerzbank) bei der Ausformulierung von Umweltschutzauflagen, die mit dem Erlaß von Schulden gekoppelt werden – Ökoimperialismus pur. Mit Geld wird Macht ausgeübt, diesmal zum Wohle der Umwelt (jedenfalls scheinbar), aber wie immer in der "Entwicklungs" politik ohne jegliche Mitsprache der Menschen in den Ländern, die es betrifft.¹⁴

Sponsorings zeigen oft auch, wie die Naturschutzverbände von der Industrie beurteilt werden – denn kritischen Gruppen würden Konzerne wohl kaum Geld geben, schließlich könnte es ihnen selbst schaden.¹⁵

Im Original: Michael Arretz von der Otto-Stiftung in einem Vortrag, veröffentlicht in "Öko-Sponsoring" (NNA-Berichte 4/1994, Schneverdingen, S. 47)

Der WWF stellt uns sein Know-How gerne zur Verfügung. ...

Die wichtigsten Partner für den Otto Versand sind seit vielen Jahren die Umweltstiftung WWF Deutschland und der Naturschutzbund Deutschland – große, gut geführte, mitgliederstarke Organisationen mit hoher Akzeptanz in der Öffentlichkeit ...

Es kann nicht die Sache eines Großunternehmers sein, in ideologischer Hinsicht Position zu beziehen. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit einer Organisation, die bewußt provoziert, Grenzüberschreitungen um der öffentlichen Aufmerksamkeit willen kalkuliert in Kauf nimmt oder durch spektakuläre Aktion gezielt vermeintliche oder tatsächliche Umweltsünder an den Pranger stellt, ist deshalb grundsätzlich für uns nicht denkbar. Der ideale Partner ist vielmehr ideologisch ungebunden, macht rationale Erwägungen zum Maßstab seines Handelns, besitzt einen hohen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung, ist unumstritten und für alle akzeptabel.

3. Versand und Vermarktung des Pandas

Anders als die meisten der großen Umweltverbände "verkauft" der WWF sein Signet, den Panda. Firmen, die den WWF dafür mit 5-10 Prozent des Verkaufserlöses fördern, dürfen das Signet als Werbung auf ihre Produkte setzen. Folgende Firmenkooperationen sind entstanden unter Verwendung des Panda-Zeichens: Procter&Gamble (für die Wegwerfwindel "Pampers"), Opel (für das erste Katalysatormodell gegen 250.000 DM Spende für einen Nationalpark sowie aktuell beim Sommer-/Wintercheck), Ritter-Sport (Schokolade, für Verpackungsdesign "Choc für Life"), Lestra (Kinderschlafsack), Atemgold plus, Die Woche (Zeitung), Boehringer Mannheim (Pharmakonzern), Barclays Bank (Kreditcard), Bertelsmann, Microsoft, Aurora Backwaren (neben dem Panda mit irreführendem Aufdruck "aus kontrolliertem, umweltfreundlichen Getreideanbau"), Fernsehsender Premiere, Time Life, Hailo (Dampfbügeleisen und Bügelbretter), Citizen (Uhren), Briefmarkenhaus Krüger (Telefonkarten), Ytong (Betonsteine), Hohes C (Saft u.a. in Einwegflaschen), Sigg Bottle (Aluflaschen), Carl Kühne (u.a. Senfhersteller).¹⁶

Für die Vermarktung des WWF-Emblems ist eine gesonderte Firma mit dem Namen PANDA Fördergesellschaft für Umwelt mbH (PFG) gegründet worden, diese Geldeinnahmequelle ist also strategisch geplant und gewollt. Umweltkriterien spielen bei der Vergabe des Panda keine Rolle, die genannten Produkte heben sich von anderen auch nicht durch eine besondere Umweltverträglichkeit ab. Für die benannten Kooperationen bestehen zwar Richtlinien, in denen auch die besondere Umweltgerechtigkeit der Firmen benannt sind,¹⁶ diese werden aber angesichts der Liste der Kooperationspartner offenbar vom WWF nicht beachtet.

Neben der Stiftung WWF und der Panda-Vermarktungsgesellschaft mbH gibt es noch die PANDA-Versandhandel GmbH, die per Katalog Waren vertreibt.

Insgesamt ist der WWF Deutschland der einzige der großen Umweltverbände, der direkt und uneingeschränkt mit Firmen zusammenarbeitet, ohne überhaupt zu versuchen, unabhängig zu wirken. Typisch ist z.B. die Gestaltung von ICE-Loks mit großem Pandaaufdruck – obwohl der ICE der erste Zug ist, der von der Energiebilanz und den Landschaftsschäden beim Bau der Trassen her kaum noch das Prädikat "umweltgerechtes Verkehrsmittel" verdient.

1997 schuf der WWF ein zusätzliches Angebot für Firmen: Die können sich jetzt Werbegeschenke mit eigenem Firmenaufdruck vom WWF liefern lassen – Weihnachtspostkarten, Weinflaschen- oder Handtuchhalter, Taschenmesser usw.¹⁷

Naturschutzbund

Etwas zurückhaltender als der WWF agiert der Naturschutzbund. Das rührt aber nicht nur aus dem größeren Bedürfnis, als ideeller, uneigennütziger Verein wahrgenommen zu werden, sondern auch an den strategischen Defiziten, die der Ex-Vogelschutzbund bis vor wenigen Jahren hatte. Erst in neuester Zeit ist eine handlungsfähige Geschäftsstelle entstanden, die eine professionelle Medien- und Finanzbeschaffungsarbeit leistet (siehe Kap. 3.2.2).

1. Spenden und Sponsorings

Vor zehn Jahren wirkten die Versuche des NABU (früher: DBV), Wirtschaftsunternehmen als Finanzgeber zu finden, noch ungeübt und anbiedernd:

– An Großkonzerne wurden inhaltsleere Spendenbitten geschrieben.

Im Original: Brief des DBV-Präsidenten Hans Scholten an die Lufthansa-AG (11.7.86)

Sehr geehrter Herr ..., erlauben Sie mir, daß ich Sie, obgleich wir uns nicht persönlich kennen, sehr persönlich anspreche. Als Jurist und Mann der Wirtschaft - ich bin Ministerialrat im Wirtschaftsministerium in Düsseldorf - habe ich mich dem Deutschen Bund für Vogelschutz e.V. (DBV), Deutschland ältestem und größtem Naturschutz, vor kurzem als Präsident zur Verfügung gestellt, weil der rapide wachsende Verband ohne juristische und Verwaltungskennnisse nicht mehr zu führen war. Die Herren, die mich im Präsidium umgeben, sind Chefärzte, Fabrikanten, Vorstandsmitglieder von Unternehmen ... Was uns neben Führungsaufgaben zur Übernahme eines Ehrenamts im DBV bewogen hat, ist die Überlegung, daß die Bundesrepublik einen solchen Verband im Interesse des Schutzes der Vogelwelt unserer schönen Heimat braucht. Der 1889 von der Industriellengattin Lina Hähnle in Stuttgart gegründete DBV ...

– Zusammen mit dem Öl-Konzern BP gab der DBV 1987 eine Broschüre zum Jahresvogel Braunkehlchen heraus. Die Werbung des Konzern prangte auffällig auf dem Titel mit dem Schriftzug "BP – Zeichen setzen für die Umwelt".

– Im Jahr 1987 versuchten der DBV und die Commerzbank eine Kooperation. Da auch Fragen der Jugendarbeit betroffen waren, wurde in der DBV-Jugendorganisation über die Kooperation gesprochen. Die abschließende Debatte war auf der Bundesjugendversammlung geplant. Dem Geschäftsführer des Gesamtverbandes war diese öffentliche Debatte unangenehm.

Im Original: Brief des Geschäftsführers Günter Mitlacher an die DBV-Jugend (19.3.87)

... Die breite Erörterung des Commerzbank-Konzeptes im Plenum des Buko ist aus der Sicht des Bundesverbandes äußerst schädlich. Die Zusammenarbeit mit der Commerzbank und das Ansehen des Gesamtverbandes stehen damit auf dem Spiel. Denn wer garantiert, daß die Commerzbank nicht von dieser - wie auch immer gearteten - Diskussion erfährt und der DBV-Jugend gegenüber skeptisch wird. Verlässliche Partner werden die DBV-Jugend und der Bundesverband dann nicht mehr sein.

Nach anfänglicher Kooperation verzichtete die Commerzbank selbst auf eine Fortführung und ließ durchblicken, daß sie kein Vertrauen in die Professionalität des DBV hätte.¹⁸ Ab Mitte der 90er Jahre gab es wieder Kooperationen.

Aktuell bestehen u.a. Kooperationen mit:¹⁹ Unternehmensgruppe Tengemann (Tengemann, Plus usw.), die Anzeigen im Verbandsmagazin schaltet und unter anderem das Naturschutzbund-Zentrum "Blumfelder Mühle" gesponsort hat (siehe 3.2.2), Lufthansa (Kranichschutz), Otto-Versand (Elbtalaue, NABU-Vertreter sitzt im Kuratorium der Otto-Stiftung, KeyMail (Schlüsselanhänger- und Schlüsselfinderfirma), Ford AG (für Biotopmaßnahmen im Raum Köln),²⁰ Telekom, Telecard (Produktion einer Wegwerf-Telefonkartenserie zugunsten des NABU), IBM Deutschland (Sachmittelspenden für die NABU-Akademie Gut Sunder), Prince Denmark (Tabakfirma, Werbeaktion für Praktikum im Moorschutz)²¹ und Deutscher Sparkassen- und Giroverband. Der bayrische Landesbund für Vogelschutz (LBV), enger Kooperationspartner des Naturschutzbundes, ist mit der Gipsabbau- und verarbeitungsfirma Knauf verbunden.

Ein bemerkenswerter Vorgang war die Preisverleihung des "Dino des Jahres".²² Diese Auszeichnung wird jährlich an einen bedeutenden Umweltverschmutzer verliehen und zeigt im konkreten Fall, wie durchdachte Aktionen durch geldorientiertes Handeln karikiert und so in ihrer Wirkung verringert werden können. 1995 wurde Hans-Olaf Henkel mit dem "Dino" ausgezeichnet für seinen Versuch, als Präsident des BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) die Ökosteuerreform zu verunglimpfen und Diskussionen um Ozonwerte und Technikfolgen als "aufgeregt" abzutun. Drei Jahre vorher hatte der WWF das Gegenteil getan: Henkel wurde zusammen mit der Zeitschrift "capital" zum Ökomanager des Jahres gekrönt. Im Frühjahr 1998 präsentierte der Naturschutzbund auf vier Seiten in seiner Zeitschrift "Naturschutz heute" eine neue Kooperation. Zusammen mit der Firma "Unicomdirekt" wurde für Verträge mit Siemens-Handys geworben. Das aber hat-

te Konsequenzen. Mehrere Zeitungen berichteten, es gab Austritte und der NABU kündigte in einem Schreiben an die Mitglieder eine Überprüfung der Kooperation an. Siemens ist der führende Atomkonzern Deutschlands. Umweltverbände haben gemeinsam den Siemensboykott ins Leben gerufen, der auch zu Protesten gegen den NABU aufrief. Mitträger des Siemens-Boykotts sind viele Umweltverbände, darunter auch die Jugendorganisation des NABU, jedoch fehlen die großen, etablierten Verbände, so auch der NABU. Er erhielt von Unicomdirekt 50.000 DM, NABU-Mitglieder bekommen das Siemens-Handy zu Sonderkonditionen.²³

2. Wirtschaftsleute in Vorständen

NABU-Gremien sind von Staatbediensteten geprägt. Einzelne Personen auf Führungspositionen kommen aber auch aus der Wirtschaft:

- Dr. Hans Scholten, 4 Jahre Präsident und zeitgleich Ministerialrat im Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen.
- Dr. Fedor Strahl (langjähriger DBV-Vorsitzender in Niedersachsen und stellvertretender DBV-Präsident, heute noch ständiger Berater des Präsidiums) war Eigner der Chemiefirma Weserland KG und als Sprecher der Gruppe Nord der bundesweiten Lackindustrie an Diskussionen über zur Täuschung dienenden Umweltsiegeln beteiligt.²⁴ Der DBV reagierte auf die Veröffentlichung dieser Tätigkeiten des Spitzenfunktionärs in "natur" mit Drohungen gegen die Redaktion.
- Der Schatzmeister im NABU-Präsidium, J. Wagner, ist Direktor der Rheinischen Hypothekenbank, die sich im Besitz (97,6%) der Commerzbank befindet. Dort sitzen wiederum Hoechst, VEBA, Bayer und RWE im Aufsichtsrat.

3. Sonstige Kooperationen

Unkritisch ist der Naturschutzbund bei der Auswahl der kurzfristigen Kooperationen, z.B. der Anzeigenschaltung in Vereinszeitschriften. Auch die Jugendorganisation nimmt, was sie kriegen kann. So prangte in den vergangenen Jahren einige Male eine Anzeige der Müllverbrennungsfirma Herhof (Trockenstabilat).

Immer wieder hält der hauptamtlich bezahlte Präsident, Jochen Flasbarth, selbst die Industriekontakte. So war er maßgeblich beteiligt an den Gesprächsrunden zwischen großen Verbänden und Bundesregierung zum Thema "Elbauen", die von der Otto-Stiftung organisiert und bei der örtliche Initiativen ausgegrenzt wurden.²⁵ Noch deutlicher wird Flasbarths Suche nach Industriekontakten bei seiner Mitarbeit in der Jury eines Commerzbank-Umweltpreises. Mit Foto und Funktionärstitel macht er auf den Broschüren der Commerzbank Werbung, neben ihm sitzen in der Jury vor allem Wirtschaftsbosse von Commerzbank oder dem Verband Deutscher Ingenieure sowie die Bundesumweltministerin Angela Merkel. Das Ergebnis: 1996 wurde der erste Preis an eine Zulieferfirma für Automobilkonzerne vergeben. 1997 erhielt den Preis die Vorwerk & Co. Teppichwerke GmbH für die Wiederverwertung von auf dem Werkgelände anfallenden Teppichresten. Die Vorbeurteilung der eingehenden Wettbewerbsarbeiten erfolgt durch den industrieorientierten Umweltverband A.U.G.E. (siehe unten).²⁶

In verschiedenen Aussagen zeigt sich der zunehmend leichtfertige Umgang des Naturschutzbundes mit Wirtschaftsunternehmen. Offenbar steht einer Ausdehnung der Sponsorings nur die nach wie vor fehlende Professionalität des aus alten Vogelschutzzeiten trägen Verbandes im Wege.

Im Original: Jochen Flasbarth, Präsident des NABU, in "Ökosponsoring" (S. 51)

Auch der NABU hat den ursprünglich als "Unternehmensspenden" geführten Finanzierungsbereich zum Sponsoring ausgebaut. Die Zielsetzung des Sponsorings läßt sich für den NABU auf einen kurzen Nenner bringen: Da die Aufgaben und Projekte des Verbandes bei weitem die eigenen Mittel übersteigen, geht es schlicht um die Finanzierung geeigneter Projekte. ... Die häufig geäußerte Befürchtung, ein Verband könnte durch einen Sponsorpartner seine Unabhängigkeit verlieren oder das sponsernde Unternehmen könnte auf die Politik und ganz konkrete Positionen des Verbandes Einfluß nehmen, hat sich in der Praxis als unbegründet erwiesen.

Beispiel: NABU-Präsident Jochen Flasbarth auf dem Deutscher Umwelttag

Im Verlauf des Deutschen Umwelttages 1992 forderte Flasbarth die stärkere Einbindung der Automobilindustrie und beschimpfte die KritikerInnen der Industriedominanz auf dem DUT.

Als eigenwirtschaftlichen Bereich baute der DBV in den 70er Jahren den DBV-Verlag sowie später weitere Firmenzweige auf. Darunter waren die DBV-Tours, die etliche Flugreisen anboten.²⁷ Heute sind diese Firmen weitgehend eigenständig und tragen auch nicht mehr den gleichen Namen wie der Verband, da der sich zwischenzeitlich in Naturschutzbund Deutschland umbenannte.

Wenig kritisch gehen auch viele Untergliederungen des Naturschutzbundes mit Firmenkooperationen um. Beliebte Partner sind die Versorgungsunternehmen.²⁸

BUND

Im BUND liefen Anfang der 90er Jahre umfangreiche Diskussionen und Entscheidungsprozesse zum Sponsoring. Viele Personen kämpften für das Ziel, gar keine Sponsorings anzunehmen und Kooperationen mit der Wirtschaft nur unter dem Hauptgesichtspunkt der ökologischen Veränderung von Unternehmen zu sehen. Das paßt zum aktuellen Hauptthema des Verbandes, der ökologischen Wirtschaftsreform (Debatte um Nachhaltigkeit, Ökosteuern). Die radikalen Stimmen, die eine Unvereinbarkeit zwischen umweltschädlichen Großkonzernen und dem BUND sahen, sind allerdings verstummt.

Im Original: Auszug aus einer BUND-Selbstdarstellung (ohne Datum, ca. 1995)

Sponsoring herkömmlicher Machart wird es mit uns aber nicht geben. Wir wollen das BUNDsignet weder auf Yoghurtbechern, noch auf Papiertaschentüchern wiederfinden, auch wenn wir damit unser Budget aufpolieren könnten. Wenn mit Öko-Werbung nur die Unternehmens-Fassaden begrünt werden sollen, damit dahinter die Betonmischer ungestört weiter laufen können, sagen wir Nein Danke!

1. Spenden, Sponsorings und Kooperationen

Der BUND ist inzwischen eine Vielzahl von Kooperationen eingegangen. Dabei wurden fast immer große und finanzstarke Firmen bevorzugt.

- Vor einigen Jahren begann eine enge Kooperation mit der Kaufhauskette Hertie, in dessen Verlauf neben dem Sponsoring auch Versuche liefen, das Waren-

angebot des Konzerns zu beeinflussen. Ohne Schuld des BUND scheiterten etliche der Vorschläge daran, daß Hertie 1994 von der Karstadt AG, dem größten Warenhauskonzern Europas, aufgekauft wurde und sich die Unternehmenslogik änderte. Allerdings wurde schnell klar, daß der BUND sehr blauäugig in die Kooperation ging und glaubte, der Konzern könne ein echtes Interesse an einer Ökologisierung seines Betriebes haben, und nicht um einen Imagegewinn bemüht sein. Ohne Beachtung blieb auch die Geschichte des Konzerns: Die Nazis raubten das Warenhaus den jüdischen VorbesitzerInnen.

Im Original: Auszug aus Jutta Ditfurth, 1997, "Feuer in die Herzen", Konkret Literatur Verlag, Hamburg (S. 456)

Ich erinnere mich an eine gemeinsame Ausstellung von Hertie, BUND und Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) in Frankfurt im Sommer 1991. Unter einem großen Farbfoto einer Afrikanerin mit zwei oder drei Kindern, die auf dem Boden ihrer Hütte kauerten, stand sinngemäß: Immer mehr Menschen zerstören die Erde.

- Zusammen mit Neckermann führte der BUND einen Wettbewerb durch.²⁹
- BUND Mitarbeiter und Autor der BUNDmappe "Kommunaler Umweltschutz" war Michael van Allen, selbst Umweltberater von Coca Cola Deutschland und damit nicht nur tätig für einen der Hauptdosenproduzenten, den "Erfinder" der Plastikflasche usw. Unter falschem Namen ließ sich van Allen in den Verteiler der Aktion "Total Tote Dose" setzen, um über Anti-Dosen-Aktionen informiert zu sein. Zudem gab er Daten von Personen weiter, die mit "Dosenkillern" (kleine, gefaltete Pappschnipsel) Automaten lahmlegten oder dazu aufriefen.³⁰
- Zusammen mit einem Versicherungsunternehmen werden Autoversicherungen für Mitglieder angeboten, bei denen InhaberInnen einer BahnCard einen Teil der Kosten erlassen werden – für die Versicherung weiter ein gutes Geschäft.³¹
- Am 14. März 1997 meldete die "taz", daß der BUND Thüringen eine Klage gegen den Energieversorger VEAG und das von diesem geplante, das Goldisthal zerstörende Pumpspeicherwerk zurückgezogen hat, weil selbiger sieben Millionen Mark an den BUND für eine vom ihm zu gründende Stiftung gezahlt hatte. Auch der "Spiegel" und andere berichteten. Der Landes- und gleichzeitig stellvertretende Bundesvorsitzende, Ralf-Uwe Beck, versuchte in der Öffentlichkeit, eine Notsituation zu konstruieren, weil dem BUND angeblich die Gelder für die Fortführung der Klage fehlten. Abgesehen davon, daß das immer noch keine Begründung für die Annahme der sieben Millionen Mark gewesen wäre, stimmt diese Aussage nicht. Die Bestechlichkeit des BUND schlug innerhalb und außerhalb des Verbandes hohe Wellen (siehe Kap. 5.2.2). Den grundsätzlichen Beschluß zur Annahme des Geldes und Rücknahme der Klage hatte der Bundesvorstand gefällt – mit 5 Ja-Stimmen gegen den Widerstand der zwei ältesten Vorstandsmitglieder, von denen eines Ende 1997 auch ausschied.³²

Im Original: Ralf-Uwe Beck in der BUND-Broschüre "rückblick" zum 20-jährigen Jubiläum des BUND 1995, d.h. ca. 1 Jahr vor dem 7-Millionen-Mark-Rückzieher
Wir haben zu DDR-Zeiten gelernt, konsequent zu sein und durchzuhalten.

- Der BUND ist Mitträger des Europäischen Umweltpreises, der von der Ford AG (Automobil- und Rüstungskonzern) durchgeführt wird. Sprecherin der Jury war lange Zeit die stellvertretende BUND-Bundesvorsitzende Angelika Zahrnt.³³
 - In Anzeigenkampagnen warb der BUND zusammen z.B. mit dem Otto-Verband und der Daimler-Tochter AEG für die ökologische Steuerreform. Damit machte er nicht nur für diese Firmen Werbung, sondern zeigt auch, daß die Steuerreform offenbar noch nicht einmal einen Konzern wie Daimler stören würde.³⁴
 - 1990 schloß der BUND eine Sponsoringvereinbarung mit der Firma Nikon (Optik). Nikon ist Tochterunternehmen der Mitsubishi, einem Automobil- und Rüstungskonzern, der zudem an der Zerstörung der Tropenwälder beteiligt ist.³³
 - Seit 1996 führt der BUND verstärkt Kampagnen durch, die weniger politischen Zielen als der Imagewerbung und Spendengewinnung dienen. Für die Aktion "Zukunftswald" sind das Kaufhaus Hertie (Tochter von Karstadt), der Arzneimittelkonzern Kanoldt (100%ige Tochter der BASF) und die Ford Automobilwerke gewonnen und in BUND-Veröffentlichungen dafür auch angepriesen worden.³⁵
- Bemerkenswert ist, daß BUND-FunktionärInnen, z.B. der Leiter der BUND-Abfallkampagne, Olaf Bandt, das Duale System Deutschland (DSD) für reformfähig und dessen Auflösung für falsch halten.

Im Original: Auszüge aus dem Beitrag von Olaf Bandt (Leiter der BUND-Abfallkampagne) zur Reform des DSD (BUNDschau 2/95, S. 35)

Am Anfang des Dualen Systems stand die Idee der Produktverantwortung. ... Den riesigen Erfolg, den die Umweltbewegung mit der Festschreibung dieser Produktverantwortung im Verpackungssektor errungen hat, sollten wir uns nicht angesichts der unzulänglichen Umsetzung aus der Hand schlagen lassen. Denn die Grenzen für Abfallvermeidung sind enger als ... und die BUNDjugend es meinen.

Zum Vergleich aus dem Beitrag der BUNDjugend in derselben Debatte (S. 38)

Die für eine Restaurierung dieses Wracks aufzubringenden Mittel sind an anderer Stelle sicherlich besser aufgehoben. Durch einen konsequenten Ausbau des Mehrwegsystems (Transportwege, höhere Umlaufzeiten, Einheitsflaschen etc.) würden sich langfristig gesehen die Einwegverpackungen von selbst verabschieden und Institutionen wie dem DSD wäre die Grundlagen entzogen.

Die Firmenkooperationen des BUND sind unauffällig und tauchen in den eigenen Medien nur sehr selten auf. Umso wichtiger war dem Verband der Aufbau von Vereinen, die anrühige Gelder annehmen und unbemerkt an den BUND weiterleiten. Teilweise enge Beziehungen unterhält der BUND zu Firmenvereinigungen, die, verglichen mit den großen Verbänden wie BDI oder DIHT, relativ progressive Ideen unterstützen (z.B. die Einführung von Ökosteuern). So verfaßten BUND und der Bundesverband Junger Unternehmer 1993 das "Plädoyer für eine ökologisch orientierte Soziale Marktwirtschaft". Wieweit solche Kooperation auch mit Geldflüssen verbunden sind, ist nicht bekannt.

Anfang 1998 bewies eine Einzelperson, wie nah sich Umweltverbände und Industrie sein können: Jens Katzek, unter anderem Leiter des BUND-Fachreferates für Gentechnik, wechselte die Seiten – fortan arbeitet er für die Kleinwanzlebener Saatzucht AG, eines der führenden deutschen Gentechnikunternehmen.³⁶

2. Verdeckte Spendenannahmen

Eine Spezialität des BUND ist es, in der Öffentlichkeit eine hohe Präzision und inhaltlich-politische Orientierung bei der Auswahl der potentiellen Partner aus der Wirtschaft vorzuheucheln, um Firmenspenden unbemerkt oder über verdeckte Kanäle anzunehmen. Schon die direkten Sponsorings des BUND von Hertie, einer BASF-Tochter, dem Atomkonzern VEAG und dem Autohersteller Ford sind dazu angetan, den BUND als Sponsorpartner der Großindustrie, der umweltorientierte Leitlinien nicht einhält, zu enttarnen. Zusätzlich aber ist der BUND zweimal Initiator von Vereinen gewesen, die die Aufgabe haben, Spendengelder anzunehmen und gezielt weiterzuleiten – zum einen in konkrete Projekte, die teilweise vorher vom BUND finanziert werden mußten (z.B. Schutzprojekte in der französischen Crau), zum anderen aber auch den BUND selbst. Die Namen der "Spendenwaschanlagen": Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur) und Deutsche Umwelthilfe (DUH).

Die Spendenwaschanlagen: SEN und DUH

Die Abkürzungen stehen für Stiftung Europäisches Naturerbe (auch unter dem modernen Kurztitel "Euronatur" bekannt) und Deutsche Umwelthilfe. Beide treten seit Jahren nach außen mit einigen spektakulären, aber niemanden störenden Projekten auf, z.B. die Finanzierung großer Schutzgebietsprojekte oder Aktionen der Umwelterziehung. Zudem werden viele Informations- und Selbstdarstellungsblätter herausgegeben. Beide Organisationen sind vom BUND gegründet worden, der NABU und andere stiegen dann später ein. Ihr eigentlicher Zweck ist, Spendengelder von Großfirmen einzuwerben, anzuhäufen und an die beiden Verbände, die sich die Geldannahme von Konzernen wie Daimler-Benz wegen des zu befürchtenden Imageverfalls nicht leisten können, entweder weiterzuleiten oder aber damit deren Projekte finanzieren. Die Finanzgeschäfte von SEN und DUH sind schwer zu durchschauen, da beide Organisationen keine breite Basis haben, der sie Rechenschaft ablegen müssen. Dreh- und Angelpunkt ist die gemeinsame Geschäftsstelle in Radolfzell, nur wenige gewählte Funktionäre treten in Erscheinung.

Im Original: Moderation der ZDF-Sendung "Kampfplatz Natur" am 10.12.1995

Radolfzell ist klassische Anlaufstelle für Ökosponsoren. Die Stiftung Europäisches Naturerbe und die Deutsche Umwelthilfe stehen willigen und finanzkräftigen Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite. ... Öko-Allianzen will man schneiden".

Im Original: Auszug aus der SEN-Zeitschrift "Euronatur" 1/1994 (S.2)

Damit war die Idee "Natur ohne Grenzen" geboren, die wir mit Hilfe des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit der Gründung der Stiftung Europäisches Naturerbe (EURONATUR) umsetzten. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) stiegen danach als weitere Stifter hinzu.

Im Original: Auszug aus "Ein Portrait der Stiftung Europäisches Naturerbe" in der Zeitschrift für Ökologie und Naturschutz, 2/96 (S. 115)

Gegründet wurde die Stiftung Europäisches Naturschutz (EURONATUR) im Jahre 1987 als Stiftung des privaten Rechts. Erster Stifter war der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Um eine bessere Vernetzung mit weiteren Verbänden zu erreichen, wurden die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) als zusätzliche Stifter gewonnen. ...

Die enge Verbindung vor allem zum BUND wird auch personell deutlich. Neben Claus Peter Hutter findet sich immer wieder der Name Gerhard Thielcke. Er ist Vizepräsident der Stiftung Europäisches Naturerbe, Vorsitzender der Deutschen Umwelthilfe und war einige Jahre Bundesvorsitzender des BUND. Lutz Ribbe, einst Hauptamtlicher und auch heute noch tätig beim BUND, ist ebenfalls Mitarbeiter der Stiftung. Die Deutsche Umwelthilfe berichtet in ihren Heften auch immer wieder von Projekten, bei denen sie den BUND unterstützt. Am deutlichsten aber wird der enge Zusammenhang aus einem Schaubild im Jahresbericht 1989 des BUND-Bundesverbandes. Dort wird die Stiftung Europäisches Naturerbe als eigene Abteilung geführt. Im BUND-Bundesvorstand sitzt als Schatzmeister Jürgen Rosemund, der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe ist – ein kurzer Draht also zwischen dem BUND und seiner Spendenannahmestelle. Hinzu kommen im Vorstand der Stiftung Europäisches Naturerbe der Ex-BUND-Bundesgeschäftsführer Lorenz Graf und der ehemalige stellvertretende NABU-Bundesvorsitzende und niedersächsische NABU-Chef Dr. Fedor Strahl. Damit vergrößert auch der NABU seinen Einfluß auf die attraktive Spendenwaschanlage. Daß gerade Strahl in das Gremium rückte, paßt zum Charakter der Stiftung: Strahl war Industrieller²⁴ und hat viel dazu beigetragen, den NABU vom VogelschützerInnenendasein zu einem professionellen, staats- und wirtschaftsnahen Verband mit hohen Spendeneinnahmen umzubauen. Er ist enger Vertrauter von Präsident Jochen Flasbarth und hat dessen Aufstieg an die Spitze des Verbandes unterstützt. Zudem ist der Ex-BUND-Bundesvorsitzende Gerhard Thielcke Vorsitzender der Karl-Kaus-Stiftung, einer mit dem Geld eines Unternehmers arbeitenden Stiftung, deren Vorstand von Personen aus DUH und SEN kontrolliert werden, u.a. sind neben Thielcke noch Claus Peter Hutter und Jürgen Resch im Vorstand.³⁹

Im Original: Auszug aus der Zeitschrift Ökotest 11/1991 (S. 11+12)

So stecken hinter der Deutschen Umwelthilfe zwei Große der Branche: Der BUND und der Naturschutzbund. ... Der Löwenanteil des Geldes wird säuberlich geteilt: Die eine Hälfte für den BUND, die andere für den Naturschutzbund. "Kaskadenfinanzierung" nennt man das Geschäft, das die Umwelthilfe perfektioniert hat, in der Spendenbranche: Der Spender gibt sein Geld an Verein X. Der greift Verwaltungskosten ab und reicht es stillschweigend weiter an Verein Y. Der produziert neue Verwaltungskosten und finanziert schließlich irgendwelche Projekte, die letztlich vielleicht Verein Z betreibt. Die Spender werden nicht gefragt.

Als Geschäftsführer von Euronatur fungiert seit dem 2.1.1997 mit Christian Roth ein Mann der Wirtschaft. Er arbeitete vorher in der Aluminiumproduktion.⁴⁰

Die drei größten Kooperationspartner sind:

- Der Wasch- und Lebensmittelkonzern Unilever förderte die DUH und Umweltprojekte am Bodensee mit 1,3 Mio. Mark. Lever selbst darf diese Unterstützung bei der Werbung für das Waschmittel "Skip" benennen.⁴¹ Die später auch von der DUH gegründete Bodenseestiftung ist Expo-Projekt.
- Die Lufthansa AG mit materieller Unterstützung (Freiflüge für internationale Kontakte usw.) und Geldspenden für ein Kranichschutzprojekt in Spanien.⁴²

- Der Automobil- und Rüstungskonzern Daimler Benz als ständiger Sponsor für viele Projekte sowie Kooperationspartner der Kampagne "natürlich mobil".⁴³

Im Original: Auszüge aus der Zeitung "Euronatur", Jahrgänge 1993 und 1994, verschiedene Seiten und Berichte (alle Texte von SENselbst)

Der "Lufthansa Umweltförderung" gilt unser besonderer Dank. ...

Deutschland ... Nationalpark Elbtalauen ... Das Projekt wird seit Jahren von der Daimler-Benz AG und vom Karl-Kaus-Gedächtnis-Fonds gefördert.

Spanien ... Extremadura ... Erhaltung der Stein- und Korkeichenwiesen ... Von Anfang an dabei: Die "Lufthansa Umweltförderung", die "Zoologische Gesellschaft Frankfurt ..."

... im Osten ... 17 Naturschutzprojekte ... Dank der Unterstützung durch die "Lufthansa Umweltförderung" ...

Griechenland ... Schutz des Nestosdeltas ... Die Aktivitäten von EURONATUR in Griechenland werden von Daimler-Benz unterstützt.

Mittelmeer: Naturschutzstation auf der Insel Alonnisos ... Schutz der Mönchsrobbenkolonie an einem Küstenabschnitt von Mauretanien ... Die vielfältigen Aktivitäten von EURONATUR im Rahmen des Mönchsrobbenprojektes wurden unterstützt von Daimler Benz.

... Wanderausstellung ... Diese Aktion wurde unterstützt von der Daimler-Benz AG.

Deutschland ... Die Daimler-Benz AG unterstützt die Naturschutzarbeit im Müritz-Nationalpark schon seit Jahren.

Griechenland ... Die Daimler Benz AG unterstützt die Aktivitäten von EURONATUR im Nestosdelta. Dafür herzlichen Dank!

Ökologische Bausteine Europas ... neuen Aktion... Dazu brauchen wir Signale von Vorbildern, wie sie die Deutsche Lufthansa AG setzt mit ihrem Essensangebot für ihre Mitarbeiter, das aus Nahrungsmitteln des alternativen Landbaus zubereitet wird, und der Zusage, die Aktion "Ökologische Bausteine Europas" nach Kräften und bis zur Jahrtausendwende zu fördern.

Griechenland ... Meeresnationalpark Nördliche Sporaden ... Die Daimler-Benz AG unterstützt die Initiativen von EURONATUR im Mittelmeer.

"Natur ohne Grenzen" und EURONATURs Anschlußkampagne "Ökologische Bausteine Europas" werden von der "Lufthansa Umweltförderung" unterstützt.

Es ist erfreulich, daß neben den vielen Spendern und Paten, die unsere Arbeit erst möglich machen, auch Wirtschaftsunternehmen wie Daimler-Benz oder die Deutsche Lufthansa die Bemühungen von EURONATUR unterstützen.

Deutschland ... EURONATUR kooperiert bei Naturschutzarbeiten in den Elbtalauen mit der Karl Kaus Stiftung und wird von der Daimler Benz AG unterstützt. Partner bei der Lobbyarbeit sind BUND und NABU.⁴⁴

In weiteren Heften werden Kooperationen mit der Weltbank, der in der staatsnahen Entwicklungshilfe tätigen "Gesellschaft für technische Zusammenarbeit" (GTZ) sowie den staatlichen Umweltministerien geschildert.⁴⁵ Die Deutsche Lufthansa und die Daimler-Benz AG finanzierten sogar in mehreren Fällen die Zeitschrift der Stiftung,⁴⁶ und auch die spanische Luftfahrtgesellschaft Iberia war bei einem Projekt dabei. Einige kleinere Firmen sind unter den Spendern. Euronatur-Chef Hutter benannte als Grund für die Kooperation mit Mercedes Benz deren Umweltsengagement durch die Entwicklung der A-Klasse.⁴⁷

Nicht ganz so drastisch wirbt die Deutsche Umwelthilfe für ihre Spenderfirmen. Herausgehoben wird immer wieder die Unterstützung durch Lever und Kyocera. Am 11.2.1998 schickte die DUH einen Brief an andere Umweltorganisationen mit der Aufforderungen, Drucker dieser Firma zu kaufen. Neu gegründet wurde die DUH Umweltschutz Service GmbH, die die Kontakte zu Firmen professionalisiert und mit der GmbH-Gründung auch aus jeglicher Kontrolle durch die Mitglieder

der DUH und die Öffentlichkeit herauszieht. KundInnen dieser Firma sind nach DUH-Auskunft neben Lever und Kyocera wieder mal Daimler-Benz und Lufthansa. Die Deutsche Umwelthilfe baute 1993 einen Diskussionskreis mit ManagerInnen von Neckermann, Apple, Peacock, Braas, Toshiba und Lufthansa auf.⁴⁹ 1997 startete die Deutsche Umwelthilfe eine Kooperation mit der Ökobank. Dort werden GeldanlegerInnen für Ökoprojekte gesucht – angesichts dessen, daß die umweltinteressierte Bevölkerungsschicht eher aus reichen Menschen besteht, ein erfolgversprechendes Verfahren. Wer auf seine Zinsen verzichtet, fördert damit die Deutsche Umwelthilfe.⁵⁰ 1995 gründete auch Euronatur eine Service GmbH.

Im Original: Infos zur Euronatur Service GmbH in einem Werbebrief vom 16.4.1997

Dies eröffnet uns eine Reihe neuer Möglichkeiten, die sowohl den Interessen der Firmen entgegenkommen als auch neue Aktivitäten zur Unterstützung der Projektziele unserer Stiftung zulassen. ...

Je nachdem, ob in diesem Zusammenhang Gegenleistungen zu erbringen sind oder nicht, kann dies dann entweder über die Stiftung Europäisches Naturerbe oder über die EURONATUR Service GmbH abgewickelt werden.

Die bei Kooperationen auch nach außen getragene und damit für die Unternehmen werbewirksame deutliche Benennung der Unternehmen ist kein Zufall, sondern System. Welche Gedanken dahinter stecken, macht immer wieder Claus-Peter Hutter, Präsident der Stiftung Europäisches Naturerbe deutlich. Bei ihm wird der Kontakt zu den Unternehmen zum Hauptzweck des Ganzen, die Unternehmen werden zu Vorbildern im Umweltschutz. Die folgenden Texte sind vor dem Hintergrund zu lesen, daß Hutter Daimler-Benz und Lufthansa im Auge hat.

Im Original: Auszüge von C.P. Hutter in "Politische Ökologie", Nov. '95 (S. 62-66, 71)

Soll der Naturschutz mit der Wirtschaft kooperieren? Gegenseitiger Vorteil ...

Nun ist das Verhältnis etwa der Umweltorganisationen zur Wirtschaft häufig von öffentlichen Auseinandersetzungen über die Umweltschäden durch die Wirtschaft geprägt. ... Doch die Zeit ist reif, die eingefahrenen Gleise zu verlassen. ... Vor allem eine Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen, die international tätig sind, könnte hier helfen. ...

Es ist schon ein Unterschied, ob der Biohof um die Ecke mit seinem Hofladen gerade mal zwei, drei Dutzend Menschen erreicht, oder ob – wie jetzt bei der Deutschen Lufthansa geschehen, ein Unternehmen durch entsprechende Umstellungen in der Betriebskantine (Lufthansa Hamburg) durch eine große Nachfrage nach ökologisch erzeugten Produkten dafür sorgt, daß sich der Naturschutz weiter auf sein Ziel ... zubewegt. ... Eine kritische Überprüfung durch die Deutsche Umwelthilfe brachte etwa zu Tage, daß in den Büros des Waschmittelkonzerns Lever (Hamburg) konsequenter an die Gestaltung eines umweltverträglichen Büroalltags herangegangen wird, als in manchem Naturschutzbüro. ...

Der Naturschutz muß sich deshalb stärker mit der Wirtschaft auseinandersetzen und auch erkennen, daß dort zum Teil Leute im Management herangewachsen sind, die oft konsequenter ökologisch denken und leben als viele selbsternannte Naturschützer. Nun gibt es zwei Wege, an das Thema Wirtschaft und Umwelt heranzugehen. Nehmen wir als Beispiel die Luftfahrt. Man kann – weil Flugzeuge nun mal Immissionen von sich geben, Fliegen total ablehnen. Dann dürfen solche Naturschützer kein Flugzeug mehr betreten; auch nicht für die nächste Urlaubsreise. Ob dies Verbesserungen im Umweltschutz letztlich erbringt, ist eine andere Frage. Man kann aber auch das Ganze realistisch betrachten und erkennen, daß niemand in der Lage sein wird, den Flugverkehr abzuschaffen. Deshalb muß es darum gehen, die Fliegerei so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten. ...

Nehmen wir nur den Automobilbereich. Selbst der konsequenteste Umweltschützer wird

früher oder später ein Fahrzeug betreten, sei es in Form eines Taxis oder eines Linienbusses. Trotzdem gibt es noch Naturschutzleute, welche den Dialog mit der Automobil-Wirtschaft vollkommen ablehnen. ...

Erfolgreiche Kooperationen: Beispiel Lufthansa AG ... Beispiel Lever-Sunlight ... Beispiel Mercedes-Benz AG ... Neue Öko-Allianzen zwischen Wirtschaft und Naturschutz sollen dabei helfen, das Naturengagement langfristig zu sichern.

Im Original: Auszüge aus den Aussagen Claus-Peter Hutters im ZDF-Film "Kampfplatz Natur", gesendet am 10.12.1995⁵¹

Viele fahren zu sehr in diesem Ökdogmatismus. Man hat gern Klassenfeinde. Hier ist die Lufthansa, das sind die bösen Flieger, hier ist 'ne Automobilfirma, das sind auch die Bösen. Das bringt nichts, in solchen Grabenkämpfen zu verharren. Wir müssen diese Grabenkämpfe beenden.

Aussage von Martin Uppenbrinck, Bundesamtes für Naturschutz, zum Ökosponsoring

Hier tut sich Gewaltiges. ...

Aussagen von Jürgen Weber, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Lufthansa, ohne daß Widerspruch erfolgt (gleiche Sendung)

Vor einem möchte ich allerdings hier auch warnen ... Verteufeln von bestimmten Industrien und Firmen. ... Und die Leute, die diese Statements auch von Verbänden herausgeben, die sollten sich mal überlegen, wieweit man auch in der Politik mit solchen Haltungen gekommen ist. Und durch diese Statements, diese so besonders umweltfeindliche Luftfahrtindustrie oder diese Fluggesellschaften, ich weiß nicht, wer solche Dinger losläßt ...

Genauso offensichtlich wie die Industrieorientierung und -abhängigkeit der Stiftung Europäisches Naturerbe ist die Scheinheiligkeit der großen Naturschutzverbände. In demselben Film des ZDF, aus dem obige Zitate stammen, tritt die stellvertretende BUND-Bundesvorsitzende Angelika Zahrnt auf und hält eine Kooperation des BUND mit Unternehmen wie Daimler-Benz und Lufthansa für ausgeschlossen, da diese umweltfeindlich agieren würden. Tatsächlich hat der BUND aber die Stiftung Europäisches Naturerbe selbst gegründet, um ohne Imageverlust für sich genau diese Großkonzerngelder kassieren zu können. Ehemalige BUND-Funktionäre kontrollieren auch heute noch die Arbeit der SEN und der DUH. Im "euronatur"-Heft 1/1997 bezeichnet die Stiftung den BUND auch als "Partnerorganisation". Für das Umweltzentrum des BUND Lüchow-Dannenberg und den BUND Bremen vermittelte Euronatur Spendengelder von Daimler-Benz.⁵²

Da Doppelspiel des BUND bei der Spendenannahme ist das gleiche wie 1992 beim Deutschen Umwelttag. Auch den trug der BUND mit, der Ex-BUND-Funktionär Reinhard Sander war Vorstandschef, der hessische BUND-Landesvorsitzende Eckard Enger sein Stellvertreter. Auf dem Umwelttag dominierten Großkonzerne, z.B. auch die Lufthansa, die auch Sponsor war. Während des Umwelttages formulierte Angelika Zahrnt Kritik an der Wirtschaftslastigkeit des DUT. Der BUND blieb dennoch Mitträger – und gerade Zahrnt sprach sich dafür aus.⁵³

Im Original: Auszüge aus einer Presseinformation der Lufthansa von September 1994

Seit den Siebziger Jahren unterstützt die Deutsche Lufthansa AG Umwelt- und Naturschutzprojekte. Ihr Engagement für die Umwelt begann damit lange bevor für derartige Tätigkeiten der heute gängige Begriff "Umweltsponsoring" geprägt wurde. ...

Das Unternehmen erhielt für seine Bemühungen auf dem Gebiet der Umweltvorsorge und der Ressourcenschonung bereits mehrere Auszeichnungen:

- 1992: "Erster Umweltschutz-Preis" des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, BDI ...
- 1994: Auszeichnung für das Engagement in Sachen Umweltförderung durch die Stiftung

Europäisches Naturerbe EURONATUR. ...
Kooperationspartner ...: der WWF-Deutschland ..., die Stiftung Europäisches Naturerbe
..., der Naturschutzbund Deutschland, ... die Akademie für Natur- und Umweltschutz in Ba-
den-Württemberg,⁵⁴ die Deutsche Umwelthilfe ...

Neben der Spendenbeschaffung über Großkonzerne führt die Deutsche Umwelthilfe in einigen Bundesländern jährliche Haussammlungen durch, deren Gelder etwa zur Hälfte den sammelnden Naturschutzgruppen vor Ort zukommen.

Die Deutsche Umwelthilfe sitzt mit ihrem Geschäftsführer Jürgen Resch im Kuratorium der Expo 2000. Die Stiftung Europäisches Naturerbe ist 1997 als erster Umweltverband offiziell bei der Expo eingestiegen.

Wie bei allen Kooperationen entlarvt auch die Position der Firmen über ihre Partner auf der Naturschutzseite, welches Denken dort vorherrscht. Wirtschaftsunternehmen achten auf die Art der Naturschutzaktivitäten. Partner müssen freundlich, kooperativ und vorsichtig sein.⁵⁵

Im Original: Vorstellung der SEN in der Broschüre "natürlich mobil" von Mercedes-Benz
Die Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur) setzt auf Kooperation statt Konfrontation; Umweltprobleme sollen im gemeinsamen Dialog zwischen Wirtschaft und ökologisch engagierten Menschen gemeistert werden. Diesen Weg will auch Mercedes-Benz gehen.

A.U.G.E., B.A.U.M. und K.U.K.I.

Ein dichter Filz aus vielen Industrieunternehmen und wenigen UmweltschützerInnen baute sich Ende der 80er Jahre von einer Hamburger Geschäftsstelle aus auf.

A.U.G.E.

Startprojekt war die Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung e.V. (A.U.G.E.) mit dem Vorsitzenden Dr. Maximilian Gege und Geschäftsführer Hans-Jürgen Pick. Förderer waren: Opel (Automobilkonzern), Procter&Gamble (multinationaler Konzern mit verschiedenen Produktbereichen, vor allem Haushaltswaren), Tetra Pak (größter europäischer Kartonverpackungshersteller für Getränke und Nahrungsmittel), Coop (Supermarkt-Kette, u.a. Großmarkt "plaza"), Commerzbank (die sich mit Umweltsponsorings ein Öko-Image aufzubauen), AEG (Unternehmen des Automobil-, Rüstungs- und Luftfahrtunternehmens Daimler Benz), Otto (größtes Versandhaus Europas), neuform (Reformhausmarke).⁵⁶

Ziel der Aktivitäten von A.U.G.E. ist die das umweltbewußte Verhalten in Haushalten. Dafür wurden großflächige Wettbewerbe durchgeführt, die viele Menschen erreichten, aber nur wenig Ansprüche an tatsächliche Veränderungen im Alltag stellten. Das war offensichtlich für viele Firmen attraktiv und das eingesetzte Geld wert. Die Preisverleihungen fanden unter den Emblemen der beteiligten Firmen statt, hochrangige PolitikerInnen vergaben die Preise oder hielten Ansprachen (z.B. der schleswig-holsteinische Umweltminister Berndt Heydemann, der Bundesumwelt-Staatssekretär Clemens Stroetmann, der Umweltminister von Rheinland-Pfalz, Alfred Beth, Bundesumweltminister Klaus Töpfer, der niedersächsische Umweltminister Werner Remmers und der bayrische Staatsminister Alfred Dick.

Zusätzlich zu den Sponsoren unterstützten weitere Konzerne die Aktion durch Verteilung der Fragebögen, Berichterstattung oder eigene Aktivitäten: BILD-Zeitung, lag), IKEA (Möbel-Verkaufshaus), BHW (Bausparkasse), HEW (Hamburger Elektrizitätskonzern), Panda-Verlag (WWF-Versand), Verschiedene Zeitschriften wie "Neue Revue", "Time" und Anzeigenblätter.⁵⁷

Neben dem Wettbewerb wurden weitere Einzelkooperationen durchgeführt.⁵⁷

- Verbreitung von Umwelttips über die BILD-Zeitung
- Telefonberatungsservice zusammen mit AEG
- Werbeaktion auf dem Umschlag von 25 Millionen Fernmelderechnungen der Bundespost deutschlandweit unter Nennung aller Sponsoren
- Auslage der Informationen und Wettbewerbsunterlagen durch 29 Energieversorgungsunternehmen bundesweit.
- Druck einer gesonderten Informationsbroschüre zum Umweltschutz im Haushalt, finanziert durch die Firma "Bosch Hausgeräte GmbH".
- Umweltwettbewerb der Commerzbank, bei dem A.U.G.E.-Chef Gege in der Jury sitzt und A.U.G.E. die Vorauswahl der TeilnehmerInnenbeiträge übernimmt.²⁶

Die beteiligten Firmen profitierten vom Ansatz der A.U.G.E., möglichst viele Menschen zu erreichen und die Firmenwerbung deutlich sichtbar (meist farbig auf der Titelseite) unterzubringen. Im Kuratorium der Organisation fanden sich neben anderen auch der Ex-Präsident des rechtsextremen und die Naziverbrechen verharmlosenden "Weltbund zum Schutze des Lebens", Dr. Max Otto Bruker, und der ehemalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Günter Hartkopf. Zu ihnen gesellten sich u.a. der Geschäftsführer des BUND-Bundesverbandes, Lorenz Graf und der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche, Kurt Oeser.⁵⁸

1997 startete A.U.G.E. zusammen mit B.A.U.M eine neue Kampagne "Umwelt gewinnt". An alle Haushaltungen wurden Zettel verteilt, bei denen die Haushaltsausstattung, das Verhalten im Haushalt usw. erfragt wurden. Viele der Fragen sind für Hersteller von Haushaltsgeräten als begehrte Grundlage für ihre Firmenstrategie. Passenderweise waren das Versandhaus Quelle, die Haushaltsgerätefirmen AEG und Alno, der Fernsehsender RTL sowie die Baufirmen Obi, Schwäbisch Hall, Braas und WohnIdee die Sponsoren. Die Öko-Drogerie Spinnrad stieg im Juli '97 als Unterstützer ein.⁵⁹ Die exakt erfaßten Daten gehen A.U.G.E. mit genauer Adresse zu. Für eine Auswertung müssen die Haushalte sogar noch bezahlen – gleich praktisch per Bankeinzug. Alles über einen computerlesbaren Ausfüllbogen, ganz ähnlich einer Volkszählung. Die Schirmherrschaft der Aktion hat Bundesumweltministerin Angela Merkel. Zu alledem wird die Datenbeschaffung für die Industrie von der Bundesstiftung Umwelt mit 1,5 Mio. DM gefördert.⁵⁹

Im Original: Fragen aus dem Bogen zum Haushalts-Check mit besonderem Wert für anschließende Werbemaßnahmen der Herstellerfirmen

Worauf achten Sie beim Kleiderkauf?

Tragen Sie bitte das Baujahr Ihrer Waschmaschine ein: ...

Wie oft waschen Sie?

Welche Reinigungsgeräte besitzen Sie?
 Wie oft spülen Sie Geschirr? ... von Hand ... Spülmaschine
 Tragen Sie bitte das Baujahr Ihrer Spülmaschine ein: ...
 Wieviele Gefriergeräte nutzen Sie? Kühlgeräte: Baujahr: ... Gefriergeräte: Baujahr: ...
 Gibt es ein oder mehrere Autos in Ihrem Haushalt? Ja/Nein
 Welche Möglichkeiten einer energiesparenden und abgasarmen Fahrweise nutzen Sie?
 Heizung: Welche der folgenden Technologien nutzen Sie?
 Welche Fenster besitzen Sie?
 Besitzen sie Rolläden?
 Welche Berufe üben die Personen Ihres Haushaltes aus?

K.U.K.I.

Aus der gleichen Geschäftsstelle wurden zwei weitere Organisationen gegründet: Zum einen der Kinder-Umwelt-Klub-International (K.U.K.I.), später umbenannt in den Emil-Grünbar-Umwelt-Club, zum zweiten die Bundesarbeitsgemeinschaft umweltbewußtes Management (B.A.U.M.). Die Gründung des Kinderumwelt-Klubs erfolgte ohne jegliche Basis als reine PR-Strategie einer einzigen Geschäftsstelle, die plante, allen deutschen Haushalten Werbebriefe zukommen zu lassen, Hörspielkassetten zu produzieren und so Clubs gründen zu können. Dafür wurde ein Haushalt von 4 Mio. Mark aufgestellt, der vor allem die Produktion von Schriften, den Versand und die Geschäftsstelle beinhaltete. Konkrete Aktionen fehlten fast völlig. Im Konzept, das allerdings weitgehend scheiterte, waren vorgesehen:

- Gewinnen von Kooperationspartner wie dem Deutschen Bund für Vogelschutz, Verlagen und Privatfernsehsendern.
- Eine umfassende Pressekampagne.
- Entwicklung von Symboltieren und Produktion als Stofftier.
- Konzerte, Buchprojekte, ein Benefizspiel mit einem Fußball-Bundesligaverein.
- Zeichnungen von Janosch, dem bekannten Kinderzeichner, der dafür bekannt ist, ständig gegen hohe Geldbeträge im Auftrag der Industrie für deren Werbung Zeichnungen zu entwerfen bzw. Maskottchen zu entwickeln.
- Als Sponsoren waren bereits Bosch (Haushaltsgeräte), Henkel (Putzmittel) und Quelle (Versandhaus) gewonnen, Gespräche liefen u.a. mit Sony, Danone, Spar und dem Sparkassenverband.
- Als Persönlichkeiten sollten u.a. gewonnen werden: Janosch, Thomas Gottschalk (wirbt für McDonalds) und Steffi Graf (wirbt für Opel).⁶⁰

K.U.K.I. konnte einige Anfangserfolge erzielen (Herausgabe einer Umwelt-Video-kassette, einige Janosch-Geschichten, Tournee eines Kinder-Umwelt-Theaters unter dem Banner des K.U.K.I.). Ein dauerhafter Durchbruch gelang allerdings nicht.

Im Original: Brief von JANUN an den Vorstand der Naturschutzjugend (24.6.90)

... hier noch eine schnelle Antwort auf Dein Schreiben in Sachen K.U.K.I. ...

Ganz allgemein ist die AUGÉ eine sehr zwielfichtige Angelegenheit, sowohl was ihre Vorstandsleute als auch ihre Finanzquellen anbetrifft. Daß sie sich auch ein grünes Mäntelchen verpassen wollen, ist nur logisch. Ihre bisherigen Sponsorpartner zeigen, daß es hier wohl mehr um das positive Image der Firmen geht denn um echte Unterstützung der Umweltarbeit. Auch die Art des Sponsorings ist sehr aggressiv, nicht alle Firmen tun dies so. Daß AUGÉ gleich 4 Mio in die neue Kinderkampagne stecken will, beweist eigentlich nur, daß es sich hier um eine verkappte Werbekampagne handelt.

B.A.U.M.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft umweltbewußtes Management (B.A.U.M.) lernte aus den Fehlern und ging eleganter vor (Gründung: 1984, eingetragener Verein: 1987). Die direkte Verknüpfung mit der Industrie trat in den Hintergrund, stattdessen gelang es der Organisation, eine führende Rolle in der Debatte um eine ökologische Orientierung der Marktwirtschaft einzunehmen. B.A.U.M. ist heute die entscheidende Arbeitsebene der "Macher" in Hamburg. Unter anderem richtet B.A.U.M. Kongresse im Auftrag der Umweltministerien von Bayern und dem Bund sowie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) oder des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT) aus.⁶¹ B.A.U.M. hat ca. 400 Fördermitglieder, darunter finden sich: Deutsche Shell, Commerzbank, Otto-Versand, AEG, Tschibo, Mobil Oil, Volkswagen, Sandoz, Procter&Gamble, Lurgi (Hersteller u.a. von Müllverbrennungsanlagen), real (Massendiscount), Lever, Karstadt, Quelle-Versand, Deutsche Bank, ABB, Bosch-Siemens (Elektrogerätehersteller), Daimler-Benz, Elida-Gibbs, Fina, Langnese-Iglo, Holsten Brauerei.⁶²

Ähnlich dem Spektrum an Sponsoringpartnern der großen Umweltverbände zeigt sich auch hier, daß umweltorientierte und kleine Firmen ganz fehlen, dagegen die als umwelt- und menschenfeindlich bekannten, finanzkräftigen Konzerne den Schwerpunkt bilden. Wäre die Zielrichtung von B.A.U.M., umweltgerechtes Management zu fördern, hätte der Mitgliederstamm anders ausfallen müssen. Der bestehende zeigt eher das Prinzip "Eine Hand wäscht die andere" – Geld für B.A.U.M., grünes Image für die Umweltzerstörer.

B.A.U.M. hat einige eigene Firmen gegründet, die marktwirtschaftlich agieren, durch die Konstruktion als GmbH aber vor allem auch jeglicher Kontrolle einer Basis entzogen sind.

Daimler-Benz sponsort das B.A.U.M.-Projekt "Die grüne Stadt". Zudem sitzt B.A.U.M.- und A.U.G.E.-Chef Maximilian Gege in der Umweltpreis-Jury der Commerzbank – sogar als deren Leiter. Für eine Commerzbank-Filiale führte B.A.U.M. eine ökologische Schwachstellenanalyse durch.

A.U.G.E., B.A.U.M., der Emil-Grünbär-Club (ehemals K.U.K.I.) und die zusätzlich gegründeten, namensgleichen GmbHs sind Teil ein und derselben Gruppe. Allgewaltig herrscht Maximilian Gege über die Vereine und Firmen.

Im Original: Auszug aus der Ökotest 11/1991 (S. 14)

Gege führt seine Vereinsgruppe wie ein mittelständisches Unternehmen. Teile der Arbeit sind in kommerzielle Firmen ausgelagert: Eine Umweltberatungsgesellschaft AUGÉ GmbH bildet Umweltberater aus, eine BAUM Consult i.G. soll Unternehmen werden. Die Firmen, die aus der Arbeit der Vereine heraus bestehen, gehören aber nicht den Vereinen. Gesellschafter sind Gege-Berater Wolfgang Ziegler und Vereinsgeschäftsführer Hans Jürgen Pick; bei BAUM GmbH werden die Anteile von Gege und drei anderen Vorständen des BAUM-Vereines gehalten. Bei der AUGÉ GmbH sitzt Gege zusätzlich mit weitgehenden Rechten im Beirat.

Stiftungen

Nebenden Umweltverbänden sind zahlreiche Stiftungen gegründet worden. Ihr einziges Handlungsmittel ist Geld, d.h. ihre Wirkung ist direkt von der Menge an Geld abhängig. Einige Stiftungen arbeiten wie ein Fonds, d.h. das eingehende Geld wird (abzüglich der Verwaltungskosten) direkt wieder ausgeschüttet. Andere sind echte Stiftungen, d.h. ihr Geld ist angelegt, ausgeschüttet werden nur die Gewinne und Dividenden. Schon in diesem System steckt das Hauptproblem der meisten Stiftungen. Sie müssen, um möglichst viel mit dem Geld machen zu können, ihr Geld ertragreich anlegen, also in Aktien, Bundesanleihen usw.

Im Original: Auszüge aus dem Text "Außen hui, innen pfui" in der Politischen Ökologie Sept./Okt. '97 (S. 58-60)

Im Rahmen einer Studie der ökom GmbH wurden die 38 deutschen Umweltstiftungen auf ethische bzw. ökologische Aspekte ihrer Kapitalanlage hin untersucht. ... Auch für Stiftungen sind ihre Finanzen ein Thema, das nicht unbedingt zu Offenheit und Transparenz herausfordert. Insbesondere große Stiftungen waren nur in geringem Maße zu Auskünften bereit und beschränkten sich bei ihren Informationen meist auf bereits veröffentlichte Jahresberichte, die aber kaum Einblick in die Auswahl und Art der Kapitalanlagen ermöglichen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die mit einem Stiftungskapitel von circa 2,9 Milliarden Mark und diesem Aspekt bedeutendste deutsche Umweltstiftung, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. Sie hat eine Milliarde Mark ihres Stiftungsvermögens ... als Darlehen an den Bund gewährt. Über die darüber hinaus vor allem noch bedeutsamen Wertpapiere des Anlagevermögens waren aber ... keine näheren Auskünfte zu erhalten.

76 Prozent der 29 antwortenden Stiftungen weisen keinerlei Aktivitäten auf im Hinblick auf eine ethische oder ökologische Ausrichtung der Kapitalanlage ihres Stiftungsvermögens.

Stiftungen gibt es insgesamt viele. Alle werden überragt von der die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), deren Stiftungskapitel aus dem Verkauf der ehemals bundeseigenen Salzgitter AG stammt. Der Verkauf erbrachte eine hohe Geldsumme, so daß die Zinsen jedes Jahr über 200 Mio. DM betragen. Als Vertreter der UmweltschützerInnen sitzt der Präsident des Deutschen Naturschutzrings, Wolfgang Engelhardt, im Kuratorium, das von der Bundesregierung ernannt wird. Die Bundesstiftung Umwelt ist enger Kooperationspartner der Expo 2000. Zwischen Förderung durch die DBU und dem Status als Expo-Projekt besteht ein enger Zusammenhang. Expo-Projekte im Umweltbereich sind meist DBU-gefördert. Nach Auskunft der Expo-Pressestelle haben Projekte ohne DBU-Förderung kaum eine Chance auf Annahme. Für die Expo-Kooperation hat die DBU eine besondere Stelle eingerichtet. Von dort werden Expo-willige Verbände beraten und Expo-freundliche Veranstaltungen organisiert (siehe Kap. 5.1.1 und 5.2.2).

Aber auch andere Stiftungen lassen erkennen, daß es sie es nicht so genau nehmen: Auf der Rückseite des Adreßbuch Umweltschutz der Deutschen Umweltstiftung prangt eine Anzeige von VW. In Baden-Württemberg spielt die Stiftung der Landesgirokasse (LG-Stiftung) eine erhebliche Rolle im Naturschutz, vor allem Jugendprojekte sind von deren Zahlungen stark abhängig.

In Hessen besteht die Stiftung Hessischer Naturschutz, die vom Staat kontrolliert wird und 1996 eine Kooperation mit dem Atomkonzern PreussenElektra ein-

ging.⁶³ Auch lokale Stiftungen erhalten Geld der Industrie – und nehmen es gerne. So erhielt die Stiftung "Naturschutz im Landkreis Diepholz" Geld von der BASF-Tochter Elastogran für eine Streuobstwiese.⁶⁴

Öko-Banken

Die Ökobank mit Sitz in Frankfurt ist die bekannteste von inzwischen drei überregional agierenden Geldinstituten mit Umweltanstrich oder -anspruch (zudem noch die Umweltbank in Nürnberg und die Gemeinschaftsbank in Bochum). Darüber hinaus haben sich Öko-Versicherungsagenturen und -unternehmen sowie in zunehmender Zahl GeldanlagevermittlerInnen aufgebaut. Ihr Prinzip ist, mehr oder minder klare Kriterien für die Vergabe von Geldern zu entwickeln und somit das Geld dort anzulegen, wo mindestens der Anschein erweckt wird, ökologische Rahmenbedingungen würden beachtet. Politische Bewertungen über das jeweilige Kriterien hinaus unterbleiben meist, unbeachtet bleibt regelmäßig die Frage, wie weit für größere Projekt Bürgerbeteiligungen stattgefunden haben. Unter den als ökologisch akzeptabel geltenden Projekten werden die bevorzugt, die maximale Rendite versprechen. Folge ist, daß vor allem große Projekte finanziert und beworben werden, z.B. große Windparks statt dezentraler Kleinstandorte, große und aufwendige Ökozentren statt vieler kleiner usw. Auf diese Weise verändert sich auch politisches Denken, Geldflüsse werden zentralisiert eingesetzt, aktive Personen in den kreditbelasteten Großprojekten gebunden. Manchmal entstehen sogar Widerstände gegen sogenannte Öko-Projekt. So hat der Bau großer Windparks an den betroffenen Standorten teilweise massiven Widerstand der örtlichen Bevölkerung gegen die Verschandelung des Landschaftsbildes oder aus Bedenken des Natur- und Artenschutzes hervorgerufen.⁶⁵ Aus Umweltorganisationen und -betrieben werden Konzerne, gegen die sich Umweltgruppen formieren. Schuld ist die Renditeorientierung, während andere politische Grundsätze wie Mitbestimmungsrechte, die internen Strukturen oder die Staatsnähe der Projekte unbeachtet bleiben. Gerade bei letzterem ist deutlich sichtbar, daß Renditeorientierung Staatsnähe schafft, denn das "Abgreifen" aller staatlichen Fördermittel erhöht die Rendite und wird auch angestrebt, wenn dadurch Änderungen der Struktur, der Rechtsform oder der Eigentumsverhältnisse verbunden sind.⁶⁶

Weitere Verbände

Die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz, ohnehin in den Führungsgremien stark dominiert von gutbezahlten Staatsbediensteten oder Unternehmern, wird wesentlich von der großen hessischen Brauerei Ihring-Melchior ("Licher Bier") gefördert. Ihr langjähriger Vorsitzender und entscheidender "Macher" war Willy Bauer, im Hauptberuf Manager der Metallgesellschaft mit Sitz in Frankfurt und unter anderem im Besitz von Daimler Benz, Deutsche Bank, Dresdner Bank und Kuwait Investments. Die Metallgesellschaft wurde von den Nazis "arisiert" und produziert heute unter anderem Müllverbrennungsanlagen (Tochterunternehmen Lurgi) und Ölraffinieren.⁶⁷

Bemerkenswert ist im Zusammenhang mit der Atomindustrie die Feststellung, daß zahlreiche der in den letzten Jahren gegründeten, landesweiten Energieagenturen zu bedeutenden Anteilen den Atomkraftwerksbetreibern gehören (z.B. in Niedersachsen und Schleswig-Holstein der PreussenElektra). Interessant ist auch, daß ca. 75% staatlicher Fördergelder für regenerative Energiequellen an die Großkonzerne wie Siemens, MBB, MAN und Dornier gehen. Der vor allem Flugzeuge nutzende Reiseveranstalter LTU sponsort das Europäische Tierhilfswerk, Artists for Nature und die Arbeitsgemeinschaft Artenschutz (AGA).

Der durch harte Kritik an der Windenergie bekannt gewordene Bundesverband für Landschaftsschutz hat nicht nur Kontakte zu rechten Gruppierungen wie den Unabhängigen Ökologen Deutschlands (siehe Kap. 3.7), sondern wird von genau den Firmen unterstützt, die Interesse am Verkauf von Atom- und Kohlestrom haben. Der Rechtsanwalt des BLS, Thomas Mock, arbeitet im Vorstandsbüro der VIAG. Ein Rundbrief wurde von Hochtief frankiert (RWE-Tochter).⁶⁸

Beeindruckend ist der Club-of-Rome. In seiner finden sich hochrangige Persönlichkeiten, u.a.: Daniel Goeudevert, Ex-VW-Vorstandsmitglied (siehe Kap. 3.2.6). Während des Umweltgipfels in Rio (1992) ließen sich die TeilnehmerInnen des auch von den großen Umweltverbänden getragenen Gegengipfels von der brasilianischen Fast-Food-Kette "Hellen's International" versorgen.⁶⁹

Im Original: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) zur Lage der Umweltbewegung

... ist Ausdruck eines aufgeklärten Einverständnisses mit der Situation geworden. ... Die "Umwelt" ist nicht mehr Gegenwelt zur Konsumgesellschaft, zu Marktwirtschaft und Leistungsethik; sie paßt sich deren Design und Selbstbild an.

Eine schlechte Auftragslage machte dem Öko-Institut, jahrelang im Ruf ökologischer Konsequenz und Unbestechlichkeit, zu schaffen. Kurzarbeit war phasenweise nötig. 1996 ging das Institut mit der Firma Hoechst eine Kooperation ein. 1997 wurde eine Verbindung mit der Siemens AG diskutiert. Anfang 1998 beschloß der Vorstand des Instituts, die unentgeltliche Arbeit für BIs einzustellen.⁷⁰

Weniger zurückhaltend agiert das ebenso bekannte Wuppertal-Institut in Sachen Industrie. Prof. Friedrich Schmidt-Bleek, Mitarbeiter der vom Land Nordrhein-Westfalen abhängigen Einrichtung, bescheinigte der deutschen Chemieindustrie in einer Werbebroschüre aus Anlaß des Öko-Audits der Firma Trevira, eine Schlüsselrolle einzunehmen bei der Ressourcenschonung. Und Hoechst-Tochter Trevira wurde gelobt, umweltverträglichere Kunststoffe für die Innenausstattung von Autos herzustellen. Ganz neu ist das nicht. Der Gründer des Institut, Ernst Ulrich von Weizsäcker, war schon Mitte der achtziger Jahre hilfreich, als die Waschmittelindustrie versuchte, ihr durch die Phosphatdiskussion angeschlagenes Image aufzupolieren. Aktuell ist Weizsäcker Spitzenfunktionär bei der Expo 2000.⁷¹

Ein weiteres Institut, Katalyse in Köln, sitzt im wissenschaftlichen Beirat von A.U.G.E. und kooperiert so mit den dortigen Sponsoren (siehe oben).⁷²

1987 führte der Deutsche Naturschutzring zusammen mit dem Deutschlandfunk und Lufthansa einen europäischen Umweltwettbewerb durch.⁷³

Neu ist das Netzwerk Zukunft, ein Zusammenschluß verschiedener, eigenständiger Organisationen, die als jeweiliger regionaler Knotenpunkt dienen. Der hannoversche Knotenpunkt (Herbert Schubert vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung) bereitet die Mitarbeit bei der Expo 2000 vor. Andere arbeiten an der Agenda (siehe Kap. 3.4.5).

Regional tätig ist die Ökostation Butzbach, gefördert von der Landesbausparkasse (deren eigentliches Unternehmensziel das Zubauen der Landschaft ist). Die baden-württembergische Akademie für Natur- und Umweltschutz wird von der Volksbank Bietigheim-Bissingen gesponsort. Chef der Akademie ist Claus-Peter Hutter, der zudem Präsident der Stiftung Europäisches Naturerbe ist.⁷⁴

Das Otterzentrum in Hankensbüttel, eine der professionellsten Einrichtungen im Umweltschutz überhaupt, verdient ihr Geld nicht nur über Eintrittsgelder von BesucherInnen, sondern auch aus der Industrie: Im Veranstaltungskalender finden sich Anzeigen von Audi/VW und Niedersächsischer Landgesellschaft (bekannt als wenig umweltgerechte Flurbereinigungsplanerin). Das Infoblatt zum Otterzentrum selbst trägt den Aufdruck: "Der Druck dieses Informationsfalblattes wurde gefördert durch die Allianz Versicherungs AG".⁷⁵ Neben der Allianz sind weitere Firmen und Stiftungen Geldgeber des Otterzentrums. 1990 erhielt das Otterzentrum des Naturschutzpreis des Deutschen Jagdverbandes – und in der Küche des Zentrums wird Wildbraten angeboten. Ein Club der 700 spendet ein monatliches Grundkapital, ganz ähnlich wie beim WWF.⁷⁶

Ein besonderer Fall ist die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW). Der von Forstbeamten und Landtags- oder Bundestagsabgeordneten (vor allem der CDU) dominierte Verband hat nur wenige Sponsoren – die aber haben es in sich. Die größte Kooperation läuft mit dem ADAC sowie der Automobilfirma BMW zum Schutz der Alleebäume in Deutschland. Diese Zweckgemeinschaft kam zustande, obwohl der Anteil des Autoverkehrs am Baum- und Waldsterben auch von der Schutzgemeinschaft nicht in Zweifel gezogen wird und der ADAC vor allem in Ostdeutschland politische Forderungen nach dem Entfernen vieler Straßenbäume stellt. Neben dieser Kooperation wird die SDW von mittelgroßen Banken und Chemiefirmen. Die Deutsche Waldjugend, Jugendverband der SDW, erhält seit vielen Jahren Förderung der Lebensmittelkette Spar. Die Schutzgemeinschaft selbst bietet in Kooperation mit einer Lufthansa-Reiseagentur Studienreisen an. Die Werbung für die KooperationspartnerInnen ist meist sehr deutlich.

Im Original: Auszüge aus der Zeitschrift "Unser Wald" (verschiedene Ausgaben)

SDW und ADAC in konstruktivem Dialog. ... ADAC und SDW waren sich schnell einig, daß gehandelt werden muß, bevor es zu spät ist. (6/1992, S. 27)

Die Bayerischen Motorenwerke (BMW) in München stellten sich ebenfalls in den Dienst der guten Sache und überließen dem Kuratorium die für die Aktion unverzichtbaren Kraftfahrzeuge, selbstverständlich verbrauchsarm und schadstoffarme Dieselwagen der vorzüglichen Dreierklasse. ... (6/1994, S. 6).

Großherzige Spende ... Der Betrag kam durch Spenden anstatt Präsenten bei einem Empfang ... Helaba Landesbank Hessen-Thüringen ... (3/1993, S. 31)

... konnte die SDW im November 1991 mit dem ADAC einen großen und einflußreichen Partner für die gemeinsame Sache gewinnen. ... (3/1993, S. 6)

In Zusammenarbeit mit MERKANA-Reisen/LUFTHANSA-City-Center Remscheid werden zwei Studienreisen ... zu einem Preis von 6880,- DM angeboten. ... Möglichkeiten zum Fischen und Goldwaschen sind ebenfalls gegeben. (2/1995, S. 34)
Mit Abschluß dieses Jahres hat die SPAR ... 111 Projekte gefördert. (2/1995, S. 24)
Mit Hilfe einer Spende des Unternehmens UCB-Chemicals GmbH ... (1/1995, S. 15)

Zudem fördert der Versicherungskonzern Allianz das "Haus des Waldes" in Stuttgart-Degerloch, eine Einrichtung der Schutzgemeinschaft. Die Stiftung "Wald in Not", die von der Schutzgemeinschaft kontrolliert wird, sammelt ebenfalls Gelder, z.B. von Procter&Gamble.

Viele deutsche Nationalparke werden von der Commerzbank gefördert. Gemagt wird diese Kooperation von der FÖNAD, dem Zusammenschluß der Naturparkverwaltungen. Einer der Geldempfänger aus dieser Commerzbankquelle ist der Verein Jordsand.⁷⁷

1987 begann im Berliner Ökowerk der neue Vorsitzende, Hans-Helmuth Schäfer, Atomenergiefürworter und vorher Chef der Deutschen Eisenhandels AG.

Zitiert: Hans-Helmuth Schäfer, in natur, Heft 5/87 (S. 15)

Ob ich einen Miederwarenkonzern leite oder ein Umweltprojekt – die Grundkonzeption bleibt immer die gleiche!

Selbst der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz suchte Kooperationen mit Firmen und ging eine Kooperation mit der Firma Beeck Feinkost GmbH ein, die Feinkost-Salate, Räucherfisch, Marinaden, Saucen usw. in nicht gerade umweltverträglicher Art herstellt und vertreibt. Der BBU beriet die Firma bei Umweltschutzmaßnahmen im Betrieb. Er erhielt erhebliche Geldmittel für die Öffentlichkeitsarbeit (Buttons, Auto(!)aufkleber, Faltblätter usw.) und die gemeinsame Kampagne "Aktion sauberes Meer". Zur einer Tagung in diesem Rahmen wurde als Hauptreferent Ernst-Ulrich von Weizsäcker geladen.⁷⁸

Bemerkenswert ist ein Papier des damals noch bedeutenden BBU 1987 kurz nach dem Deutschen Umwelttag in Würzburg, in dem er sich dafür aussprach, daß bei einem zukünftigen DUT "die Beteiligung der Wirtschaft (einschließlich einzelner Unternehmen) sowie der Gewerkschaften forciert werden sollte".

5.2.2 Beispielhafte Vorgänge

Der Deutsche Umwelttag '92

Vorbereitung und Durchführung des Deutschen Umwelttages (DUT) sind der herausragendste Beleg für die Industrieanbieterung des bundesdeutschen Natur- und Umweltschutzes. Daher soll an dieser Stelle eine gesonderte Betrachtung erfolgen. Der DUT '92 in Frankfurt war der zweite Umwelttag, 1986 hatte es bereits einen in Würzburg gegeben. Die lange Zeit dazwischen hatte den Grund, daß der DUT viele Kräfte und vor allem finanzielle Ressourcen gekostet hatte und sich die Umwelt-

verbände keinen zweiten Versuch wagten. Das wurde anders, als mit einem neuen Konzept Hoffnungen auf mehr Erfolg keimten. Der DUT '92 war von vorneherein als Gemeinschafts- und Dialogveranstaltung der Umweltverbände mit der Industrie konzipiert. Dadurch sollte er auch seine finanzielle Absicherung erfahren. Als dritter Partner war die Stadt Frankfurt im Boot. Frankfurt war der Veranstaltungsort, zudem saß die Geschäftsstelle im Umweltamt der Stadt. Der Frankfurter Bürgermeister, Andreas von Schoeler, war Eröffnungsredner beim DUT. Vergessen war offenbar seine Vergangenheit, als er als F.D.P.-Mann Staatssekretär im Bundesinnenministerium war und von dort z.B. am 21.9.1981 die Versenkung schwach radioaktiven Mülls im Atlantik für ungefährlich einstufte.⁸⁰

Trägerverein war der DUT e.V., dem die großen deutschen Umweltverbände angehörten. Hinzu kamen B.A.U.M., der DGB und die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände. Daß für den DUT ein eigenständiger Verein gegründet wurde, hatte mehr organisatorische und finanzielle Gründe, da das Risiko für die Verbände verringert werden sollte – ein kluger Schritt, denn durch mangelhaftes Management entstand ein Millionenloch im Haushalt, das zur Zahlungsunfähigkeit des Vereins führte. Über den DUT e.V. sicherten sich die großen Verbände das Sagen, die Zusammensetzung des Vorstandes ist von Staatsnähe geprägt:

- Vorsitzender: Reinhard Sander, Ex-BUND-Spitzenfunktionär und SPD-Mitglied
- Stellvertreter: Eckard Engert, zu dieser Zeit BUND-Vorsitzender in Hessen und Beamter im hessischen Landwirtschaftsministerium
- Schatzmeister: Jochen Flasbarth, kurz zuvor zum NABU-Präsidenten gewählt.
- Zudem waren mit Arnd Wünschmann ein WWF-Funktionär und mit Monika Zimmermann eine weitere Person aus dem DNR vertreten.
- Als besondere Geste gegenüber den neuen Bundesländern wurde die Grüne Liga als Mitträger des DUT aufgenommen, ohne daß diese den hohen Mitgliedsbeitrag zahlen muß. Als Vertreter war Leif Miller beim DUT dabei, er ist auch heute Befürworter eines Anpassungskurses seines Verbandes.

Nicht besser sah es auf den anderen Führungsposten aus: Ernst-Ulrich von Weizsäcker (SPD-Mitglied) war Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates, Heinrich von Lersner (Präsident des Umweltbundesamtes) des Messebeirates. Auch einzelne Personen der DUT-Geschäftsstelle gehörten der SPD an.⁸¹

Die Verbände nutzten den Umwelttag zur eigenen Imagewerbung. Sie gaben das einzige Buch heraus, in dem sich der DUT vorstellte. In ihm wurden nur die Trägerverbände einzeln und auf vielen Seiten vorgestellt, Initiativen und unabhängige Einrichtungen fanden keine Erwähnung. Dafür aber konnte die Großindustrie Anzeigen schalten. Zwischen den Selbstdarstellungen prangten unter anderen die Anzeigen von: SPD (die auch offiziell zum DUT aufrief), Verband der Chemischen Industrie, Commerzbank, PreussenElektra, Fachverband Faltschachtel-Industrie, Boehringer, Nestlé, Tetra Pak, ABB, Duales System Deutschland, Bosch, Neckermann, Bundesumweltministerium, Sparkassenverband, Tengemann, AEG, IKEA, PKL, Miele, Merck, FAZ, Vergölst und eine Gemeinschaftsanzeige der Stromversorger, u.a. mit PreussenElektra und RWE.⁸¹

In der Geschäftsstelle arbeiteten nur wenige Naturschutzfachleute. Im Vordergrund standen Manager und Personen mit büroorientierten Ausbildungen. Einer der wenigen Fachleute, Joachim Spangenberg vom BUND, war zuständig für den Bereich Konzeption/Programmgestaltung. Er wurde einen Monat vor Beginn des DUT gefeuert – fristlos und gesetzeswidrig, wie der spätere Arbeitsprozeß ergab.⁸²

Im Original: Auszüge aus einem Interview mit Spangenberg, in "verDUTzt", Nr. 1, S. 3

Es hatte sich allerdings schon vor einigen Monaten herausgestellt, daß die Industrie-Verbände nicht bereit waren, die gemeinsam erarbeiteten Papiere zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung wurde in den höheren Verbandsgremien gestoppt. ... Zunächst muß in Zukunft anders mit der Industrie umgegangen werden. Spalten statt Versöhnen! Die Umweltverbände sollten mit den Firmen und Industrie-Unternehmen Kontakt aufnehmen, die ökologischen Fragen wirklich aufgeschlossen sind. Mit den großen Industrie-Verbänden macht das keinen Sinn! ... die von mir geplanten Streitzeiten, wo auf der Messe Vertreter von Industrie und Umweltschützern auf dem Podium ausgetragen werden sollten, sind vom Geschäftsführer gestrichen worden. Dort wo die Industrie als solche auftritt, bleibt sie unbehelligt. ... Die Industrie ist hauptsächlich gekommen, um ihr Image aufzupolieren. ... Der Naturschutzbund sah vor allem das drohende finanzielle Desaster, wenn zu wenig Teilnehmer kommen und ging daher eher nach dem Motto "Augen zu und durch" vor. Der BBU ist ja nach dem FR-Interview von Weinz ausgetiegen.

Greenpeace, Robin Wood und der BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) trugen den DUT von vorneherein nicht mit oder stiegen wieder aus. Ausgegrenzt wurden zudem alle freien Initiativen. Von Seiten einiger Projektgruppen und Projektwerkstätten wurde die Mitwirkung an der Vorbereitung angefragt, aber vom DUT z.B. durch Nichteinladung zu Treffen abgeblockt. Selbst die Jugendaktivitäten wurden ausschließlich in sogenannten "Jugendgeschäftsführerkonferenzen" diskutiert. Ein besonderes Jugendangebot kam allerdings nicht zustande, weil dieser Kreis nicht in der Lage war, konkrete Vorhaben umzusetzen. Eine kritische Diskussion über die Gesamtausrichtung des DUT gab es nicht.⁸³

Im BUND gab es interne Auseinandersetzungen über die Mitträgerschaft des Umwelttages. Eine Mehrheit stimmte für einen Verbleib, auch als deutlich wurde, daß der DUT zu einer industrielastigen Schau würde. Bemerkenswert: Schon hier zeigte sich deutlich der Graben zwischen den "alten Kämpfern" und den jungen BUND-Spitzenleuten, die den DUT als Zwischenetappe zur Verbrüderung mit der Wirtschaft betrachteten.⁸⁴

Im Original: Auszug aus dem Brief von Hubert Weinzierl an den DUT (25.8.92)

Ich darf Dir trotzdem erneut versichern, daß der Verband weiterhin als Träger des DUT in Frankfurt auftreten, sich an der Arbeit in den Foren beteiligen und seine Basis zur Teilnahme auffordern wird. Meine persönliche Meinung stelle ich hinter die Verbandszusagen selbstverständlich zurück. Ich kann auf der anderen Seite nicht verhehlen, daß es zunehmend schwierig wird, die vor allem ehrenamtlichen Mitarbeiter(innen) des Verbandes zur Unterstützung und Teilnahme zu motivieren. ... Es ist mir schier unverständlich, wie der Geschäftsführer eines solchen Projektes in einem Atemzug die Gliederung des Verbandes auffordert, ehrenamtliche Helfer zu stellen, und gleichzeitig den gesamten verbandlichen Natur- und Umweltschutz öffentlich diskriminiert. Ich bin gespannt, ob und wie der DUT-Vorstand zu diesem Vorgang Stellung nimmt.

Kurz vor dem DUT erschienen in mehreren Zeitungen Texte über einen Beschluß des BUND-Beirates zum DUT. Auszug aus der Frankfurter Neuen Presse vom 15.9.1992:

Der wissenschaftliche Beirat des BUND in Bonn hat den Ausstieg empfohlen, weil die Messe des Umwelttages sich zu einer Industriemesse entwickelt habe. Die Grundideen des ersten Deutschen Umwelttages (DUT) in Würzburg würden bei der Frankfurter Wiederholung "im wesentlichen ignoriert", so der BUND-Beirat, wesentliches Organ der Organisation neben dem Bundesvorstand. Es sei an der Zeit, "ein Zeichen zu setzen gegen die Versuche von Industrie und Handel, den Umweltschutz als Werbegag zu vermarkten und den Umwelttag als Marketing-Objekt zu pervertieren". Wolfgang Weinz, Geschäftsführer des DUT, versteht die Aufregung nicht.

Von Beginn an versuchten die Geschäftsstelle und der Vorstand, den Deutschen Umwelttag so auszurichten, daß eine breite Teilnahme der Industrie möglich wurde. Dabei wurde die Industrie in den Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit gestellt, zudem wurden industriekritische Teile des DUT-Programms gestrichen:

- Geschäftsführer Weinz äußerte sich öffentlich, daß der DUT die Umweltbewegung "aus der Müsliecke" herausführen sollte. "Wir arbeiten nicht für irgendeine Körner- und Kräutermesse. Der ökologische Honigbau und die Krötenbrunft in der Wetterau sind nicht unsere Themen", fügte er an.⁸⁵

Im Original: Aussagen von Geschäftsführer Weinz in einem Interview mit der Zeitschrift "Ökotest", Nr. 9/92 (S. 25-27)

Mir geht dieses Glaubwürdigkeitsgesülze auf den Keks. ... Von mir aus hätte McDonalds, wenn das geklappt hätte, mit vier Millionen einsteigen können. ...

Während des Umwelttages schieben die Verantwortlichen des DUT die Schuld auf die Dummheit der Basis-Umweltgruppen (Auszug aus der Zwischenbilanz-Pressemitteilung)

Das Experiment sei in Teilen gelungen. Die Synthese zwischen dem hohen gedanklichen Niveau und einer breiten Beteiligung der Basis der Umweltbewegung gestalte sich jedoch schwierig ...

- Das Engagement der Industrie, vor allem der Großkonzerne, wurde immer wieder betont. So behauptete Weinz, daß der Verband der Chemischen Industrie (VCI) "vorbildlich" mitarbeitet.⁸⁶ In Wirklichkeit nahm der VCI zwar an Besprechungen teil, verweigerte aber schließlich die Unterschrift unter den gemeinsam erarbeiteten Konsenspapieren.
- Auf den Werbeunterlagen des DUT werden neben den Mitgliedsverbänden auch immer gleich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und der Deutsche Städtetag (DST)⁸⁷ genannt – zweifelsfrei drei der wichtigsten Vereinigungen gegen Umweltschutz und Demokratisierung in der Bundesrepublik.
- Als Sponsoren werden unter anderem genannt: Lufthansa, Verband der Chemischen Industrie, Tengelmann.⁸¹
- Die ursprünglich im Programm vorgesehenen Streitzeiten, offene Diskussionen zwischen Industrie und UmweltschützerInnen, wurden vollständig gestrichen.⁸⁸
- Zudem wurden weitere Diskussionen und Veranstaltungen gestrichen, bei denen IndustrievertreterInnen und UmweltschützerInnen gemeinsam auftraten.
- Im Messebeirat, der die Bewerbungen zur Ökomesse des DUT sowie über deren Gesamtrahmen entschied, saßen jeweils drei VertreterInnen der Umwelt-

- verbände und der Industrie. Die drei Verbandssitze hatten der Naturschutzbund, die Verbraucherinitiative und die IG-Metall. Schon von daher war eine Mehrheit der UmweltschützerInnen nicht mehr gegeben. Radikalere UmweltschützerInnen, VertreterInnen der Kritischen Aktionärsgruppen, Bürgerinitiativen, Projektwerkstätten oder ökologischen Instituten hatten keinen Sitz im Messebeirat.
- Als Musterbeispiel für betrieblichen Umweltschutz (Exkursionen vom DUT aus) wurde die Flughafen AG in Frankfurt ausgewählt. Die drei im Programm (S. 188) angegebenen Exkursionen führten zu BASF, Hoechst und Merck.⁸¹
 - Fast alle RednerInnen bei der Gesamt- bzw. bei der Messeeröffnung sprachen zwar zur Anrede die anwesenden PolitikerInnen und die Wirtschaft an, aber nicht die TeilnehmerInnen. Eine symbolhafte Unterlassung!⁸⁹
 - Während des DUT verkündete DBV-Präsident und stellvertretender DUT-Vorsitzender Jochen Flasbarth in einem Radiointerview, daß er vor allem die Abwesenheit der Automobilkonzerne als Mangel betrachte.
 - Die einige Male vor dem DUT erscheinende Zeitung "Dialog 92" schuf Platz für PolitikerInnen und Industrie, eigene Imagewerbung zu betreiben. Texte radikaler Umweltgruppen erschienen kein einziges Mal.

Im Original: Auszug aus einem Text in der Ausgabe "Dialog 92", Nr. 1, S. 3

Ziel des Umwelttages ist es, die unproduktiven Feindbildduelle zwischen Wirtschaft und Umweltbewegung aufzulösen und zu einer neuen Kultur des Streits zu finden, aus der vielleicht sogar eine kritische Partnerschaft erwachsen kann.

Bundesumweltminister Klaus Töpfer in der Zeitschrift "Dialog 92", Nr. 5, S. 3

... Eine wachsende Wirtschaft ermöglicht eine schnelle Verjüngung des Kapitalstocks, was dem Umweltschutz zugute kommt.

Aus einem Interview mit dem Verband der Chem. Industrie, "Dialog 92", Nr. 5 (S. 6)

... In den Fällen, in denen eine Gefahr für Mensch und Umwelt erkennbar wurde, haben wir Konsequenzen gezogen. ... Wir stellen fest, daß sich die Rahmenbedingungen in Deutschland gerade bei Steuer-, Forschungs- und Umweltpolitik nachhaltig verschlechtert haben. Es wird immer schwieriger für uns, langfristig im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. So sind wir zum Beispiel bei einem so zukunftssträchtigen Arbeitsgebiet wie der Gentechnik derzeit gezwungen, Forschungs- und Produktionsstätten in Ländern wie USA oder Frankreich zu errichten. ...

Wir führen mit allen gesellschaftlichen Gruppen den Dialog.

Auszug aus einem Text in der Badischen Zeitung vom 16.9.1992

Für Weinz ist dies eine hervorragende Basis, um zu einem fruchtbaren Dialog zwischen Industrie, Wirtschaft und Umweltverbänden zu kommen, denn, sagt er, "ohne die Wirtschaft und die Industrie geht bei der Umwelt gar nichts". Die Chancen für einen solchen Dialog stehen dann auch nicht schlecht, denn die AEG, Rewe oder Tengelmann sind ebenso dabei wie die Bundesbahn, der Verband der Chemischen Industrie (VCI) oder die Duales System Deutschland (DSD). Und die DUT-Organisatoren hoffen in Frankfurt vor allem auch auf einen "Chemie-Dialog".

Schon bei der Vorbereitung der fünftägigen Mammutveranstaltung ... hat der mächtige Verband der Chemischen Industrie (VCI), aber auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) gemeinsam mit Umweltverbänden und Gewerkschaften kräftig mitgemischt.

Auszug aus der Frankfurter Neuen Presse vom 1.9.1992

In einem Interview mit ... kritisierten die Greenpeace-Mitglieder, daß bei dem Umwelttag Millionen Mark "sinnlos verpulvert" würden. ... Weinz beschreibt den DUT als eine Art nationale KSZE-Konferenz: Die Gespräche zwischen Ökobewegung und der Industrie seien vertrauensbildende Maßnahmen.⁹⁰

Angesichts dieser Vorbereitungsstrategie war das Ergebnis keine Überraschung mehr. Während die Messe vor allem von Industrie dominiert wurde, fehlten die Basisgruppen sowohl als AusstellerInnen als auch als TeilnehmerInnen. Der DUT wurde ein Fiasko. Während des Verlaufs und unter zunehmendem Druck der Öffentlichkeit distanzierte sich der BUND von der Industrieorientierung des DUT, verschwieg aber, daß er maßgeblich dazu beigetragen hatte. Offensichtlich fürchteten die FunktionärInnen des BUND, das schlechte Image des DUT könnte sich auf den BUND übertragen. Ein formaler Ausstieg wurde auch nicht vollzogen, der BUND beteiligte sich auch nicht am "DUT von unten", die vielen BUND-FunktionärInnen in den Gremien des DUT bleiben weiter im Amt. Schon auf den Rauschmiß des BUND-Funktionärs Spangenberg hatte der BUND nicht reagiert. Auf der Öko-Messe fanden sich unter anderen folgende Firmen und Organisationen: AEG (Tochter von Daimler-Benz), Verband der Chemischen Industrie, ADAC, Duales System Deutschland (DSD, die "Macher" des Grünen Punktes), Commerzbank, DIHT, Flughafen AG Frankfurt, Drägerwerke AG, Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft (Werbeagentur für Atomkraft), Informationszentrum Kunststoffverpackung, Kraftwerks- und Anlagenbau AG, Merck (Chemiefirma aus Darmstadt), Vereinigte Saar-Elektrizitätswerke (41,33%-Tochterunternehmen des Atomkraftkonzerns RWE), Autoclub Europa (ACE) und Peugeot (mit Werbung für ein Elektroauto mit umweltfreundlichem französischem Atomstrom). Hinzu kam auf dem Ökomarkt draußen der Fachverband Kartonverpackungen, die hessische Metallindustrie und der Autoclub Europa (ACE).⁸¹ Wäre es nach dem Messebeirat unter Leitung des damaligen Umweltbundesamt-Chefs Heinrich von Lersner gegangen, hätte auch die Atomindustrie Platz gefunden. Ihre Anmeldung war schon genehmigt, als zunächst die Verbraucherinitiative und dann der BUND dagegen einschritten. Schließlich sprach der Vorstand ein Machtwort und lud die Atomlobby (Infoforum) wieder aus. Dabei wagte sie aber nicht, sich gegen Atomkraft auszusprechen, sondern nannte die AtomgegnerInnen als Grund für die Absage.

Im Original: Brief der Verbraucherinitiative an den Messebeirat (3.3.92)

Ich möchte für die nächste Sitzung des Messebeirates den Antrag stellen, den Aussteller "Verein Deutscher Elektrizitätswerke gemeinsam mit IZE" von der Messe des Deutschen Umwelttages auszuschließen.

Auszug aus dem Protokoll des Messebeirates vom 17.7.92:

Auf Vorschlag von Herrn von Lersner faßt der Messebeirat folgenden Beschluß: Der Brief an das Infoforum soll nicht abgeschickt werden, weil er der öffentlichen Akzeptanz des Umwelttags schaden und Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Dialogs wecken könnte.

Brief des DUT-Vorstandes an Herr Dr. Haug vom Infoforum (7.8.92)

Wie wir bereits dargelegt haben, ist natürlich das Thema Kernenergie ein sehr wichtiger Bestandteil der Diskussionsforen des DEUTSCHEN UMWELTTAGES 1992, so daß dadurch eine umfassende Darstellung des Pro und Contra gewährleistet ist. ...

Der Vorstand des DEUTSCHEN UMWELTTAGES kam aber nach abermaliger Prüfung der Sachlage zu dem Ergebnis, daß unter den gegebenen Umständen Störungen aus dem Umfeld nicht ausgeschlossen werden können, wenn sich das Infoforum auf der Umweltmesse präsentiert.

Antwort des Infoforums vom 19.8.92:

Wir sehen in dieser Entscheidung eine Mißachtung der Ihnen bekannten Empfehlungen und Beschlüsse des Messebeirats sowie das faktische Eingeständnis, daß der Vorstand des Deutschen Umwelttages e.V. die von ihm so publikumswirksam proklamierte Dialogfähigkeit in Umweltfragen selbst offensichtlich nicht besitzt.

Kommentar von BUND-Chef Hubert Weinzierl zum Brief des DUT-Vorstandes an das Infoforum (aus Weinzierls Brief an den DUT-Vorstand vom 25.8.92)

Ich bin froh darüber, daß damit der "Stein des Anstosses" für den BUND beseitigt wurde. Allerdings bin ich erschrocken, als ich die Begründung hierfür las: das "Umfeld" als potentieller Störer der Umweltmesse. Auch wenn ich die argumentative Not des Messebeirats und Vorstands gegenüber dem Infoforum nachvollziehen kann, so ist die einzige Begründung für den Ausschluß doch die verantwortungslose Propaganda für eine menschenverachtende Technologie, die auf einem Umwelttag nichts zu suchen hat. Keinesfalls bin ich bereit, den BUND, der die Forderung nach Ausladung des Infoforums erhoben hat, in die Ecke von Chaoten stellen zu lassen, die möglicherweise Messestände demolieren. Dies muß ich dem DUT zur Klarstellung offiziell mitteilen ...

Vor allem aufgrund der Aussagen des Geschäftsführer Weinz sagte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, der auf dem DUT sein 20-jähriges Jubiläum feiern wollte, die dortige Feier ab.

Im Original: Brief des BBU an den Vorsitzenden des DUT e.V. (4.8.92)

Auf Grund der bis heute nicht endgültig erfolgten Ausladung des Informationskreises Kernenergie/Atomforum sowie insbesondere dem an 27.7.92 in der FR erschienenen Artikel ... erhielten wir zahlreiche, zum Teil empörte Protestanrufe von unseren Mitgliedern. Die in dem oben genannten Artikel zum Ausdruck gebrachte Einschätzung der Umweltbewegung durch den Geschäftsführer ... spiegelt unseres Erachtens eine verhängnisvolle Gewichtsverschiebung von Ökologie zu Ökonomie im Rahmen des Umwelttages wider.

Nach intensiver Diskussion hat der Geschäftsführende Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz ... beschlossen, das 20-jährige Jubiläum nicht auf dem Deutschen Umwelttag zu feiern, jedoch aus übergeordneter Solidarität seine Mitarbeit in den Arbeitskreisen aufrechtzuerhalten. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß dieser Beschluß nur mit großer Mühe unseren Mitgliedern zu vermitteln ist.

In der Hoffnung, daß sich unsere Befürchtung nicht erfüllen möge und der Deutsche Umwelttag zu einer Werbeveranstaltung der Atom- und Chemieindustrie gerät, verbleiben ...

Schon vor dem Start des Deutschen Umwelttages entstand ein Bündnis vor allem verschiedener Projektwerkstätten unter dem Motto "DUT von unten". Ziel war, gegen die Industrielastigkeit und abgeschottete Vorbereitung des DUT zu demonstrieren und zu zeigen, daß es auch noch andere Teile der Umweltbewegung gibt – nicht nur die in Hinterzimmern mit der Industrie kugelnden Spitzenverbände. Auf dem DUT zeigte sich der "DUT von unten" mit einem breiten Spektrum an Aktionen. Schwerpunkt waren die Zeitung "verDUTzt", die täglich erschien, verschiedene Informationsstände vor allem in der Frankfurter Fußgängerzone, eigene Veranstaltungen und die Aktionsgruppe, die gezielt Veranstaltungen und Informationsstände besuchte, wenn dort die Industrie kritikfrei Selbstdarstellung betrieb. Bemerkenswert war bereits die Eröffnungsveranstaltung. Statt der erhofften 10.000 TeilnehmerInnen kamen nur 400 zum Frankfurter Römer, davon die Hälfte von der Presse. Der Ablauf zeigte, wer auf dem DUT im Vordergrund steht und was vor allem nicht gewünscht war.

Im Original: Auszüge aus der "verDUTzt", Zeitung des "DUT von unten", Berichterstattung in der Ausgabe Nr. 2 über die Eröffnungsveranstaltung (S. 1 und 9)

... Schon bei der Eröffnungsfeier wird deutlich: "Der DUT ist menschenleer". ... Beinahe peinlich von den 400 Schaulustigen war etwa die Hälfte von der Presse und eine Menge jugendlicher Umweltschützer machten mit Aktionen und Transparenten auf die Fehlkonzeptionen aufmerksam. ... Holger Weinert moderierte die Eröffnungsveranstaltung. Nachdem die versammelte Prominenz in der abgesperrten Freiluftloge platzgenommen hatte, erklimmte er das Podium, ... Reinhard Sander, Vorsitzender des veranstaltenden Vereins, wartete mit Allgemeinplätzen auf. Andreas von Schoeler, Frankfurter Oberbürgermeister, hob hervor, die Konfrontation zwischen Ökologie und Ökonomie habe ein Ende, und zwar zum Nutzen der Umwelt. Im Anschluß daran stellte er Frankfurt als Vorreiter im ökologischen Städtebau dar, ... Hans Eichel, hessischer Ministerpräsident, ... Eichel sprach aus, was in vielen Reden angeklungen war: "Wir brauchen keine Idealisten, wir brauchen die Industrie." ... Umweltschutz müsse sich für Unternehmen rechnen, die Mehrheiten in diesem Sinne mögen auf dem DUT zustande kommen, so Eichels Schlußwort.

... "Verschwendete Farbe", so Jochen Flasbarth (Naturschutzbund Deutschland) über ein Transparent, daß am Mittag bei der Veranstaltung auf dem Römer von Jugendlichen entrollt worden war. Die Aufschrift: "Der Verband der chemischen Industrie und der ADAC gehören nicht auf den DUT".

Auszüge aus der "tageszeitung" (taz) vom 21.9.92, S. 3, Überschrift "Schmusedialog statt Streitgespräche"

... Den Vorwurf der Industrielastigkeit des Umwelttages weist der Schatzmeister des Vereins Deutscher Umwelttag, Jochen Flasbarth, "entschieden" zurück. Man könne nicht gleichzeitig die Wirtschaft zu einer solchen Veranstaltung einladen und sich dann über ihr Kommen ärgern. "Infantil" nennt Flasbarth die bei der Eröffnungsveranstaltung auf Transparenten und Plakaten zum Ausdruck gebrachte Kritik an der Anwesenheit des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs (ADAC) oder des Verbandes der Chemischen Industrie auf dem Umwelttag. Ohne die Industrie, so Flasbarth, gehe "nun mal gar nichts beim Umwelt". Dialog sei gefragt, nicht Konfrontation.

Umweltgerecht war auch der Alltag des Umwelttages nicht. Auf dem Messegelände wurden weiter Einwegprodukte und Massentierhaltungsfleisch von der dortigen Gastronomie angeboten. Aber auch dort, wo der DUT Handlungsvollmacht hatte, gelang vieles nicht.

Im Original: Ankündigung von Seiten des DUT in der "Dialog 92", Nr. 5, S. 7

An allen Veranstaltungsorten, wo der Deutsche Umwelttag 1992 Hausherr ist (Ökomärkte, Konzerte im Park, Jugendcamp) wird deshalb ein flächendeckendes Einwegverbot durchgesetzt.

Bericht aus der "verDUTzt" Nr. 4 zur Verpflegung der zahlreichen HelferInnen (S. 2)

Das Frühstück, die nächste Enttäuschung: Weißmehlbrötchen, mit einzeln verpackten Butterstückchen, Wurst (!) und Orangensaft (anstelle von Apfelsaft). Positiv sind die Marmeladenspender. Der Höhepunkt der Ökograusamkeit erreicht dich mit dem Lunchpaket. Inhalt: Tetrapaks mit gefärbtem und gezuckertem Wasser gefüllt oder haltbar gemachtes milchähnliches Mixgetränk, ein Plastikjoghurt, Südfrüchte und Weißmehlbrötchen, dazu täglich ein Stück totes Huhn aus unglücklicher Tierhaltung.

Nach einem Gespräch mit einem Angestellten der Jugendherberge kam dann auch noch heraus, daß die dafür Verantwortlichen des DUTs Mehrwegflaschen im Lunchpaket abgelehnt hatten, mit dem Argument, die HelferInnen sollten nicht so schwer tragen müssen, ...

Durch die niedrigen TeilnehmerInnenzahlen und organisatorische Pannen fiel ca. ein Drittel der Veranstaltungen aus. Die Umweltverbände versuchten, den DUT zur eigenen Profilierung auszunutzen. So wurde z.B. in hoher Auflage ein Buch⁸¹ gedruckt, in der nur die großen Verbände vorgestellt wurden. Kleine Initiativen

konnten sich die hohen Preise auf der Messe nicht leisten. Einige von ihnen standen in der Frankfurter Fußgängerzone, unterstützen aber den "DUT von unten". Nachdem die Umweltverbände an den ersten beiden Tagen des DUT die KritikerInnen beschimpften und mit falschen Zahl über die TeilnehmerInnenmenge die Öffentlichkeit belogen,⁹³ kam es gegen Ende zu scheinbaren Annäherungen. So wurde vereinbart, nach dem Deutschen Umwelttag unter Einbeziehung auch unabhängiger Gruppen und Projektwerkstätten über die Zukunft solcher Veranstaltungen nachzudenken. Immerhin hatten mehrere Städte Interesse an einem zukünftigen DUT gezeigt, unter anderem die Stadt Hannover, der eine Integration in die Expo 2000 vorschwebte. Nachdem der DUT jedoch vorbei war, machten die VerbandsfunktionärInnen ihr Versprechen nicht wahr und berieten wieder unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der unabhängigen Initiativgruppen.

Wie die großen Umweltverbände über Initiativen dachten, zeigte sich in einem Brief des Deutschen Naturschutzbundes (DNR) an den DUT-Vorstand, wo dieser um kostenfreie Standflächen für die Verbände auf der Ökomesse eintritt. Die kostengünstigen Flächen in der Innenstadt seien für die Umweltverbände nicht akzeptabel, denn: "Der Ökomarkt ist weder von der Konzeption noch von der Örtlichkeit der richtige Platz. Die Verbände müssen dort präsent sein, wo das "Geschehen" stattfindet und der Hauptbesucherstrom sich einfindet". Bürgerinitiativen, Jugendgruppen usw. waren aber ohne weitere Bedenken auf den Ökomarkt gelegt worden.⁹⁴

Wenige Wochen nach der Pannenserie des Deutschen Umwelttag nahm DUT-Chef Sander eine bemerkenswerte Umwertung des Veranstaltungsablaufs vor.

Im Original: Auszüge aus dem Bericht über den Deutschen Umwelttag, Autor Reinhard Sander (DNR-Kurier 5+6/92, S. 3)

Wenn man diese Berichte ... aufmerksam liest, wird einerseits die ganze Breite und Vielfalt auf dem DEUTSCHEN UMWELTTAG '92 deutlich, andererseits aber ebenso die Lebendigkeit und kritische Auseinandersetzung mit den Sachthemen anschaulich und damit das eigentliche Ziel transparent gemacht. Viele Teilnehmer haben sich im Nachhinein gewundert, warum dies in der Öffentlichkeit zu wenig zur Kenntnis genommen wurde. In dem allgemeinen Medienecho sind ... gewisse organisatorische Mängel, die wir zu vertreten haben, andererseits bei Großveranstaltungen dieser Art unvermeidbar sind, unangemessen hochgespielt worden.

... sehr gut besuchte Veranstaltungsreihe "Vision der ökologischen Stadt" ... in den ebenfalls gut besuchten Veranstaltungen zu den Energiefragen und zur Chemiepolitik ... fand die Veranstaltung "Aufbruch in die ökosoziale Marktwirtschaft" vor überfülltem Hörsaal ein höchst aufmerksames und streitbares Publikum. ... fanden gleichfalls lebhaften Besucherzuspruch ... Als besonderer Höhepunkt – nicht nur wegen des Besucherandrangs, sondern auch wegen der Dispute auf hohem Niveau – darf auch die Veranstaltung zum Memorandum "Arbeit und Umwelt" gewertet werden ... Demeter-Symposium, das ebenfalls starke Resonanz gefunden hat.

Das finanzielle Fiasko von 3 Mio. DM Defizit wurde per Zahlungsunfähigkeit auf die Gläubiger des DUT abgewälzt.⁹⁵ Das waren vor allem ökologische und Kleinbetriebe, die Dienstleistungen übernommen hatten. Auch das Land Hessen zahlte nochmals eine zusätzliche Summe (0,5 Mio. DM)⁹⁶ aus Haushaltsposten, die sonst für kleinere Natur- und Umweltschutzprojekte im ganzen Land zur Verfü-

gung stehen. Auch hier wirkte sich der DUT negativ auf den konkreten Umweltschutz aus. Die eigentlichen Verantwortlichen (Umweltverbände) und die Nutznießer (Industrie) gingen dagegen ungeschoren aus dem finanziellen, organisatorischen und politischen Desaster heraus. Dabei war der Konkurs schon deutlich vorher absehbar. Die DUT-Geschäftsstelle fertigte im 1. Halbjahr 1992 einen Plan, welche Defizite bei einer Absage des DUT entstehen würden: 1,93 Mio. DM.⁹⁷ Den Vogel schoß das Land Hessen ab: Es verlieh nur kurze Zeit später den Hessischen Naturschutzpreis an den DUT-Vorsitzenden Reinhard Sander – für seine Verdienste um den Deutschen Umwelttag (siehe Kap. 5.1.1).

Im Original: Auszüge aus der Presseinformation der KLJB vom 12.10.92

Deutscher Umwelttag 1992 – eine peinliche Veranstaltung ... undurchsichtiges Konzept ... So waren z.B. Gespräche zwischen der Bayer AG und den kritischen AktionärInnen oder zwischen der Frankfurter Flughafen AG und FlughafengegnerInnen im Konzept nicht gewollt und wurden deshalb im Vorfeld zensiert. ... Eine breite Diskussion über das Konzept "Dialog" in der Planungsphase des Deutschen Umwelttages (DUT) war nicht möglich gewesen. Bereits bei der Bewerbung als Mitgliedsverband des Deutschen Umwelttages e.V. wurden Verbände, die wenig Geld zur Verfügung haben, systematisch ausgegrenzt. ... Ein gleichberechtigtes Auftreten vieler gesellschaftlicher Gruppen, was Grundlage eines fairen Dialoges wäre, war auf dem Deutschen Umwelttag nicht möglich. ... Die Messe bot insgesamt ein Bild der Beliebigkeit und Desorientierung.

Aus einem Kommentar von Dietrich Jörn Weder, Hessischer Rundfunk (HR 3, 21.8.1992)

Es bedurfte schon eines entschiedenen Machtwortes der kämpferischen Umweltverbände, damit sich nicht auch noch das Deutsche Atomforum zu der Flughafen AG und dem Dualen System Deutschland als Aussteller auf der Europolis Messe gesellte.

Nach dem Frankfurter Großereignis müssen sich die Umweltverbände wieder auf ihre eigene Stärke besinnen und erneut kämpferischer für ihre Anliegen auftreten.

Auszüge aus den täglichen Presseinfos des DUTs

Wortveranstaltungen auf höchstem Niveau ... positiven Impuls für neue Bündnisse der Umweltbewegung ... Das Dialog-Konzept geht voll auf ... Wohl niemals zuvor ist in Deutschland so intensiv und so vielfältig an einem Ort über den besten Weg aus der globalen Umweltkrise geredet worden. ... einmaligen Gedankenaustausch ... Der Deutsche Umwelttag habe schon nach dem ersten Tag gezeigt, daß wir die Umweltprobleme nur im Dialog lösen können. ... Wir sind davon überzeugt, daß es richtig ist, alle an einen Tisch zu holen. Mit dem Deutschen Umwelttag haben wir das nötige Zeichen gesetzt.

Auszug aus der Pressemitteilung der PDS vom 22.9.1992

Auf den Veranstaltungen war Staunen angesagt. Die IndustrievertreterInnen präsentierten sich locker und moderat als UmweltschützerInnen und als diejenigen, die den Umweltschutz initiiert und vorangebracht haben. War von der Umweltbewegung die Rede, sprachen die VertreterInnen von "wir". Es versteht sich von selbst, daß bei einer Podiumsdiskussion über die Zukunft der Umweltbewegung der Industrie- oder auch Kapitalvertreter ausführte, wie "wir" die Umweltbewegung gestalten werden.

Noch sechs Jahre vorher, beim ersten Deutschen Umwelttag in Würzburg, hatte vieles ganz anders ausgesehen. Nur zwei Firmen (Brauerei und Sparkasse in Würzburg) sponsorten das Projekt. Fast alle eingeladenen RegierungsvertreterInnen (Umweltminister Walter Wallmann, Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Vertreter der bayrische Landesregierung usw.) boykottierten die Veranstaltungen. Die Umweltbewegung reagierte wütend und teilweise kämpferisch.⁹⁸ 1992 dann kamen alle und die Umweltbewegung klatschte artig. Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) war gar Schirmherrin.

Bezeichnend für die Grundausrichtung des Deutschen Umwelttages waren die Grußworte im Ausstellerkatalog und Programm, wo auch der Umweltschutzgegner und Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann eine Grußwort schreiben durfte und wollte – und dann auch noch den DUT lobte.⁸¹

Im Original: Prof. Reinhard Sander, DUT-Vorsitzender, im Grußwort (S. 8)

Wir sind der Meinung, daß der umweltpolitische Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen auf der Tagesordnung der 90er Jahre stehen muß.

Jürgen Möllemann in seinem Grußwort (S. 209+210)

Ich beglückwünsche Sie zu dieser Leistung. ... Ich begrüße es, daß der Umwelttag auch das Thema aufnimmt, an dem sich soviel entscheidet und das mir deshalb besonders wichtig ist: Die Vernetzung von Umweltfragen mit der wirtschaftlichen Entwicklung. ... Wir brauchen beides, eine gesunde Umwelt und eine leistungsfähige Wirtschaft, um die Herausforderungen zu meistern, vor denen wir national und international stehen.

Expo 2000

Eigentlich gilt die Weltausstellung, deren Schwerpunkt in Hannover sein wird, als umweltfeindlich. Die von der Expo zu erwartenden Impulse gehen nach anfänglichen Ankündigungen, alle gesellschaftlichen Themen aufzugreifen, fast nur noch in Richtung einer großen Industrieschau. Während der Vorbereitungsphase übernahm die Ex-Wirtschaftsministerin von Niedersachsen, Birgit Breuel (CDU) die Leitung der Expo-Gesellschaft. Sie war vorher Chefin der Treuhand und damit verantwortlich für den Umgang mit den Betrieben in Ostdeutschland.⁹⁹ Je näher die Expo rückt, desto deutlicher werden die industrieorientierten Aussagen der Expo.

Im Original: Auszug aus der Expo-direkt 1/97, der offiziellen Expo-Zeitung (S. 26)

Gentechnik als Lichtblick für die Zukunft ... Mit der Frage, wie im kommenden Jahrtausend die Ernährung global gesichert werden kann und wie ausreichende Mengen an Trinkwasser bereitgestellt werden können, beschäftigt sich die Expo 2000 ebenfalls. "Ressourcenschonende Bewirtschaftungssysteme und innovative Verfahren der Biotechnologie stehen zur Diskussion", meinte die Agrarwissenschaftlerin. Dazu gehören beispielsweise auch gentechnisch produzierte Nahrungsmittel.

Man sollte annehmen, die Umweltschutzgruppen seien vereint GegnerInnen dieses Projektes. Doch weit gefehlt. Tatsächlich tummeln sich unter den auf der Expo dargestellten Projekten etliche Umweltgruppen, zudem sitzen auch bekannte UmweltfunktionärInnen auf einflußreichen Posten.

Posten direkt in den Zentralen haben fünf¹⁰⁰ bekannte Umweltschutzvertreter inne. Vorsitzender der niedersächsischen Jury, die die regionalen Expo-Projekte (nicht nur die Umweltprojekte, sondern alle) auswählt, ist Ernst-Ulrich von Weizsäcker (SPD). Er ist führender Kopf des Wuppertal-Instituts, das wiederum die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" erstellt hat. Weizäckers Engagement im Zentrum der Industriepropaganda, seine Einsatz auch andernorts für Industrieunternehmen und -verbände sowie die Industriefreundlichkeit der benannten Studie passen zusammen (siehe 5.1.4). Zweiter Topfunktionär ist der im Beraterkreis des Expo-Aufsichtsrates sitzende Jürgen Resch. Er ist Geschäftsführer der u.a. von Lufthansa und Daimler-Benz geförderten Deutschen Umwelthilfe sowie Schatzmeister des

Deutschen Naturschutzrings, der sich offiziell gegen eine Expo-Teilnahme ausgesprochen hatte. Schließlich findet sich noch der Name Ricardo Diez-Hochleitner, Mitglied im Club of Rome. Er ist Vorsitzender "International Advisory Board", einer Beratungsinstitution der Expo, die die Suche und Auswahl der internationalen Expo-Projekte betreibt. Im Expo-Kuratorium für die Korrespondenzregion finden sich je ein BUND- und NABU-Funktionär. Beachtenswert ist eine weitere Person, die bis Mai 1997 im Kuratorium saß, einem Gremien, das inhaltliche Fragen diskutiert und die Expo in die Öffentlichkeit tragen soll: Norbert Herkenrath. Er war Hauptgeschäftsführer des Hilfswerkes Misereor, das zusammen mit dem BUND das Wuppertal-Institut (Präsident: Expo-Funktionär Ernst-Ulrich von Weizsäcker) für die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" beauftragte. Damit tummeln sich die wichtigsten Personen, die mit der Studie zusammenhängen, im Expo-Umfeld.

Im Original: Ricardo Diez-Hochleitner, Chef des Club of Rome, in Wanfried Dettling, 1996, "Die Zukunft denken", Campus, Frankfurt (S. 35)

Die Expo 2000 in Hannover im wiedervereinigten und europäisierten Deutschland bietet eine glänzende Gelegenheit, in der Welt mit Solidarität und multinationaler Partnerschaft in diese Richtung zu wirken. Das Motto "Mensch, Natur und Technologie" der Expo 2000 spiegelt in konzentrierter Form die Weltproblematik wider, mit der sich der Club of Rome auseinandersetzt. In Wahrheit soll die Expo 2000, unter ihrem umfassenden Motto und dank der Suche und Darstellung weltweit zusammenhängender Lösungen, die Expo der Hoffnung werden. ... Die Expo 2000 darf deshalb nicht scheitern und muß von allen Ebenen, Multiplikatoren, Gremien und Menschen unterstützt werden. Ich selbst versuche, meinen Beitrag dazu zu leisten.

Wäre es nach dem Wuppertal-Institut und der Expo-Leitung gegangen, so hätte das Institut ohnehin einen wesentlichen Beitrag zur Expo geleistet. Doch die eingegangene Kooperation verlief im Sande, da sich Großkonzerne jegliche Umwelterorientierung der zentralen Ausstellung in Hannover entgegenstellten. So blieb dem von der SPD-Landesregierung eingerichteten und vom SPD-Mann Ernst-Ulrich von Weizsäcker geführten Institut nur die Mitarbeit an der Konzeption des Themenparks der Expo sowie die Arbeit an einer großen Ausstellung über das Faktor-Vier-Konzept im Rahmen der Expo.¹⁰¹ Das "Faktor-Vier"-Buch, u.a. mit Weizsäcker als Autor, wird in der ersten Ausgabe der "Expo-direkt", der offiziellen Zeitschrift zur Weltausstellung, auf drei Seiten umfangreich vorgestellt. Autor der Vorstellung ist Maximilian Gege, Gründer der wirtschaftsnahen Organisationen B.A.U.M. und A.U.G.E.

Im Original: Auszüge aus dem Jahresbericht 1995 des Wuppertal-Instituts (S. 7, 10, 101, 103 und 123)

Gemeinsam mit dem Präsidialbereich hat die Abteilung ... die konzeptionelle Arbeit für den Themenpark der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover durchgeführt und einen großen Zwischenbericht über die Verwirklichung und Ausstellbarkeit des "Faktor Vier"-Konzeptes bei einer auf das Laienpublikum ausgerichteten Weltausstellung vorgelegt. ...

In wachsendem Umfang konnte sich Ernst Ulrich von Weizsäcker auch in zentralen Projekten des Instituts engagieren, so in dem Projekt für die Konzeption des Themenparks der Expo 2000 in Hannover ... Expo 2000 Wie gestalten wir sie? So lautete das Motto von zwei Brainstormings, zu dem das Wuppertal Institut eingeladen hatte. ...

... präsentieren die Autoren ... ihre neues Buch "Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch" in Hannover. Der Ort war bewußt gewählt, da diese Publikation Ideen zur Konzeptionierung des Themenparks der Expo 2000 liefern soll.

In welchem Umfeld die UmweltvertreterInnen bei der Expo arbeiten, macht die Gesamtstruktur deutlich. Darin kommt ihnen nur eine beratende Funktion zu. Die Entscheidungen liegen beim Aufsichtsrat, dem aber ganz andere Kreise angehören, und zwar (vollständige Aufzählung): Helmut Werner (Vorsitzender Mercedes-Benz AG), Gerhard Schröder (Ministerpräsident), Robert Büchelhofer (Vorstand VW), Michael Frenzel (Vorsitzender PreußenElektra), Klaus-Jürgen Hedrich (Staatssekretär Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit), Eberhard von Koerber (Präsident ABB Europe), Heinrich L. Kolb (Staatssekretär Bundesministerium für Wissenschaft), Michael Munte (Bauunternehmer), Herbert Schmalstieg (Oberbürgermeister Hannover) und Dieter Schulte (DGB-Chef).¹⁰²

Die Expo hat das Thema "Agenda 21" zu ihrem eigenen gemacht und sieht sich als dazupassendes Projekt. Sie will neben den zentralen Ausstellungen auf der Messe Hannover, in Hannover sowie im zur Expo neu gebauten Stadtteil Kronsberg weltweit verstreut Projekte einbinden und vorstellen. Das bekannteste und ohnehin eines der Expo-Aushängeprojekte ist der Transrapid (Neuplanung und die Teststrecke im Emsland). Allein das hätte Umweltgruppen schon als Grund für einen Boykott reichen müssen. Tatsächlich haben sich aber etliche Umweltprojekte darum beworben, Expo-Projekt zu werden, von denen es einige geschafft haben. Expo-Voraussetzung war, daß die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) das Projekt gutgeheißen, d.h. in der Regel auch gefördert hat. Die DBU-Förderung wird nach Aussagen des Expo-Pressesprechers als "Qualitätssiegel" gesehen.¹⁰³

Aufgelistet: Umweltprojekte, die als Expo-Projekt zugelassen wurden¹⁰⁴

Geplanter Bau eines "Agenda-Haus Dresden", getragen vom Umweltzentrum Dresden e.V., der wiederum Dachverband unter anderem von Grüner Liga, Naturschutzbund, BUND, Verkehrsclub Deutschland, FUSS e.V., Greenpeace und Pro Bahn ist. Die genannten Gruppen sind mit der Expo-Bewerbung einverstanden.

Teilprojekt "Wendepunkte – Expo am Elbefluß" des geplanten Biosphärenreservates "Flußlandschaft Elbtalaue" (örtlicher Schwerpunkt: Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Umgebung). Antragsteller ist eine Arbeitsgemeinschaft aus Städten, Kommunen, Uni Lüneburg, weiteren staatlichen Einrichtungen und dem NABU-Landesverband Niedersachsen. Letzterer soll Träger des zur Expo aufgebauten Naturschutzzentrums "Luftschiff" am Hitzackersee werden.

Ökologisches Schullandheim Licherode, getragen von einem Förderverein, Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft selbstverwalteter hessischer Tagungshäuser.

Geplante Studie und Prozeß "Zukunftsfähiger Bodensee", eines von vielen regionalen Nachfolgeprojekten der Wuppertal-Studie, getragen von der Bodenseestiftung, deren 6 Träger der BUND Baden-Württemberg, der NABU Baden-Württemberg, die Deutsche Umwelthilfe, der Österreichische Naturschutzbund sowie WWF und Pro Natura in der Schweiz sind. Wesentliche Finanziers sind das Land Baden-Württemberg und Lever.

LebensGut Pommritz, eines der bekanntesten Ökodorfprojekte in Deutschland. Auf Nachfrage erklärte Projektleiter Maik Hosang, daß die Mehrheit sich für die Expo-Teilnahme entschieden hätte (im Projekt gibt es kein Konsensprinzip). Zitat: "Diese Phase haben wir hinter uns gelassen". Zudem stünde schon in der Bibel, daß Feindbilder nicht bestehen bleiben sollten, alles hätte zwei Seiten und außerdem könnten von ihrer Expo-Teilnahme weltweite Impulse ausgehen. Mehrfach wiederholt: "Wir haben keine Feindbilder".

Natur- und Schulbiologiezentrum Leverkusen, eines der führenden Zentren im Dachverband der bundesweiten Einrichtungen zur Umweltbildung (ANU).

Weitere Projekte (Ausscheidung in Niedersachsen, z.T. mit finanzieller Förderung)

Lebensgarten Steyerberg, eines der großen Projekte im Bereich Ökodörfer/Kommunen.

Demeter international mit der Idee, ein großes Demeter-Zentrum im Rahmen der EXPO-Stadt auf dem Kronsberg zu errichten.

Erfolglos beworben haben sich drei Ökodorfprojekte und der NABU Göttingen.

Auszüge aus einer Rede des Expo-Beauftragten der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Ansgar Holzknecht, am 1.12.97 in Hannover

In der Weltausstellung Expo 2000 mit dem Thema "Mensch - Natur - Technik" und bereits in ihrer Vorbereitung ... sieht sicher nicht nur die Umweltstiftung einen wichtigen Prozeß der Verbreitung global orientierten Umweltwissens und schließlich ein Großereignis globaler Umweltkommunikation. ... Erst wenn die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung im Bewußtsein der Menschen in ihren verschiedenen Rollen und Positionen in dieser Gesellschaft ihren Platz hat, können auch Strategien der Verhaltensänderung wirksam werden.

Auszüge aus der Rede des Staatssekretärs des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Klaus-Jürgen Hedrich (selbst Expo-Funktionär!)

Ausgangspunkt muß das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung sein. Unter diesem Motto sollte das Herzstück der Expo, der Themenpark, stehen.

Neben den dezentralen Expo-Projekten weltweit und den zentralen Veranstaltungen in Hannover hat die Weltausstellung noch ein drittes Standbein, die Korrespondenzregion in Bitterfeld-Dessau-Wittenberg. Sie hat eine größere Bedeutung als die Einzelprojekte, daher wiegt schwerer, daß gerade dieses Expo-Projekt von den Umweltschutz-Landesverbänden und den Grünen, vor allem Umweltministerin Heidrun Heidecke mitgetragen wird. So haben die Grüne Liga und der BUND Beschlüssen gefällt, zwar die Expo in Hannover abzulehnen, aber die Projekte in Sachsen-Anhalt zu unterstützen – als wenn das zu teilen wäre.¹⁰⁵

Die Natur- und Umweltschutzverbände tun sich zur Zeit schwer, zur Expo eine klare Linie zu finden. Wie die Aufzählung zeigt, sind viele indirekt bei der Expo vertreten. Diese indirekte Beteiligung ist den Spitzengremien bekannt. Doch selbst eine direkte Beteiligung war oder ist bei einigen im Gespräch. Wie widersprüchlich die Haltung oft ist, zeigt sich an einem Brief von Petra Wassmann (NABU-Landesvorstand Niedersachsen) an den DNR, wo sie sich am 5.12.1996 gegen jegliche Expo-Mitarbeit ausspricht. Gleichzeitig war der NABU-Landesverband zu diesem Zeitpunkt über das Biophärenreservat Elbaue aber schon bei der Expo dabei.¹⁰⁴

1991 beschloß die Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzringes eine Unvereinbarkeit von DNR-Mitgliedschaft und Expo-Teilnahme. Noch im Frühjahr 1995 sagte DNR-Präsident Wolfgang Engelhardt der Expo jegliche Teilnahme und auch Verhandlungen mit der Expo-Chefin ab.¹⁰⁶ Doch im Laufe der folgenden Monate verstießen nicht nur Mitgliedsverbände gegen diesen Beschluß, auch im Deutschen Naturschutzring vergrößerte sich das Interesse an einem Mitmachen bei der Expo. Am 24.10.1995 trafen sich die Expo-kritischen Umweltverbände aus Niedersachsen mit dem DNR-Geschäftsführer. Die Protokolle zeigen das wachsende Interesse verschiedener Gruppen und die Rolle der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, die mit Geldzusagen die Umweltverbände für die EXPO "kaufen" will.¹⁰⁶

Im Original: Auszüge aus dem Protokoll des Treffens niedersächsischer Umweltverbände mit dem DNR-Geschäftsführer Helmut Röscheisen (24.10.95 in Hannover)

Der DNR lehnt weiterhin die geplante Expo 2000 ab, ... Auch die Absage des DNR an die EXPO-GmbH vom Frühjahr 1995 durch Prof. Engelhardt hat weiterhin Bestand. Es gäbe aber "Umstände, die Positionen zur Expo differenzierter zu betrachten" (H. Röscheisen):¹⁰⁷

- Einige Gruppen aus dem Forum "Umwelt und Entwicklung" hätten Interesse an der Expo gezeigt,

- Die Deutsche Bundesumweltstiftung (DBU)/Osnabrück habe Umweltverbänden finanzielle Unterstützung für Beiträge zur Expo zugesagt. ...

Der DNR unterstützt die Haltung der Verbände und teilt die Kritik, gibt aber zu bedenken, daß überlegt werden sollte, ob mit der Weltausstellung nicht Inhalte der Umweltbewegung transportiert werden könnten. Als Beispiele nannte er die Themen ... nachhaltige Entwicklung. ... Die Verbände machten auf den inhaltlichen Widerspruch, nachhaltige Entwicklung mit einer umweltbelastenden Großveranstaltung demonstrieren zu wollen, aufmerksam. Dieser Widerspruch konnte vom DNR nicht gelöst werden. ...

Die Verbände forderten den DNR auf, ihre Position auch bundesweit zu vertreten...

Ein Gesprächsangebot der Expo-Generalkommissarin Birgit Breuel, die an den DNR herangetreten war, lehnten die Verbände einstimmig ab.

Entgegen den Zusagen an die Verbände bereitete der DNR ab Anfang 1996 einen Einstieg in die Expo vor. Zunächst entsandte der DNR-Vorstand seinen Schatzmeister Jürgen Resch in den Expo-Beirat, wo er "Pate" wurde für die Themenbereiche Umwelt, Landschaft und Klima. Als es Kritik von einzelnen Mitgliedsverbänden gab, stellte der DNR klar, daß Resch von der Deutschen Umwelthilfe entsandt wurde. Das war eine Lüge.¹⁰⁹ Erst im Nachhinein war, um der Kritik auszuweichen, diese Umbenennung vorgenommen worden, tatsächlich hatte der DNR gegen den gültigen Beschluß und ohne Beteiligung der Basis eine Kooperation mit der Expo beschlossen. Die Anwesenheit des DNR-Schatzmeisters im Beirat der Expo blieb aber nicht der einzige Schritt in Richtung Expo. Am 7.2.96 schrieb DNR-Geschäftsführer Röscheisen einen Brief an die DNR-Mitglieder, in dem er eine neue Strategie für die Expo vorschlug, die alle Möglichkeiten offenhielt. Zudem sollte ein neues Entscheidungsgremium geschaffen werden, in dem die lokalen Gruppen aus Hannover und Niedersachsen kaum Gewicht hatten. Dieses Gremium tagte erstmals am 27.2.96 und beschloß dort, daß eine Teilnahme auf der Expo selbst nicht in Frage kommt.¹⁰⁷

Im Original: Auszüge aus dem Protokoll des Treffens der DNR-Koordinationsgruppe Expo 2000 am 27.2.96 in Bonn (Protokollant: Helmut Röscheisen)

Eine Konfrontation mit den jeweiligen Landesverbänden in Niedersachsen dürfe nicht erfolgen. ...

Auszüge aus dem Protokoll von R. Exner, BUND Niedersachsen, zum gleichen Treffen

Der BUND-NDS stellt klar, daß ein Beitrag direkt auf dem Expo-Gelände völlig abgelehnt wird.

Unklar ist, was 1996 DNR-Mitgliederversammlung geschah. Nach dem Protokoll hoben die Delegierten den Beschluß der Unvereinbarkeit wieder auf, übrig blieb eine Empfehlung, sich nicht an offiziellen Veranstaltungen der Expo zu beteiligen. Ein Jahr später erfolgte eine Korrektur des Protokolls, wonach der Beschluß nicht aufgehoben worden sei, sondern weiter gelte. Allerdings hätte nie eine bindende

Wirkung für die Mitgliedsverbände gehabt und bezöge sich nur auf die zentralen Veranstaltungen in Hannover. Für die Teilnahme an der Expo sprach sich der NABU-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Hermann Schultz, aus.¹⁰⁹ Die Niedersächsischen Verbände hatten dagegen im Vorfeld gegen jegliche Aufweichung des Beschlusses protestiert.¹¹⁰

Der DNR und viele seiner Verbände, die in ähnlicher Form früher Anti-EXPO-Beschlüsse gefällt hatten, werteten ihre Beschlüsse auf eine geschickte Art um. Sie behaupteten, daß mit dieser Abgrenzung nur die zentralen Expo-Veranstaltungen in Hannover gemeint gewesen waren, daher die Teilnahme z.B. als weltweites Projekt möglich wäre. In einem längeren Redebeitrag auf der DNR-Mitgliederversammlung 1997 sprach sich Kassenwart Jürgen Resch für eine offizielle Mitarbeit der Verbände an der Expo aus und warf anderen Verbänden Doppelzüngigkeit vor, da sie längst selbst bei der Expo vertreten seien. 24 DNR-Mitgliedsverbände seien mit Projekten vertreten, 5 würden sogar offiziell VertreterInnen in Expo-Gremien entsenden. Auch DNR-Beisitzer Leif Miller (Grüne Liga) beklagte, daß bei der Expo "Beschluß und Praxis wie eine Schere auseinandergehen" würden.¹¹¹

Im Original: Auszüge aus der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung, 18.12.96 (S. 16)

Die vor fünf Jahren geschlossene Front der deutschen Umweltverbände gegen die Expo bröckelt. Hatte der Deutsche Naturschutzring (DNR) in Bonn vor fünf Jahren eine Beteiligung der inzwischen 108 Organisationen noch strikt abgelehnt, wurde dieser Beschluß inzwischen aufgeweicht. ... Reaktion auf die Bereitschaft einiger Verbände, sich auf der Expo 2000 zu präsentieren. DNR-Geschäftsführer Helmut Röscheisen beruft sich auf Informationen, daß sich der World Wildlife Fund (WWF), der Alpenverein und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald beteiligen wollen. Zudem ist ein Präsidiumsmitglied des DNR, Jürgen Resch, im Kuratorium der Weltausstellung vertreten. ... Resch erklärte, er sitze nicht als Vertreter des Naturschutzrings, sondern als Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelt-Stiftung in dem Gremium. ...

Auszug aus dem DNR-Kurier 2/1997 (S. 2)

Gespräch Leitung Expo und Umweltverbände ... trafen ... Vertreter der Umweltverbände mit der Expo-Spitze zusammen. Frau Birgit Breuel, Generalkommissarin der Expo 2000 GmbH, Theodor Diener, Vorsitzender der Geschäftsführung, ... Von den Umweltverbänden waren folgende vertreten: BUND, NABU, Deutsche Umwelthilfe, Euronatur, Umweltstiftung WWF-Deutschland sowie der DNR durch seinen Geschäftsführer. Zusätzlich dabei waren der Expo-Beauftragte der DBU und ... Insbesondere Frau Breuel zeigte sich gegenüber der Fragestellung "nachhaltige Entwicklung in Deutschland" sehr aufgeschlossen. Erörtert wurde ebenfalls die von den Umweltverbänden vorgesehene Wanderausstellung "Zukunftsfähiges Deutschland" als wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Agenda 21. Die Expo-Geschäftsführung wird in einem kurzfristig zu erstellenden Papier die Beteiligungsmöglichkeiten der Verbände sowie weitere Punkte aufgreifen.

Auszug aus dem Protokoll der DNR-Mitgliederversammlung (TOP 10.1)¹¹²

Die im Beschluß von 1991 enthaltene Unvereinbarkeit einer DNR-Mitgliedschaft und einer EXPO Teilnahme wurde damit in eine Empfehlung der Nichtteilnahme umgewandelt.

Auszüge aus dem Schreiben des Bündnis gegen die Expo vom 10.9.96 an den DNR (auf Briefpapier des BUND Niedersachsen)

Nach reiflicher Überlegung kommen wir zu dem Schluß, daß aus unserer Sicht kein Anlaß mehr besteht, in der Expo-Arbeitsgruppe der Bundesverbände mitzudiskutieren. Unser Eindruck, daß die Bundesebene stark an einer direkten Expo-Beteiligung interessiert ist, ohne die tatsächliche Entwicklung in Hannover zu berücksichtigen, wurde durch das Treffen am 26. Juni bestätigt: Der DNR hat – ohne weiteren Kommentar – einen Vertreter für den Expo-Beirat nominiert. Das Forum Umwelt & Entwicklung scheint ... ernsthafte Möglichkeiten zu sehen, bei der thematischen Expogestaltung mitzuwirken. Daß die kritische Distanz der Ver-

bände verloren gegangen ist, zeigten auch die Äußerungen von Peter Schmitz (venro), der die Aufgabe des zukünftigen Expo-Koordinationskreises damit umschrieb, daß diese Gruppe die "Beteiligungsmöglichkeiten an der Expo ausloten und koordinieren will".

... Diese Erfahrungen lassen bei uns nur den Schluß zu, daß auf Bundesebene die Entscheidungen ohne die Basis in Hannover getroffen werden. Eure Diskussion und Arbeitsweise läßt sich nicht mehr mit unseren Interessen und Anliegen verbinden.¹¹³

Auszüge aus dem Antwortbrief des DNR vom 15.10.1996

Was die direkte Beteiligung der hannoveraner Gruppen beim weiteren Prozeß betrifft, solltest Du Dich an das von mir vorgelegte Modell erinnern. Hier war die Einrichtung und Beteiligung eines Büros in Hannover vorgesehen. Etwas anders gelagert ist die Entscheidung des DNR-Vorstandes, Herrn Jürgen Resch als Vertreter für den Expo-Beirat zu nominieren. Hierüber habe ich Euch nicht offiziell informiert.

Auszug aus dem Antwortbrief des venro (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen) vom 13.9.1996 an die hannoverschen Gruppen¹¹⁴

Ihre Interpretation sehe ich als Anzeichen dafür, daß Sie jedwede selbstkritische Distanz zu Ihrer Position verloren haben müssen: Beteiligungsmöglichkeiten auszuloten, heißt noch lange nicht, sich auch zu beteiligen; daß dann im Falle gefundener Beteiligungsmöglichkeiten eine Koordination erfolgen muß, ist jedem Einsichtigen klar. ... Hierzu will ich mich nur soweit äußern, daß nach meiner persönlichen Überzeugung bedingungslose Totalverweigerung kein politisches Konzept ist.

Nur kurze Zeit nach diesem Briefwechsel zeigten sich die Positionen deutlicher. Am 10. und 11.3.1997 trafen sich auf Einladung einiger staatlicher Naturschutzakademien¹¹⁵ und unter Vermittlung durch den Expo-Sachbearbeiter Ansgar Holzknecht von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt die Spitzenleute der deutschen Umweltverbände und der Expo (einschließlich der Generalkommissarin Birgit Breuel). Eine offene Einladung gab es nicht, die handverlesenen Verbänden waren: WWF, BUND, Deutsche Umwelthilfe, Euronatur, DNR, NABU, Greenpeace. Nicht eingeladen waren neben vielen anderen Verbänden auch die Untergliederungen. Das hätte mindestens dem BUND Probleme bereitet, denn sein Landesverband steht im Bündnis "EXPO absagen statt ertragen". Selbst nach dem Treffen wurden der Landesverband und das Anti-EXPO-Bündnis, zu dem die Untergliederungen des NABU, der DUH und weitere Mitgliedsverbände des DNR gehören, nicht informiert.¹¹⁶ Die Moderation der Gespräche bei der Expo hatte Volker Angres vom ZDF, der damit auch nicht das erste Mal auf der Schnittstelle zwischen Umweltschutz und Großkonzernen auftauchte. Der Titel des Treffens war Tarnung: "Expo 2000 Wohin geht die ökologisch/ökonomische Reise?". In Wirklichkeit ging es nur um zwei Dinge: Wie beteiligen sich die Umweltverbände an der Expo und wieviel Geld erhalten sie dafür?

Im Original: Auszüge aus dem Protokoll des Treffens vom 10./11.3.1997 in Hannover¹¹⁷

... Es wird die Frage gestellt, inwieweit die Industrie aufgrund ihrer Finanzierungskraft Einflußmöglichkeiten auf inhaltliche Darstellung der Themen hat und inwiefern hier Chancengleichheit für die finanziell weniger gestärkten Umweltverbände besteht. Expo 2000 klärt auf, daß die Finanzierung für die Themen des Themenparks nicht anfangs feststehen muß, sondern daß die Möglichkeit besteht, Paketlösungen mit z.B. der Industrie zu finden. ...

Ein Vorschlag, ein Treffen im kleinen Kreis ... zu organisieren, ... wird allgemein begrüßt. ...

Es wird darauf hingewiesen, daß die Wirtschaft dem Thema Ökologie oftmals engagierter gegenübersteht, als gemeinhin geglaubt wird. ...

Expo 2000 fordert die Umweltverbände auf, eigene Projekte in die Arbeitsgruppen einzubringen. Hierbei sind durchaus auch gemeinsame Projekte mit der Industrie denkbar und er-

wünscht. Darüber hinaus verfügt die Expo über ein Budget, mit dem besonders geeignete Projekte ebenfalls unterstützt werden können. Das Verfahren zur Projekteinreichung wird ihnen in gesonderten Unterlagen erklärt. ...

Herr Holz knecht von der DBU berichtet über das Engagement der Stiftung bei der EXPO im Themenpark, am Kronsberg, im Veranstaltungsbereich. Er lädt die Umweltverbände ein, sich mit ihm darüber abzustimmen, inwiefern die Umweltverbände in die bereits vorhandenen Vorschläge integriert werden können. ...

Weiterhin rät man der Expo 2000, die ökologisch lobenswerten neuen Bauten durchaus stärker in der Presse zu veröffentlichen (Bspl. Halle 26).

Der BUND stellt abschließend seine Wanderausstellung "Zukunftsfähiges Deutschland" vor. Unterlagen hierzu wurden im Vorfeld an alle Teilnehmer versandt. ... Der BUND bietet der Expo 2000 und den Umweltverbänden eine Beteiligung an der Wanderausstellung an. Hierzu werden Einzelgespräche geführt.

Der Naturschutzring schlägt darüber hinaus vor, eine Erfindermesse zu veranstalten. Hierzu werden sich Dr. Roth und Herr Röscheisen gesondert unterhalten.

Abschließend bekunden alle Teilnehmer Interesse daran, diese Diskussionsrunde – etwa im Spätsommer/Herbst (evtl. auch im erweiterten Kreis) – fortzusetzen.

Auszüge aus diesem Protokoll wurden als eMail verbreitet. Auszüge von einer öffentlichen Antwort von Marc Engelhardt, BUND-Bundesvorstandsmitglied:

Das Treffen fand statt auf Einladung von Breuel,¹¹⁸ die nämlich ihre Felle davon schwimmen sieht, Umweltverbände und Industrie in ein Boot (sprich: Auf eine Expo) zu bekommen – auch dank UNSERES Widerstandes, vom Orts-, Kreis-, Landes- bis zum Bundesverband. Unsere Teilnahme war deshalb so wichtig, weil im Gegensatz zum BUND andere Umweltverbände durchaus überlegen, an der Expo teilzunehmen und dies auch mehr oder weniger offen sagen – z.B. WWF, DNR, NABU, SEN. Da ist es besonders wichtig, auch intern Druck auf die gemeinsame Linie auszuüben. Die Linie des Bundesvorstandes war und ist hier: Wer solche Gespräche nicht nutzt, um seine Contra-Position deutlich zu machen, ist selber schuld.

Das BUND-Projekt "Wanderausstellung Zukunftsfähiges Deutschland" ist konkret als Gegenprojekt zur Expo gedacht – als Ausstellung über Nachhaltigkeit (das, was WIR unter Einheit von Mensch und Natur verstehen – eben nicht die Technik), die zu den Menschen reist, anstatt daß Millionen nach Hannover gekarrt werden. Deshalb war es natürlich sinnvoll, dieses Projekt im Rahmen des Treffens zu präsentieren, um Breuel jetzt und später vorwerfen zu können, sie hätte ein besseres Konzept gehabt, um eine Öko-Expo zu machen – aber hat es natürlich nicht genutzt.

Zum Schluß noch ein emotionales Wort in eigener Sache: Jörg, ich bin es leid, von Dir ständig angekotzt zu werden wegen angeblicher Hintertouren zu Lasten der Umweltbewegung. Wenn Dich Verbände so sehr anwidern, wie Du es in diesem Brett schreibst, dann halt Dich doch einfach raus. Oder begib Dich doch mal in eine Therapie.

Am 22. und 23. August 1997 veranstaltete die Expo 2000 Sachsen-Anhalt GmbH einen Kongreß unter dem Titel "Mitgestalten und Mitverantworten – Bürgerinnen und Bürger nehmen Einfluß". Unverbindliche Erklärungen sollten das Ziel sein. Im Programm fanden sich illustre Namen: Als Eröffnungsrednerin die grüne Umweltministerin Heidrun Heidecke, in Leitungsrollen bei den Arbeitskreisen Oliver Wendenkamp vom BUND und Franz-Theo Gottwald (Schweisfurth-Stiftung). Wendenkamp und der BUND Sachsen-Anhalt sind auch Knoten im Netzwerk Zukunft e.V., deren hannoverscher Zweig die Teilnahme und Mitarbeit der gesamten Knotenpunkte im Rahmen der EXPO koordiniert.

Zusammen mit dem DNR bildete der VENRO eine Koordinationsgruppe zu den Expo-Aktivitäten. Nach außen blieb es dabei bis 1997 bei der kritischen Distanz, intern aber wurden verschiedene Absprachen zur Teilnahme an der Expo mit der Expo GmbH besprochen. Ein wichtiger Teil der VENRO¹¹⁴ ist unter anderem die

GTZ, die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, eine Organisation, die im Auftrag der Bundesregierung einen wesentlichen Anteil derer Entwicklungshilfe" konkret umsetzt. Sie verfügt über ein eigenes Expo-Büros, das die eigene Teilnahme und, im Auftrag der Bundesregierung, auch die anderer vorbereitet. Hierbei wirbt sie offen andere Gruppen für eine Teilnahme an. Von kritischer Distanz kann keine Rede sein.

Im Original: Auszug aus einem Werbeschreiben der GTZ vom 4.4.97

Wir denken, daß gerade die im Themenpark gegebenen Ausstellungsmöglichkeiten eine hervorragende Gelegenheit für die Nichtregierungsorganisationen bieten, ihre Arbeit auf der Weltausstellung zu präsentieren und die EXPO damit inhaltlich mitzugestalten.

Auszug aus einem Brief von GermanWatch (ebenfalls VENRO-Mitglied) vom 8.8.97 als Antwort auf eine Kritik an der Mitwirkung des VENRO bei der Expo

Insgesamt beurteilen wir die Expo auch kritisch, denken aber, daß sie sich nicht mehr verhindern läßt. Wir halten daher auch hier einen differenzierten Umgang mit der Expo für angemessen und werden uns an der inhaltlichen Auseinandersetzung aktiv beteiligen. Reine "Anti"-Aktionen halten wir für nicht sinnvoll.

Auch im weiteren Umfeld wird die Expo trotz der immer weiter zunehmenden Industriedominanz von immer mehr Umweltorganisationen unterstützt. Der BUND und die Grünen in Sachsen-Anhalt unterstützen die Expo-Landesprojekte, die grüne Umweltministerin Heidrun Heidecke ließ sich gar zur Schirmherrin machen.

Im Original: Auszug aus der Hannoverschen Neue Presse, Sonderbeilage zur Expo, Bericht mit DNR-Schatzmeister und Expo-Beiratsmitglied Jürgen Resch

Jürgen Resch sieht seine Aufgabe im obersten Beratungsgremium der Expo als Vermittler. "Denkansätze für nachhaltige Entwicklung" will er denjenigen liefern, die zum Abschluß aller Beratungen über das Gesicht der Weltausstellung beraten ... Die Agenda 21 ... soll nach seinen Vorstellungen einen angemessenen Platz auf dem Expo-Gelände einnehmen. Den Verbänden, die Deutsche Umwelthilfe tragen, bietet sich Resch als Mittler an. Er wolle informieren, was läuft.

Ob die das so genau wissen wollen? Resch spricht von einer nur "behaupteten Ablehnung der Verbände, die schon aufgehoben ist". ... Der BUND Niedersachsen läßt nach wie vor kein gutes Haar an der Expo, der BUND Nordrhein-Westfalen hat, gemeinsam mit dem Naturschutzbund Deutschland, dezentrale Projekte in Vorbereitung.

Die ökologische Steuerreform

Was interessant begann, z.B. Anfang der 90er Jahre mit Konzepten, die an wirklichen Fortschritten für die Umwelt orientiert waren, mutierte im Rahmen der Umrangungsstrategie zwischen Wirtschaft und Umwelt zu einem bemerkenswerten Beleg der Unfähigkeit der Umweltschutzverbände zu klaren Positionen. 1994 konnte fast eine Einigung erreicht werden zwischen allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen. Fast hätte es sie gegeben, die Reform, die den Verbrauch von Umweltgütern (vor allem Energie) besteuert und durch die Einnahmen die Arbeitskosten senkt. Ressourcenverbrauch wäre teurer, die Schaffung neuer Arbeitsplätze billiger geworden. Das wäre keine Revolution oder Patentlösung für alles gewesen, aber ein wichtiger Baustein eines notwendigen Wandels der Gesellschaft. Doch 1995 starb die Reform unter dem Widerstand erst der F.D.P., dann der CDU und schließ-

lich sogar der SPD. Eine kritische Reaktion der Umweltverbände auf das Scheitern blieb weitgehend aus. Als Strategie wurde nicht der gesellschaftliche Kampf, sondern die weitere Anpassung an die Forderungen der GegnerInnen gewählt. Motto: Wir müssen die Reform so gestalten, daß am besten noch die Neoliberalen zustimmen, z.B. die F.D.P. und der Bundesverband Deutscher Industrie (BDI).¹¹⁹

Ausgehend von einer Gruppe junger NachwuchsfunktionärInnen aus den Jugendumweltverbände und etablierten Projektwerkstätten¹²⁰ wurde ein neuer Vorschlag verfaßt und 1997 als Schwerpunktaktion des Deutschen Naturschutzbundes in die öffentliche Diskussion geworfen. Auf die Bedürfnisse der Großindustrie war das Papier nicht nur vom vorgeschlagenen Zeitverlauf, sondern vor allem durch eine Sonderregelung zugeschnitten: Die großen EnergieverbraucherInnen (also vor allem die Chemieindustrie, die Stahl- und sonstigen rohstoffverarbeitenden Industriezweige wie Papier-, Zement- oder Aluminiumindustrie) sollten weniger Steuern zahlen, aber trotzdem die vollen Vergünstigungen zur Senkung der Lohnkosten erhalten. In der Praxis hätte das mehrere Nachteile gebracht: Erstens wäre es genau dort, wo die meiste Energie verbraucht wird (z.B. verbraucht allein ein Konzern wie die BASF 1,5 Prozent des bundesdeutschen Stroms),¹²¹ kaum oder nicht zu Einsparungen gekommen. Und zweitens wäre das Geld von den kleinen Betrieben und Privathaushalten zu den Großkonzernen umgeschichtet worden - mit der Folge der Monopolbildung, denn Firmenpleiten hätte es nur bei den Kleinen gegeben. Zusätzlich wäre die Substitution (Ersatz) von energieaufwendigen Produkten verlangsamt worden, denn der wirtschaftliche Druck für eine Umstellung auf PVC-freie Produkte, Lehm statt Zement, Mehrweg statt Einweg oder für kürzere Transportwege wäre erheblich verringert worden. Kein Wunder war es denn auch, daß schon das Positionspapier mit dem Vorschlag der Steuerreform gespickt war von lobenden Zitaten derer, die gegen mehr Umweltschutz sind: Der Chef von BAYER, der Chef der CDU-Fraktion im Bundestag, einer F.D.P.-Bundestagsabgeordneten, der Daimler-Tochter AEG (deren Zustimmung sicher nicht ohne Rückendeckung der Daimler-Chefetage erfolgte) und dem Bayerischen Landtag. Die Werbung für die Firmen stellt genauso eine falsche Strategie dar wie die Ausnahmegenehmigungen. Wer schon vorher die Firmen lobt, schwächt die eigene Verhandlungsposition: Warum sollten Firmen eigentlich noch Zugeständnisse machen, wenn sie den Imagegewinn schon haben?

Herausgegeben wurde das Papier vom DNR, alle Mitgliedsverbände waren an der Diskussion beteiligt, Kritik gab es kaum. Mit dabei unter anderem auch: Robin Wood, die Grüne Liga, der BUND und der Naturschutzbund, der BBU usw.¹²²

Im Original: Auszüge aus dem DNR-Papier "Ökologische Steuerreform" (das bewußt nur in männlicher Sprachform gehalten ist)

Der DNR fordert die Einführung einer Primärenergiesteuer auf alle nicht regenerativen Energieträger. Die Höhe der Steuer richtet sich nach dem Energiegehalt sowie ergänzend nach der Menge an CO₂, die bei der Energieerzeugung entsteht. ...

Als Basis dient ein Energiepreis von 9 DM/Gj. Der Energiepreis soll durch die Energiesteuer – zunächst für 10 Jahre – jährlich um 7% ansteigen. ... Die Höhe der Energiesteuer ist aus umweltpolitischer Sicht eher moderat. Allein um das von der Bundesregierung aufgestellte

Klimaschutzziel (...) zu erreichen, müßten die Steigerungsraten eigentlich über 7% liegen. Die Höhe der Energiesteuer ist so gewählt, daß einerseits deutliche Anreize zum Energiesparen geschaffen werden, andererseits aber genug Zeit für die Wirtschaft bleibt, sich anzupassen. ... Um eine Abwanderung von energieintensiven Branchen zu verhindern, könnte eine Ausnahmeregelung folgendermaßen aussehen: je energieintensiver die Produktion, desto geringer der Steuersatz pro Energieeinheit. ...¹²³

Die Zustimmung für eine ökologische Steuerreform geht quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen und Parteien. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß Umwelt und Wirtschaft durch diese Reform gewinnen werden.¹²⁴

DNR-Steuerreform-Projektleiter Martin Rocholl, Interview mit der taz am 19.6.97

taz: Die Industrie beschwört eine Abwanderungswelle durch Ökosteuern.

Rocholl: Das Argument wird sehr gern mißbraucht. Teilweise besteht aber tatsächlich die Gefahr von Nachteilen für besonders energieintensive Betriebe. Wir können uns daher vorstellen, daß für sie eine geringere Energiesteuer gilt, solange es EU-weit noch keine vergleichbaren Steuern gibt.

Als einziges DNR-Mitglied protestierte die Gesellschaft für rationale Verkehrspolitik:¹²⁵

Alle Ausnahmeregelungen sind des Teufels!

Auszug aus einer Presseinformation des BUND vom 8.12.95

Jugend fordert: Ökologische Steuerreform jetzt! ... Gemeinsam mit dem Bund Junger Unternehmer (BJU) und jungen Bundestagsabgeordneten von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Grüne stellte die Jugendorganisation des BUND ein Grundsatzpapier zum Thema Klimaschutz durch Öko-Steuern vor. ...

Dorit Lehrack (BUND) auf der DNR-Mitgliederversammlung am 6.12.1997 in Bonn:

Zielgruppe unserer Arbeit sind nicht die WählerInnen, sondern neue Bündnispartner.

Die Position der Umweltverbände ist umso überraschender, als es ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) gibt, das besagt, daß bei Ausnahmeregelungen für die Industrie selbst nach 15 Jahren ein Rückgang des Energieverbrauches in der Industrie nur um 1,6 Prozent eintreten wird. Auch die Arbeitslosenquote würde bei diesem Modell nur sehr gering fallen, da die Ausnahmen ja auch bedeuten, daß nur erheblich geringere Geldmittel für die Lohnnebenkostensenkung vorhanden ist.¹²⁶

Pikant sind zudem zwei weitere Fakten aus der Diskussion um die Steuerreform. Das Scheitern der Steuerreform ist vor allem auf den Einsatz von BDI-Chef Henkel und BASF-Chef Strube bei Bundeskanzler Helmut Kohl zurückzuführen.¹²¹ Henkel war schon 1992 vom WWF wegen seiner scheinbaren Öko-Verdienste geehrt worden (siehe oben). 1996 wurde BASF Sponsor des BUND. Die Agitation gegen die den Umweltverbänden besonders wichtige Steuerreform stand der Nähe von Konzernspitze und Umweltverband nicht im Wege (siehe Kap. 5.2.1).

Als weiterer Steuerreformgegner entpuppte sich schließlich auch der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD). Er ist nicht nur Kanzlerkandidat der SPD bei der nächsten Bundestagswahl, sondern als Regierungschef in Niedersachsen ein deutliches Beispiel für eine wirtschaftsorientierte Regierung, die mit hohen Geldzahlungen und Einbindung in zahlreiche Gremien die Umweltschutzverbände zum Schweigen bringt (Verbändeförderungsgesetz, siehe Kap. 5.1.1).

Die Bundestagsfraktion von B'90/Grüne entdeckte 1996 die Steuerreform als ihr Thema, nachdem andere Parteien sie abgelehnt hatten. Jedoch wandelte die Partei die bisherigen Vorschläge in entscheidenden Punkten und übernahm die Forderung, energieintensive Betriebe (vor allem die Großkonzerne aus den Bereichen

Chemie, Stahlerzeugung usw.) von den Zahlungen fast ganz zu verschonen. Im "Eckpunktepapier" (August 1996) findet sich eine Ermäßigung des Energiesteuerersatzes um bis zu 80 Prozent für solche Betriebe. Zudem bezeichnen es die Grünen dort als "Dilemma", daß ökologische Lenkungseffekte in bestimmten Fällen besonders hoch sein können.

Im Original: Auszüge aus einer Erklärung von Michaela Hustedt, umweltpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Bundestagsfraktion, vom 3.7.1996 (S. 3)

1. und wichtigster Grundsatz: Wir wollen nur den energieintensiven Wirtschaftszweigen Anpassungshilfen gewähren. Eine vollständige Steuerbefreiung der Industrie oder einzelner Unternehmen lehnen wir ab. Dieser Punkt unterscheidet Bündnis 90/Die Grünen von allen anderen Parteien, die durchweg eine volle Ausnahme der Industrie wollen.

Titel und Text aus der Frankfurter Rundschau vom 4.7.1996

Auch Grüne wollen die Industrie bei Ökosteuer entlasten

Befreiung soll nur für energieintensive Branchen gelten ...

Die Grünen wollen bei der Einführung einer Ökosteuer Industriebranchen mit einem hohen Energieverbrauch entlasten. Der Nachlaß soll bis zu 80 Prozent betragen.

Auszug aus dem DNR-Kurier 6/1997 (S.4)

Ergebnis Gespräch mit Sprechern Bündnis 90/Grüne ... Fast völlige Übereinstimmung sowohl bei den Inhalten als auch den einzusetzenden Instrumenten gab es beim Gespräch zwischen DNR-Vertretern und den Parteisprechern von ...

Welcher Geist hinter der Debatte steht, zeigt ein kleiner Artikel im Klimarundbrief. Dort findet sich eine Gegenüberstellung von "Hardlinern" und "Softlinern" in Sachen Öko-Steuerreform.¹²⁷ Hardliner sind danach der DNR und die Umweltverbände, die Gewerkschaften, der Bund Junger Unternehmer und die Grünen. Eine harte Position bedeutet, daß nicht alle Firmen Ausnahmeregelungen erhalten sollen. Die Variante einer Steuerreform ohne Ausnahmen, wie sie 1994 noch von den Umweltverbänden vorgeschlagen wurden, wird gar nicht mehr erwähnt.

Umweltlotterie

Schon Anfang der 90er Jahre begann in den Umweltverbänden die Ideensammlung für eine eigene Umweltlotterie. Schließlich schlossen sich einige große Umweltverbände (z.B. BUND, NABU, WWF) sowie Entwicklungshilfeorganisationen (z.B. Misereor) zu einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zusammen und versuchten, eine Genehmigung für die Durchführung zu erhalten. Mit der technischen Abwicklung sollte eine niederländische Firma beauftragt werden, die Lotterien professionell anbietet.

1996 und 1997 kam es zu Streitigkeiten innerhalb der Verbände, weil einige Untergliederungen (z.B. BUND Niedersachsen) versuchten, in Kooperation mit der Staatlichen Klassenlotterie, also den Durchführenden der "normalen" Lotto- und Totoangebote, Konkurrenzangebote aufzubauen, bei denen sie mehr Geld herausholen konnten. Das gelang auch in einigen Ländern. In Niedersachsen wurde 1997 als staatliche Lotterie das Bingo-Lotto eingeführt. Neben den Landesverbänden von BUND und anderen hatten auch Funktionäre aus etablierten Jugendumweltkreisen¹²⁸ das Bingo unterstützt. Sponsoren sind VW und der ADAC. Geschäftsführer wurde der ehemalige BUND-Bundesgeschäftsführer Onno Poppin-

ga. Auch der BUND-Geschäftsführer von Baden-Württemberg, Erhard Schulz, sprach sich für solche Kooperationen aus. Die Nähe zu professionell-kommerziellen Einrichtungen wurde systematisch gesucht, trotz der gerade in dieser Zeit besonders umfangreichen Presseberichterstattung über Schiebereien und Bestechungen in den Führungsetagen der Lotteriegesellschaften.

Ein wichtiger Aspekt der Lotteriepläne der großen Verbände war ihr Plan, die Ausschüttung der Gewinne nur auf sich selbst zu begrenzen. Durch direkte Ausgrenzung, interne Treffen oder hohe Einstiegshürden wurden die kleineren Verbände und Gruppen sowie Netzwerke ohne große Finanzkraft ganz ausgeschlossen.

Im Original: Auszug aus einer gemeinsam finanzierten Anzeige, in dem die Trägerverbände (unicef, Deutsche Welthungerhilfe, BUND, terre des hommes, WWF, Greenpeace, DNR, NABU, Kindernothilfe, Misereor und VEN) Ministerpräsident Schröder aufriefen, die gemeinsame Lotterie zu genehmigen – und nicht eine staatliche Umweltlotterie

... Wir wollen eine eigene Spendenlotterie für alle in diesem Bereich tätigen Organisationen und Initiativen aufbauen. Damit sind wir weniger auf staatliche Hilfe angewiesen. ...

Teile der Landesregierung versuchen jedoch, unser Projekt zu verhindern. Stattdessen wird ein wenig glaubwürdiges Gewinnspiel mit Ökotouch der staatlichen Lotto-Gesellschaft unterstützt. ... Es ist an der Zeit, das Richtige zu tun. Handeln Sie, Herr Ministerpräsident! Genehmigen Sie die bessere Lotterie! ...

Auszug aus dem DNR-Kurier 5/1997 S. 2)

Erstmals sollen in einem Bundesland Mittel aus der Lotterie Glückspirale für Zwecke des Natur- und Umweltschutzes verwendet werden. Der Bayerische Landtag hat auf Antrag der CSU und SPD mit großer Mehrheit einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Die Mittel sind unser Einschaltung eines Beirates über den DNR zu verteilen.

Einigkeit herrschte in den Verbänden, daß nur sie die Gelder verteilen. Transparenz sollte vermieden werden – sowohl bei der bundesweiten Lotterie der ARGE wie auch bei den staatlichen Varianten auf Landesebene. Für unabhängige Netzwerke und Basisgruppen würde so oder so nicht abfallen.

GOLDisthalGRUBE – Bestechung des BUND

Im Frühjahr 1997 zog der BUND Thüringen eine Klage gegen den Atomkonzern VEAG wegen des Baus eines Pumpspeicherwerkes im Goldisthal zurück – und kassierte dafür von der VEAG 7 Mio. DM. Bestechung? Falsche Strategie? Oder das Geschick, aus einem verlorenen Kampf noch das Beste rauszuholen?

Aus der Delegiertenversammlung des BUND vom 6. bis 8.6.1997 kommt es zum Streit: BUND-Chef Hubert Weinzierl spricht von "der größten Zerreißprobe in meiner 30jährigen Vereinsarbeit". Seine Stellvertreterin Angelika Zahrnt spricht ebenfalls von Zerreißprobe, greift aber damit nicht die Geldannahme, sondern die KritikerInnen an und fordert einen besseren zwischenmenschlichen Umgang. Das Thema Goldisthal hatte die übliche Jubelfeier des BUND gründlich verdorben.

Im Original: Auszug aus dem Jahresbericht des BUND-Bundesvorstandes 1997

Die Auseinandersetzung über das geplante Pumpspeicherwerk Goldisthal (Thüringen) und den Vergleich, den der BUND in Thüringen mit dem Energieversorger VEAG abgeschlossen hat, haben die BUNDgremien in den letzten Wochen sehr beschäftigt. Sie droht, die gute Bilanz des letzten Jahres zu überschatten.

Schon im Vorfeld der Delegiertenversammlung hatte es erhebliche Kritik an dem "Deal" des BUND Thüringen gegeben. Auf der Versammlung gab es harte Wortgefechte, am Ende aber setzten sich die durch, die die Klärungen verschieben wollten und Konsequenzen ablehnten. Fünf Personen überstanden unbeschadet Abwahanträge, obwohl sie deutlich aussagten, die Vorgehensweise für den Vergleich weiterhin für richtig zu halten.

Der Ablauf der Versammlung: Die Debatte um das Pumpspeicherwerk wurde an den Beginn der Versammlung gezogen und prägte am Freitag bis 1 Uhr nachts sowie am Samstagvormittag den Verlauf. Nach übereinstimmenden Aussagen aus dem BUND Bundesverband und dem Thüringischen Landesverband hatte der BUND-Landesvorstand schon am 16. Januar der VEAG angeboten, einen Vergleich zu schließen, der beinhaltet, daß der BUND seine Klage gegen das Pumpspeicherwerk zurückzog und die VEAG dafür sieben Millionen Mark an den BUND zahlt, die dieser für eine Stiftung verwenden will. Erst deutlich später wurden davon andere Verbandsgremien informiert. Diese hatten kaum noch Chancen zur Reaktion, was BUND-Chef Weinzierl seinem Stellvertreter und BUND-Landesvorsitzenden von Thüringen, Ralf-Uwe Beck, auch vorwarf. Dieser hätte Informationen zurückgehalten oder sogar falsch informiert. So habe Weinzierl sich darum bemüht, die notwendigen Gelder für die Klage zu besorgen, während Beck den laufenden Prozeß zum Vergleich nicht aufgehoben habe. Bayrische Delegierte beschwerten sich mehrfach, aus der Zeitung über den Vergleich erfahren zu haben. Demgegenüber stand die lange Rede von Beck, dem Hauptverantwortlichen des Vergleiches zwischen der VEAG und dem BUND, der darin immer wieder seine persönliche Betroffenheit darstellte, die durch die direkte und teilweise öffentliche Kritik an seinem Verhalten entstanden sei. Er begründete den Vergleich mit den fehlenden finanziellen Möglichkeiten des Verbandes, diese Klage überhaupt zu finanzieren. Auf den Hinweis, ihm sei vom Bund Naturschutz in Bayern und von Hubert Weinzierl persönlich Hilfe angeboten worden, ging er nicht ein.¹³⁰ Für die Zukunft kündigte Beck sogar große Vorteile aus den Geschehnissen an. In seinem schriftlichen Bericht heißt es: "Der BUND Thüringen, ..., hat sich von Anfang an bereit erklärt, mit der Stiftung nicht nur Projekte in Thüringen zu fördern, sondern in ganz Ostdeutschland. Er nimmt damit in vorbildlicher Weise seine Verantwortung für die Stärkung der Umweltbewegung im Osten war". Und Geschäftsführer Matthias Spilmann vom BUND Thüringen setzte noch einen drauf: Er lobte die ganze Aktion und bedauerte nur, nicht mehr Geld herausgeholt zu haben.¹³² Teil der Rede von Beck war die Trennung von Verantwortungs- und Gesinnungsethik. Er warf denen, die fundamentale Positionen vertreten, vor, es sich einfach zu machen. Darauf BUND-Chef Weinzierl wütend: "Diese Trennung machen sonst nur die Leute von CDU/CSU. Das wollte ich aus deinem Mund nicht hören".

Der Vertrag: Der bekannten Kritik, daß ein Vergleich mit einem Umweltzerstörer gegen eine Geldzahlung niemals akzeptabel sei, zumal keinerlei Vorteile in der Sa-

che, nämlich beim Bau des Pumpspeicherwerkes Goldisthal dadurch erreicht worden seien, wurden etliche weitere Punkte hinzugefügt. So wurde der Vergleichsvertrag als stümperhaft und inhaltlich falsch angegriffen. Bei diesen Formulierungen dürften im gesamten Energiebereich Ostdeutschlands sowie in vielen Teilen der alten Bundesländer keine Aktionen von der Stiftung unterstützt werden.

Im Original: Auszüge aus der Vorbemerkung des Vergleichs zu Goldisthal

... wurden unmittelbar nach Anhängigkeit des Rechtsstreites Vergleichsverhandlungen aufgenommen. Basis der Vergleichsverhandlungen war ein Schreiben des BUND an die VEAG vom 16.1.97, in welchem die Bereitschaft zur Klagerücknahme gegen Bereitstellung eines Stiftungsvermögens zur Gründung ... erklärt wurde. ...

Die VEAG erhält einen Sitz im Stiftungsbeirat. Die Parteien sind sich darüber einig, daß die Stiftung keine Projekte fördern wird, welche sich gegen die VEAG und deren Organe sowie deren Gesellschafter richten.¹³²

Auszüge aus dem dann folgenden Vertragstext (Punkt 3)

Der Kläger verpflichtet sich unter Meidung einer Vertragsstrafe, das Stiftungsgeschäft einschließlich des Genehmigungsverfahrens im Benehmen mit der VEAG vorzunehmen und die Satzung einschließlich des Stiftungszwecks nur im Benehmen mit der VEAG zu formulieren. Die VEAG erhält einen Sitz im Stiftungsbeirat. Dem Beiratsmitglied der VEAG werden besondere Informationsrechte eingeräumt.

Die Stiftung fördert keine Projekte, welche sich gegen die VEAG, deren Beteiligungsunternehmen sowie gegen den Bereich der Primärenergiebeschaffung der VEAG (LAUBAG/MIBRAG) richten; dies gilt gleichfalls für Projekte, die sich gegen wesentliche Interessen der Energieversorgung auf Verbundebene allgemein richten.

BUND-Landesvorsitzender Beck versuchte darzustellen, daß der BUND nicht eingeschränkt sei. Dies aber widerspricht seiner eigenen Aussage, daß der BUND für Klagen keine Mittel hat. Wenn auch die Stiftung nicht helfen kann, hat sich nichts verbessert. Zudem finden sich im Vertrag Einschränkungen für den BUND selbst.

Im Original: Auszug aus dem Vertragstext (Punkt 2, Kläger ist der BUND)

Der Kläger verpflichtet sich unter Meidung einer Vertragsstrafe, die Klage gegen den Planfeststellungsbeschluß Goldisthal unverzüglich zurückzunehmen, sobald das Geld auf dem Anderkonto gutgeschrieben ist. Er verpflichtet sich gleichfalls, von den Rechtsbehelfen gegen andere Teilprojekte im Zusammenhang mit dem Vorhaben PSW Goldisthal (Netzausbaumaßnahmen) in Thüringen abzusehen. Die Vertragsstrafe beträgt 500.000 DM.

Der Bundesvorstand im Mittelpunkt: Was in den Medien wenig zur Sprache kam, machte die Delegiertenversammlung deutlich: Hauptschuldiger ist nicht der von Geldnot und mangelnder Erfahrung geplagte Landesverband Thüringen, sondern der Bundesvorstand. Der Landesvorstand hatte diesen um Rat gefragt. Und diesen gab der Bundesvorstand: Mit fünf zu zwei Stimmen empfahl er, den Vergleich zu schließen und das Geld anzunehmen. Das tat der Landesvorstand, ohne seine eigene Basis zu beteiligen, die sich teilweise auch im Rahmen der Bundesdelegiertenversammlung beschwerte, z.B. der neugewählte BUND-Kreisvorsitzende von Weimar, Matthias Möller-Meinecke.¹³³ Die zwei Gegenstimmen kamen von den "Alten" im Vorstand, Hubert Weinzierl und Gerhard Kneitz, die auch vehement der von ihren KollegInnen vorgebrachten Behauptung, niemand hätte die grundsätzliche Bedeutung des Falles erkannt, entgegentraten.

Auszüge aus dem Protokoll der strittigen Vorstandssitzung am 20.-22.2.1997

Der Bundesvorstand empfiehlt dem Landesverband Thüringen mehrheitlich – angesichts der konkreten, aussichtslosen Lage im Fall Goldisthal – die Vergleichsverhandlungen mit dem Ziel einer Stiftungsgründung fortzusetzen. – 5 Ja 2 Nein 1 Enth. ¹³⁴

... Der Vorsitzende Hubert Weinzierl und der Beiratssprecher Gerhard Kneitz warnen vor den Folgen einer Klagerücknahme gegen Geld, da dies die Glaubwürdigkeit der Verbandspolitik erschüttere. Sie bemängeln, daß die Angelegenheit sehr unklar und nicht entscheidungsreif sei, zumal sie nicht auf der Tagesordnung stehe.

Schriftliche Erklärung der fünf BefürworterInnen im Bundesvorstand zur Versammlung

In Thüringen hat der BUND keinen Schaden genommen, sondern – unter dem Strich – einen Nutzen gehabt. ... die Reaktion der Thüringer BUNDmitglieder unterstreicht dies. ... Die Mitgliederversammlung in Thüringen hat am Samstag einstimmig (!) den Vergleich bestätigt und den alten Vorstand unverändert wiedergewählt“.

Angelika Zahrnt, stellvertretende Bundesvorsitzende, ihrer Rede

Jetzt hat der BUND Thüringen erreicht, daß Natur und Umwelt mit den Mitteln des Fonds geschützt werden.

Für die Versammlung hatten die BefürworterInnen der Klagerücknahme einen Antrag vorgelegt, in dem sie nur die Gründung eines Arbeitskreises vorschlugen, der über die Vorfälle nochmal diskutieren und zukünftige Verhaltensweisen festlegen könne. Nach einigen Stunden zum Teil heftiger Debatte wurden sie um erneute Stellungnahme gebeten. KeineR sah die Entscheidung unter Einbeziehung auch der neuen Informationen als Fehler. Vielmehr würden sie bei gleichen Bedingungen wieder so entscheiden. Insbesondere diese Äußerungen veranlaßten einige Landesverbände, ihre Rücktrittsforderungen gegen diese Personen aufrecht zu erhalten, zumal der Bundesvorstand selbst nichts weiter zur Klärung beigetragen hatte als den Vorschlag, einen Arbeitskreis zu gründen. Vertagung aber, so BUND-Landesvorsitzender Michael Harengerd aus Nordrhein-Westfalen, könne er nur als Zustimmung empfinden. Unter einer Vielzahl von Anträgen, die den Bundesvorstand kritisieren oder das Vertrauen entziehen sollte, kam nur einer durch mit der relativ zurückhaltenden Formulierung: "Die Delegiertenversammlung kritisiert den Bundesvorstand deutlich, weil er dem LV Thüringen nicht ausdrücklich von dem Vergleich abgeraten hat, ...". Alle anderen Anträge, vor allem alle, die den Vorstand deutlich kritisierten oder gar zum Rücktritt aufforderten, wurden abgelehnt oder, in den meisten Fällen, vor der Abstimmung durch Anträge auf Nichtbefassung verworfen. Damit drückten sich die Delegierten um eine Bewertung. Etlliche, vor allem ältere Naturschützer, brachte das zu verärgerten Aussagen.

Auszüge aus Redebeiträgen von BUND-Delegierten während der Versammlung 1997

Prozesse zu verlieren, ist keine Schande. Aber die Glaubwürdigkeit zu verlieren, wäre die Preisgabe des größten Kapitals, das wir haben (Hubert Weinzierl, Vorsitzender).

Wir sollten nicht danach handeln, ob wir gewinnen, sondern, wie es richtig ist. (Köhler aus Bayern).

Ich war bisher stolzes BUND-Mitglied, weil ich meinen Kopf bisher hochhalten konnte. Nach der heutigen Debatte muß ich eher hinausschleichen (Delegierter aus Bayern).

Ich bin entsetzt über das Herumeiern dieses Bundesvorstandes bei der Frage, ob so etwas noch mal vorkommen kann. ... Wir sind vielleicht nicht mehr Freundinnen und Freunde der Erde, sondern Freunde und Freundinnen des Geldes. (Benedikt Bisping aus Bayern).

Unerwähnt blieb auf der Versammlung ein weiteres Problem der Annahme von sieben Millionen DM der VEAG. Dieser Konzern gehört großen Stromkonzernen: 22,5 % Bayernwerke, 26,25 % Preußen Elektra und 26,25 % RWE. Bei dieser Verteilung muß die VEAG als Atomkonzern betrachtet werden. Von einem solchen Konzern aber ist die Annahme von Geld weder sinnvoll noch nach den Richtlinien des BUND überhaupt zulässig. Eine etwaige Ausrede, der BUND sei gar nicht Empfänger, ist falsch. Nach dem Vertrag erhält das Geld der BUND, wenn auch mit der Auflage, es zur Gründung der Stiftung zu verwenden.

Auszüge aus der Darstellung durch die BUND-Bundespressestelle am 15.4.1997

Was ist "Goldisthal"? Der ostdeutsche Energieversorger VEAG plant den Bau des Pumpspeicherwerks Goldisthal ... In das Bauwerk will die VEAG 1,3 Milliarden Mark investieren. Das Projekt unterstützt den Einsatz von sogenannten Grundlastkraftwerken, die rund um die Uhr laufen. Dies sind in Ostdeutschland vor allem die großen Braunkohlekraftwerke, ... Zu den Grundlastkraftwerken zählen aber auch Atomkraftwerke. Das Projekt stützt also mit der Braunkohle eine besonders CO₂-intensive Technik. ...

Warum der BUND einem Vergleich zugestimmt hat

Die Entscheidung fiel für den Vergleich. Dieser Schritt tat weh, weil er eine Niederlage besiegelte. Die Gründung der Stiftung kann diese Niederlage, daß das unsinnige und zerstörerische Pumpspeicherwerk nun doch gebaut wird, nicht ausgleichen, sieben Millionen können die Naturzerstörung nicht wiedergutmachen. Von Naturzerstörung kann man sich grundsätzlich nicht freikaufen. ... Die Mitgliederversammlung in Thüringen hat den Vergleich einstimmig bestätigt und den alten Vorstand unverändert wiedergewählt.

Warum hat der BUND die Klage nicht einfach zurückgezogen?

... hat der BUND Thüringen mit dem ausgehandelten Vergleich gezeigt, daß man ihn ernst nehmen muß. Es ist ihm gelungen, aus einer Position der Schwäche heraus, die VEAG zu Gegenleistungen zu zwingen. ...

Wie ist die Stiftung konstruiert? ... Die Stiftung beschränkt sich auf die Förderung "positiver" Projekte ... Die Förderung von "Verhinderungsprojekten" – etwa gegen Braunkohletagebau, neue Kraftwerke etc. – ist vom Stiftungszweck ausgeschlossen.

Harmonie statt klare Positionen: Die Diskussion war geprägt von zwei grundsätzlichen Positionen. Dem einen Teil, vor allem die ost- und einige norddeutsche, der hessische und baden-württembergische Landesverband, ging es um die Vermeidung von Streit und dem Verzicht auf inhaltliche Auseinandersetzungen. Sie brachten immer wieder Geschäftsordnungsanträge ein, Debatten zu beenden oder Anträge nicht abzustimmen. Inhaltliche Argumente oder Positionen wurden in der Regel nicht genannt, die Harmonie in der "Familie BUND" (oft gefallener Begriff) war das Entscheidende. Dem anderen Teil, angeführt von den Bayern und einigen Nordrhein-Westfalen, ging es um klare politische Positionen sowie um Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit.¹³⁵ Bemerkenswert war das Verhalten der anwesenden BUNDjugendlichen. Sie stimmten für die Anträge, Debatten zu beenden. Besonders taten sich die beiden Bundesvorständler, der Ex-Bundesjugendsprecher Marc Engelhard und der aktuelle Sprecher Michael Schäfer, mit Wortmeldungen hervor, in dem sie immer wieder den Vorstand verteidigten und die Kritiker angriffen. Beide hatten für die Annahmen von sieben Millionen DM und die Rücknahme der Klage gestimmt. Die BUNDjugend hatte einen eigenen Antrag gestellt ohne Kritik am Verhalten des Vorstandes in Sachen Goldisthal.¹³⁶ Der Ex-Bundesjugendspre-

cher Jens Rolfs sprach sich gegen die Rücktrittsforderungen aus, weil dann der Diskussionsprozeß um das "Zukunftsfähige Deutschland" gefährdet sein könnte. In einem Statement meinte der Geschäftsführer des Bund Naturschutz in Bayern resigniert, daß die Jugend die Ziele verraten würde.¹³⁷

Im Original: Auszüge aus einer Rechtfertigung des Bundesjugendsprechers Michael Schäfer zu seinem Verhalten (Mail vom 18.6.1997)

Für den Vergleich spricht, daß es für Umwelt und Naturschutz das beste aushandelbare Ergebnis war. ... Redebeiträge, die ... den VertreterInnen einer anderen Meinung unterstellen, andere als ehrenwerte Motive mit ihrer Entscheidung im Fall Goldisthal zu haben, finde ich besonders perfide, ärgerlich und motivationsraubend. ... Die Kritik des BN-Geschäftsführers Steininger, wir hätten unsere Ziele verraten, ist für mich ein anderes Beispiel dafür, daß anderen unterstellt wird, nicht nach dem besten Gewissen zu handeln. Das ist nicht nur beleidigend, sondern auch absurd. Welche anderen Ziele sollten wir den verfolgen? Wirtschaftliche Interessen haben Ehrenamtliche so selten.

Gesamtrend "Harmonie und Management": Dialog, Kooperation statt Konfrontation oder konsensuale Prozesse sind einige der Stichworte, die für eine deutliche Wende in der Umweltschutzbewegung stehen. Der Widerstand auf der Straße, Klagen oder direkte Aktionen sterben aus. Er wird im BUND wie auch in anderen Verbänden nur noch von der älteren Generation und wenigen anderen hochgehalten. Die jüngeren, früher eher die "Fundis", bringen heute Positionen der Kooperation mit Staat und Wirtschaft, der politischen Entradikalisierung und der innerverbandlichen Beliebtheit ein. Statt Streitkultur wird alles zugrundemoderniert, persönliche Betroffenheit ist das meistgenannte Argument gegen zugespitzte Positionen. Die jüngeren Menschen in den Verbänden bringen Managementqualitäten mit. Ihre Ziele sind maximale Geldbeschaffung und politische Akzeptanz. Sie agieren auf der Lobbyebene, führen unzählige Gespräche in politischen Kungelrunden und führen Kampagnen nicht mehr durch, um in Sachen Umweltschutz etwas zu verbessern, sondern um darüber den Spendeneingang zu erhöhen. Es ist abzusehen, wie der BUND in fünf oder zehn Jahren aussieht: Managertypen werden dominieren, der Spendeneingang ist deutlich erhöht, die neue CheflInnen sind Personen wie Angelika Zahrt, die inhaltliche Lücken und politische Beliebtheit mit SPD- oder Grünen-Mitgliedschaft und Anbiederung an die Industrie verbinden. Um sie herum werden die Ex-BUNDjugendlichen sein, die sich in ihrer Jugendarbeit nicht mehr über inhaltliche Aktionen, sondern über professionelle Verbandstätigkeit profiliert haben. Und dazu eine Geschäftsstelle, deren MitarbeiterInnen das größte Interesse an maximaler Geldeinnahme haben. Schließlich leben sie davon.

Weitere Beispiele

In der Presse und den verbandsinternen Debatten wurden in den Wochen nach den Vorgängen um Goldisthal weitere Beispiele genannt dafür, daß Gerichtsprozesse gegen Zahlung von Geldern beendet wurden. Die Presse versäumte dabei die Unterscheidung in Geldzahlungen an die Verbände und zusätzliche Ausgleichszahlungen für Eingriffe in die Natur.¹³⁸ Richtig war aber immer der Vorwurf, daß für Geldflüsse (wohin auch immer) Widerstand eingestellt wurde.

Beispiele für außergerichtliche Einigungen und Verzicht auf Widerstand (Quelle: Spiegel 14/1997, S. 58+59; FR vom 15.4.97, BUND-Delegiertenversammlung)
Streit um Mercedes-Werk in der Nähe von Rastatt in den Rheinauen (NABU, BUND und WWF). ... Ems-Vertiefung. ... ICE-Trasse Berlin-Hannover mit Eingriffen in die Lebensräume der Großtrappen (NABU). ... Deichbau an der Nordsee (BUND).

Die Idee des Öko-Sponsorings ist schon etliche Jahrzehnte alt. In den siebziger Jahren wurde das Thema durch die Kampagne "Rettet die Vögel" bekannt (unter anderem ein dickes Buch unter diesem Titel, Autoren: Horst Stern u.a.). Sponsor war die Deutsche Lufthansa. Heute betreiben an vielen Orten kommerzielle Firmen die Vermittlung von SponsorInnen an Umweltverbände. In Münster muß für die Aufnahme in die Adressendatei sogar die Umweltgruppe zahlen!

Wie weit die Verschmelzung von Umweltinstitutionen und Industrie geht, ist am "Grünbuch '97" zu sehen. Diese Veröffentlichung ist eine Werbung für AEG, Firma im Daimler-Benz-Konzern. Gruß-, Vorworte oder kurze Betrachtungen ohne jegliche Kritik am Konzern schrieben u.a. Ernst Ulrich von Weizsäcker (Wuppertal-Institut), Joschka Fischer (Bundestagschef der Grünen), Gerhard Schröder (SPD-Ministerpräsident), Norbert Herkenrath (Misereor) und Edmund Stoiber (CSU-Ministerpräsident). Zudem stellt die AEG in einzelnen Kapiteln Kooperationsprojekte mit UmweltschützerInnen vor, z.B. mit dem BUND, mit B.A.U.M., der Zeitschrift "natur" und dem WWF. Im Buch ist liegt ein Überweisungsträger mit eingetragenen 20 DM Schutzgebühr für das Grünbuch. Diese sollen an den WWF gehen. Ein typischer Pakt zwischen Großkonzernen und Großverbänden ist auch "e5", ein europäisches Unternehmerbündnis für eine nachhaltige Zukunft. Mit dabei sind als Firmen Daimler Benz, Rockwool, AEG sowie von den Verbänden German Watch, Eurosolar und das Worldwatch-Institut.¹³⁹

5.2.3 Die Wirtschaft gründet eigene Umweltorganisationen

Obwohl es der Wirtschaft recht gut gelingt, auf den bundesdeutschen Umweltschutz Einfluß zu nehmen - sowohl auf die Verbände als auch auf die Politik -, scheint ihr das nicht zu reichen. Stattdessen ergreift sie selbst die Initiative und gründet Umweltschutzorganisationen. Deren Ziel ist immer das gleiche: Durch verwässerte Positionen die öffentliche Debatte zu beeinflussen und vor allem unter den VerbraucherInnen Irritation zu stiften. Das Motto scheint zu lauten: Wenn niemand mehr weiß, was richtig oder falsch ist, haben Umweltschutzbemühungen keine Chance mehr.

- Die "Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau" (FIP) mischt in der Agrardebatte mit. Der Jahresetat von ca. 2 Mio. DM stammt von Chemieunternehmen wie Bayer, Hoechst, BASF und Schering. Die FIP entstand nach dem gescheiterten Versuch, unter dem weniger verschleiernenden Titel "Industrieverband Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung" (IPS) eine größere Kampagne zu starten. Das Strategiepapier wurde dem damals BBU (Bundesverband Bürgeri-

niativen Umweltschutz) zugespielt, der es veröffentlichte. Das vergebliche gerichtliche Vorgehen gegen die Veröffentlichung machte das Thema bundesweit bekannt. Das Nachfolgemodell FIP diente vor allem der Öffentlichkeitsarbeit und der Beratung der Landwirte. Im Vorstand vertreten sind unter anderem die BASF, BAYER und der von Hoechst und Schering gegründete Gentechnikkonzern AgrEvo. Ebenfalls vertreten ist der Verband der Chemischen Industrie sowie der Industrieverband Agrar, Nachfolger des gescheiterten IPS. Für den Beirat konnten VertreterInnen von Landwirtschaftsministerien gewonnen werden, so aus Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, dazu das Bundesministerium, verschiedene Landwirtschaftskammern und der deutsche Raiffeisenverband – Lobbyarbeit im eigenen Haus also.¹⁴⁰

- Der "Bundesverband für fachgerechten Natur- und Artenschutz" präsentiert sich als "eine der größten deutschen Umweltorganisationen". Tatsächlich kämpft der Verein (Jahresetat: 500.000 DM) dafür, daß möglichst viele exotische Tierarten nach Deutschland importiert werden können. Die Mitglieder stammen aus 250 Einzelverbänden und verdienen an der privaten und gewerblichen Tierhaltung. Als BNA kritisieren sie polizeiliche Beschlagnahmen illegal eingeführter oder nicht artgerecht gehaltener Tiere und setzen sich gegen Verschärfung im internationalen Artenschutz ein.¹⁴⁰ Unterstützer gibt es aus der Politik, z.B. vom ehemaligen hessischen F.D.P.-Landtagsabgeordneten Heiner Cappel, der sich selbst für "Freunde" einsetzt, die schon mehrfach wegen Verstoßes gegen Artenschutzbestimmungen verurteilt waren. Cappel ist inzwischen aus der F.D.P. ausgetreten und war Initiator bei der Gründung der rechten "Offensive für Deutschland".¹⁴¹
- Die großen Ölfirmen wie Exxon, Texaco, Shell und BP haben sich in der "International Climate Change Partnership" (ICCP) zusammengeschlossen. Der Name ist mit Bedacht gewählt, Verwechslungen mit dem renommierten amerikanischen Expertengremium, das den Treibhauseffekt untersucht, sind gewollt. Deren Name: IPCC.¹⁴⁰
- Der Strom- und Verpackungskonzern VIAG gründete mit Partnern wie Coca Cola, Horden und Nestlé die "Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt".¹⁴⁰ Ebenso unterstützt die VIAG den Bundesverband für Landschaftsschutz, der gegründet wurde, um die Windenergienutzung zu kritisieren (siehe Kap. 5.2.1).
- Das berühmte Gutachten, das beweisen soll, daß Einwegverpackungen ökologischer sind als Glasflaschen, weist nicht nur gravierende Fehler auf, sondern stammt von einem Institut, dessen Arbeit wesentlich von TetraPak finanziert wird (was aber natürlich verschwiegen wird). Ohnehin hat TetraPak, größter europäischer Kartonverpackungshersteller (90 Prozent Marktanteil in Westeuropa), ein ganzes Netz von Verlagen, Büros und Scheinumweltgruppen aufgebaut, um von verschiedenen Seiten Desinformation zu betreiben. Im März 1990 verschickt ein Verlag "Ökontor – Verlag für Umwelt, Politik und Technik" an alle Schulen in Deutschland ein Buch unter dem Titel "Zeitfragen zur Verpackung" mit eindeutigen Aussagen für Wegwerfverpackungen.¹⁴² Statt eines eigenen Ver-

triebs konnten Interessierte das Buch in der Druckerei ordern, offenbar war der Verlag nur für diesen einen Zweck gegründet worden. Die "Waste Watchers" propagieren seit längerem die Müllverbrennung. Gründer ist der Ex-Pressesprecher des Getränkeüten-Konzerns TetraPak, Manfred Geisler-Hansson. Offiziell behaupten die "Waste Watchers", aus einem weltweiten Verband mit Namen "World Waste Watchers" gegründet worden zu sein. Sitz sei Australien, da aber ist der Verband unbekannt. Schon im ersten Geschäftsjahr betrug der Etat der Gruppe 600.000 DM, wohl kaum möglich ohne finanzstarke Firmen im Rücken. Dennoch behauptet die Gruppe, unabhängig zu sein.

TetraPak agiert international. Die Redaktion der müllverbrennungsbefürwortenden Abfallzeitschrift "Warmer Bulletin" wird von der "World Resource Foundation" bezahlt. In dessen Vorstand sitze Hans Rausing, einer der beiden Brüder, denen TetraPak gehört. Vorsitzender war der amerikanische Geschäftsmann Jose Mestre, der international Wirtschaftstagungen organisierte, unter anderem Treffen westeuropäischer Geschäftsleute auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. In eigenen, seriös gestalteten Veröffentlichungen ohne genaue Kennzeichnung, wer eigentlich Auftraggeber oder Finanzgeber ist, werden Umweltschutzgruppe angegriffen. Wer auf Abfallvermeidung setze, wolle "den abfallpolitischen Kollaps der Gesellschaft herbeiführen". Außerdem sei das wahre Ziel solcher Gruppen, "die gesellschaftlichen Strukturen zu verändern". 1994 mischten sich die Waste Watchers noch in weitere Bereich ein. In einem 30-seitigen Heft traten sie für die Verwirklichung des Transrapid zwischen Hamburg und Berlin ein. Der Hintergrund offenbart sich in den Quellenangaben: Da taucht der deutsche Ableger einer Organisation auf, die für eine Magnetschwebebahn vom Ärmelkanal bis Wladiwostock eintritt. Im gleichen Jahr starteten die Waste Watchers ihren "Bundesweiten Umwelt-Nachrichtendienst". An diesem Titel hatten sie wahrscheinlich länger gebastelt, ergibt er doch die auch verwendete Abkürzung "BUND". Erst auf Gerichtsbeschluss verzichtete der Nachrichtendienst auf diese Kürzel.¹⁴⁰

- Ganz ähnlich den Waste Watchers agierte die Gruppe "Das ehrliche Müllkonzept", zweifelsfrei eine Anlehnung an die Umweltschutzgruppe "Das bessere Müllkonzept". Sie setzte sich an geplanten Standorten von Müllverbrennungsanlagen für diese ein. Den Impuls zur Gründung gab der Journalist Rüdiger Polster, der auch schon Geld durch Aufträge von TetraPak verdient hatte. Und auch bei den Waste Watchers war er schon aktiv.¹⁴⁰
- Eine weitere Gruppe: die Arbeitsgemeinschaft Kreislaufverpackung, Mittragende sich die Coca Cola GmbH, die Vereinigten Aluminiumwerke sowie weitere Dosenhersteller und die Hoesch Stahl AG. Und noch eine: Die Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt (siehe oben). Geschäftsführer war Franz Heinrich Krey, von 1965 bis 1974 Schatzmeister der CDU Nordrhein-Westfalen und fünf Legislaturperioden (bis 1994) CDU-Mann im Bundestag – ein guter Lobbyist. Die Verpackungsindustrie insgesamt ist schon immer darauf bedacht, sich selbst ein grünes Mäntelchen umzuhängen. So hat das Duale System Deutsch-

land (DSD) verschiedene UmweltschützerInnen in das Kuratorium aufgenommen. SPD-Mann Ernst-Ulrich von Weizsäcker und auch die VerbraucherInneninitiative ließen sich auf dieses durchsichtige PR-Manöver ein.¹⁴³

- Auch die Atomindustrie versuchte sich unter dem Deckmantel des Umweltschutzes. Unter dem Briefkopf "Bürgerinitiative für gesicherte Energieversorgung" agierte sie Mitte der 80er Jahre unter anderem mit Briefen an BürgerInnen, in denen diese dafür verantwortlich gemacht werden, wenn bei Wegfall der Kernenergie die Stromversorgung in Probleme kommen würde. Chef der BGE war der Ingenieur der Siemens-Kernenergiesparte KWU, Jürgen Laubenheimer. Zugleich betreute er die Öffentlichkeitsarbeit der "Gesellschaft für Technologie und Umwelt" (GTU), einem weiteren Tarnverband, der die Vierteljahresschrift "Mensch + Energie" herausgab.¹⁴⁴
- Der Förderkreis Umwelt future e.V. (oft nur unter future e.V. bekannt, Untertitel "Umweltinitiative der Unternehmen") wurde von 200 UnternehmerInnen gegründet. Unter den Fördermitgliedern sind: Exxon (dt. Esso), Jacobs, Suchard, Kaufhof und Tschibo. Für die Metro AG organisierten sie einen PR-Termin, wo diese ihren Umweltbericht vorstellten.¹⁴⁵

Neben eigenständig agierenden Gruppen gründen insbesondere die großen Unternehmen Abteilungen, die unter einem besonderen Namen Umweltsponsorings und die begleitende Öffentlichkeitsarbeit durchführen. Beispiele dafür sind die Allianz- und die Otto-Stiftung sowie die Lufthansa Umweltförderung.

Quellen zu 5.2

- 1 Diese Kooperation ist inzwischen gescheitert. Die Panda-Ranger sollen ohne WWF-Anbindung weiterzuführen.
- 2 "Natur" 11/1986 (S. 23-29)
- 3 Dirk Cornelsen, 1991, "Anwälte der Natur", C.H.Beck, München (S. 103-105). Zu Klaus Bellinger (S. 129).
- 4 Spiegel special 2/1995 (S. 154)
- 5 "Anwälte der Natur" (S. 105-107)
- 6 "Ökosponsoring", NNA-Berichte 4/1994 (S. 17)
- 7 "Natur" 3/87 (S. 108), Spende von fünf Millionen Mark.
- 8 PR, Wettbewerb und Beratung für Jugendliche. Die AOK-Geschäftsstellen waren regionale Ansprechpartner.
- 9 WWF-Schrift "Aktion 97" (S. 31), gleichzeitig die Ausgabe der Zeitschrift "WWF" 10/96.
- 10 Weltwoche (Zürich) vom 13.9.1996 und 27.3.1997.
- 11 Zitate aus dem Werbetext. Quellen: AEG, 1997, "Grünbuch '97" (S. 57-59), WWF-Journal 2/97 (S. 37).
- 12 WWF-Broschüre "Zirkel 2005: Klimaschutz".
- 13 In der Werbung wird richtig dargestellt, daß ökologische Kriterien fehlen. Hauptanlage sind internationale Staatsanleihen. Die DWS ist der größte Investmentfonds Europas. Quelle: Anzeigen zum Panda Renditefonds.
- 14 Jutta Dittfurth, 1991, "Lebe wild und gefährlich", Kiepenheuer&Witsch, Köln (S. 248-251). "Ökosponsoring" (siehe 6, S. 21). Selbstdarstellung des WWF in "Deutscher Umwelttag 1992 Ein Portrait seiner Mitgliedsverbände" (S. 242). Kooperationspartner ist auch die regierungsnaher GTZ. Quelle: "Aktion 97" (siehe 9, S. 37).
- 15 So wie 1997 der Firma Hoechst. Diese hatte einige Jahre vorher einer ostdeutschen Jugendinitiative Geld zum Umweltschutz vermacht. Dahinter stand ein Trick. Das nicht an ein bestimmtes Projekt gebundene Geld wurde nur angenommen, um damit eine höchstkritische Aktion zu finanzieren (Sonderheft "Chemie und Gentechnik" verschiedener regionaler Umweltzeitungen, Frühjahr 1997).
- 16 WWF-Unterlagen "Grundlagen der Zusammenarbeit des WWF mit Industrie und Wirtschaft" und "Beispiele von Kooperationen und Aktionen". Werbekataloge und Produkte der Firmen. natur 1/95 (S. 75).
- 17 Katalog "Internationale WWF-Collection 97/98". Kooperationen des WWF-International in "Natur" 11/1986, S. 29.
- 18 Mündliche Mitteilungen aus DBV-Führungsgremien.
- 19 "Öko-Sponsoring" (siehe 6, S. 35+36, 51-53). Anzeigen in "Naturschutz heute". Tengelmann-Heft "Die Natur braucht Schutz". Presseinformation des NABU (ohne Datum, Teil der Pressemappe). Jahresbericht '96.
- 20 Ford-Presseinformation, Februar 1997 (12).

- 21 Regionale Kooperation. **Informationsblatt "Nature support"** (ohne Datum).
- 22 **Naturschutz heute 1/1996** (vorletzte Seite).
- 23 **Naturschutz heute 1/998. Aufruf des Siemensboykotts vom 22.1.1998. Junge Welt vom 16.2.1998** (S. 6). **FR vom 19.2.1998** (S. 4). Mit der gleichen Firma hat auch der VCD einen Werbevertrag und bietet seinen Mitgliedern Handys an. In der Werbung wird allerdings ein Philippsgerät präsentiert.
- 24 **"Natur" 5/85**, S. 8.
- 25 **NABU-Broschüre "Die Elbtalau"** (S. 22). **Mail von Michael Ganschow**, Grüne Liga, vom 1.10.1996.
- 26 Selbstdarstellungs- und Werbeunterlagen zum Wettbewerb, erstellt von Commerzbank und Zeitung "impulse".
- 27 Quelle: Werbekataloge der Firmen und Anzeigen in der NABU-Zeitung "Naturschutz heute".
- 28 Vor allem in den Schriften lokaler Gruppen, z.B. Jubiläumsheften, prangen Anzeigen vieler umweltschädlicher Firmen.
- 29 **Presseinformation von Neckermann (28.8.1995)**.
- 30 Mündliche Aussagen aus dem Jugendumweltbüro Göttingen, der Koordinationsstelle von "Total Tote Dose".
- 31 **BUNDmagazin 4/97** (S. 2, 28+29). Versicherungsangebote im **Katalog des BUNDladens 1997**.
- 32 Das zeigt, in welcher Entwicklung sich der BUND zur Zeit befindet. Viele neue Mitglieder und FunktionsträgerInnen, ganz besonders aus der BUNDjugend, stehen für staats- und wirtschaftsnahe Positionen. Die "Alten" versuchen, fundamentale Aussagen zu erhalten.
- 33 **Jutta Dittfurth, 1997, "Feuer in die Herzen"**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg (S. 456+457).
- 34 **Pressemitteilung des BUND vom 29.11.1995**.
- 35 BUND-Broschüre **"rückblick 96"**, S. 27. **Vorstandsbericht** zur Delegiertenversammlung 1997.
- 36 Verschiedene Presseveröffentlichungen, u.a. **FR vom 12.2.1998**.
- 37 U.a. vertrat er die Stiftung auf der DNR-Mitgliederversammlung 1997.
- 38 Der zweite Geschäftsführer der DUH, Jürgen Resch, ist Schatzmeister des DNR. In Radolfzell sitzt die Geldfilz-Zentrale der etablierten Umweltschutzorganisationen.
- 39 Selbstdarstellung der Stiftung.
- 40 Zeitschrift **"euronatur" 1/1997**, S. 22. Vorgänger von Roth war DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch.
- 41 DUH-Werbeblatt **"Projekte und Aktionen"**. Zeitschrift **"DUHwelt" Nr. 3**, S. 12+13.
- 42 **Presseunterlagen der Lufthansa von September 1994**.
- 43 Vorkopien der Projektbeschreibungen von "natürlich mobil", zugesandt als "unkorrigierte Fassung" am 9.4.1997. **"euronatur" 3/1995** (S. 2+3, 8+9).
- 44 Einige der benannten Gebiete sind Projekte der Umweltverbände BUND oder Naturschutzbund.
- 45 Siehe u.a. **"euronatur" 4/1994** (S. 7, 10, 13), **2/1996** (S. 3), **1/1997** (S. 6).
- 46 **"euronatur" 2/1996** (S. 15), **1/1994** (S. 3), **1/1997** (S. 3).
- 47 **Handelsblatt vom 15.3.1995**.
- 48 **"DUHwelt" Nr. 3**, S. 29.
- 49 **"DUHwelt" Nr. 3**, S. 28.
- 50 Als Projekt wurde der Immobilienfonds für die Rommelmühle gegründet. Mindesteinlage: 30.000 DM – Geldanlagen ist nur für Reiche möglich (siehe Kap. 3.9). Der Zins soll an die DUH gehen, freiwillig. Quelle: **Ökorespondenz Nov. 1997** (S. 1+19)
- 51 KritikerInnen des Ökosponsorings nahmen an der Talkrunde nicht teil. Moderator war Volker Angres, selbst oft im Mittelpunkt des Filzes von Umweltverbänden, Staat, Wirtschaft und Medien. Am Ende der Sendung rief Upenbrinck zu Spenden für die SEN auf.
- 52 **"euronatur" 1/1997**, S. 7.
- 53 Ganz anders der wissenschaftliche Beirat des BUND, der für einen Ausstieg votierte, und Hubert Weinzierl, der sich vom DUT distanzierte und nicht kam – im Vorstand für seine Position aber keine Mehrheit hatte.
- 54 Leiter der Akademie ist Euronatur-Präsident Claus-Peter Hutter.
- 55 **"Öko-Sponsoring"** (siehe 6, S. 49).
- 56 Aufdruck der Firmenlogos auf der Titelseite der Information, Beschreibungen dazu auf der Rückseite.
- 57 A.U.G.E.-Veröffentlichung **"Die umweltfreundlichen Haushalte 1989"**. Pressemitteilung und Selbstdarstellung.
- 58 A.U.G.E.-Selbstdarstellungsbroschüre.
- 59 Infoblatt **"Umwelt gewinnt"**. **Brief an Umweltverbände vom 13.6.1997** mit Anlagen (darin findet sich auch ein Bezug auf die Agenda 21). **Pressemitteilung** zum Einstieg von Spinnrad (ohne Datum, mit Begleitbrief vom 16.7.1997).
- 60 Unterlagen zum K.U.K.I.-Konzept, ohne Datum. Copyright bei Maximilian Gege.
- 61 Selbstdarstellung in **"Deutscher Umwelttag 1992 Ein Portrait seiner Mitgliedsverbände"**.
- 62 Übersicht über B.A.U.M., erstellt von B.A.U.M. Quelle: **BUNDjugend, 1994, "Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft"** (S. 31).
- 63 **Pressemitteilung der Stiftung vom 24.1.1997**.
- 64 **Umweltbericht 1995 der BASF** (S. 29).
- 65 Nicht gemeint sind Proteste gegen Windräder, die das ökologische Argument nur vorschieben. So agiert z.B. der im rechten Ökologielager verankerte und von Stromkonzernen gesponsorte Bundesverband für Landschaftsschutz. Zur Problematik "Windenergie und Naturschutz" siehe **O-Punkte, Startausgabe** (S. 16-18).
- 66 Das ist oft nötig, wenn z.B. Wirtschaftsförderung, ABM-Gelder oder Eigenheimzulagen kassiert werden sollen. Aus den UmweltschützerInnen sind Top-Öko-Manager geworden, die Geldquellen perfekt auszunutzen wissen.
- 67 **"Natur" 2/1983** (S. 19-23). Mündliche Mitteilungen.
- 68 **Pressemitteilung von Greenpeace am 28.12.1997**.
- 69 **"Feuer in die Herzen"** (siehe 33, S. 459)

- 70 **Pressemitteilung von Hoechst vom 24.10.1996**. Berichte in Presse und Öko-Instituts-Mitteilungen. Mündliche Mitteilungen aus dem Institut. Die Einstellung der BI-Unterstützung betrifft u.a. die Bereiche Immissionsschutz, Gentechnik und Energiewende.
- 71 Umweltbericht von Trevira (S. 28+29). Jahrbuch 1995 des Wuppertal Instituts.
- 72 A.U.G.E.-Selbstdarstellung.
- 73 **Presseinformation des Deutschlandfunks von Mai 1987** (ohne genaues Datum).
- 74 **"Öko-Sponsoring"** (siehe 6, S. 23). Hutter ist zudem Präsident der Stiftung Europäisches Naturerbe.
- 75 Die Allianz verbindet über Beteiligungen und Aufsichtsratsitze Atom-, Chemiekonzerne und Großbanken. Der Allianz kommt daher eine verknüpfende Aufgabe innerhalb der Großkonzerne zu (Mittelpunkt des Filzes).
- 76 Selbstdarstellungen und Programme des Otterzentrums.
- 77 Commerzbank-Broschüre **"Praktikum für die Umwelt"**.
- 78 **"Natur" 5/87**, S. 15.
- 79 Broschüre zur Aktion. Berichte im **"BBU-Infodienst"**.
- 80 **"Natur" 2/1981**, S. 11.
- 81 Buch **"Deutscher Umwelttag 1992 Ein Portrait der Mitgliedsverbände"**. Programm&Katalog. DUT-Werbung.
- 82 **ÖkoLinX April 1993** (S. 35).
- 83 **Protokolle der Jugendgeschäftsführerkonferenzen vom 13.9. und 29.10.1991**.
- 84 Die Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirates des BUND, aus dem DUT auszusteigen, kommentierte der ehemalige BUNDjugendsprecher Peter Westenberger gegenüber der Presse als "peinlich" (siehe Kap. 3.2.1).
- 85 Verschiedene Quellen, u.a. **Mittelbayrische Zeitung vom 16.9.1992**. Wein-Interview: **FR vom 27.8.1992**.
- 86 **"Ökotest" 9/1992** (S. 26).
- 87 Der Städtetag ist Interessenvertretung der OberbürgermeisterInnen, die in der Regel GegnerInnen von Akteneinsichtsrecht, mehr BürgerInnenbeteiligung und direkter Demokratie sind.
- 88 **"verDUTzt", Stimme des "DUT von unten", 18.9.1992** (S. 2). **Presseinformation der KLJB vom 5.10.1992**.
- 89 Schriftliche Fassungen der Redebeiträge zur DUT- und Umweltmesseeröffnung am 18.9.1992.
- 90 Die **FAZ** feierte den DUT in einem **Kommentar am 20.9.92** als "rechten Weg" und kritisierte den BUND-Chef Weinzierl wegen seiner DUT-kritischen Position.
- 91 Im Katalog der Messestände ist die Atomindustrie mit Stand-Nummer E laufgeführt (S. 224).
- 92 Im Bericht fand sich auch die Anmerkung, daß DUT-HelferInnen zur Begrüßung gesammeltes Werbematerial der Umweltverbände, von TetraPak, Grünem Punkt, der Chemischen Industrie und der Commerzbank bekamen.
- 93 **Pressemitteilungen vom 19.9. und 22.9.1992** (mit Zahlen von 80.000 bzw. 100.000 BesucherInnen).
- 94 **Brief des DNR an den DUT-Vorstand (ohne Datum)**.
- 95 **Protokoll der DNR-Mitgliederversammlung 1992 (TOP 10)**. Unter den finanziellen Opfern der Zahlungsunfähigkeit waren z.B. Öko-Küchen, Zulieferer, Druckereien usw.
- 96 **Gesprächsnotiz** von DUT-Funktionäre mit dem hessischen Umweltminister Joschka Fischer.
- 97 Finanzszenario bei Absage des DUT zum 30.6.1992.
- 98 Dokumentationsbuch **"Ja zum Leben – Mut zum Handeln"**.
- 99 Verkauf an West- oder internationale Firmen, Verhinderung von kollektiven Betriebsstrukturen usw.
- 100 Auf der DNR-Mitgliederversammlung 1997 sprach Jürgen Resch von 5 VertreterInnen der Umweltverbände in Expo-Gremien. **"Wer macht was bei der Expo", in Relaciones 2/1996** (S. 7). Text von Jürgen Resch im **Rundbrief 4/1997 des Forum U&E** (S. 6).
- 101 **"change"** (Werbezeitung der chemischen Industrie), Interview mit Ricardo Diez-Hochleitner (S. 36+37).
- 102 **"Relaciones"** (siehe 100).
- 103 Telefonische Auskunft von der Expo GmbH.
- 104 Liste der weltweiten Projekte in Deutschland (**Fax der Expo-Projektleitung vom 2.6.1997**). Broschüre **"Expo 2000 Hannover"**. Die zusätzlichen Informationen stammen aus Selbstdarstellungen oder Telefongesprächen mit den Projekten selbst. Der NABU ging mit einer gemeinsam mit der Expo und der DBU veranstalteten Tagung vom 20.-23.3.1998 an eine breite Öffentlichkeit.
- 105 **BUND-Antrag aus Sachsen-Anhalt vom 2.4.1996**, der einstimmig angenommen wurde. Mündliche Mitteilung aus Grüner Liga.
- 106 Protokolle der Treffen niedersächsischer Umweltverbände mit dem DNR am 27.2.1996. Antrag an den DNR, sich gegen die Expo 2000 auszusprechen (vom 23.11.1991). **Brief des DNR an die Mitgliedsgruppen vom 7.2.1996**.
- 107 Gleiche Aussagen finden sich im **Brief des DNR an die Mitgliedsgruppen vom 7.2.1996**. Konzept für die Entscheidungskommission auf Bundesebene von DNR, VENRO und lokalen Gruppen vom 20.9.1996.
- 108 In einem **Brief vom 15.10.1996** schrieb Röscheisen selbst von der "Entscheidung des DNR-Vorstandes, Herrn Jürgen Resch als Vertreter für den Expo-Beirat zu nominieren".
- 109 In einer Wortmeldung auf der DNR-Mitgliederversammlung 1996.
- 110 Bei der Abstimmung lag auch ein zweiter Beschlußvorschlag vor, der keine kritische Position zur Expo aufwies.
- 111 Die Grüne Liga ist allerdings auch selbst mit Projekten bei der Expo vertreten (Sachsen-Anhalt, Dresden).
- 112 Ein Jahr später wurde das Protokoll korrigiert, der Unvereinbarkeitsbeschluß allerdings auf die zentralen Expo-Veranstaltungen in Hannover beschränkt. Auch auf Nachfragen konnte (und wollte) niemand klären, welche Wirkung die DNR-Beschlüsse entfalten.
- 113 Die hannoverschen Anti-Expo-Gruppen haben 1997 ihr Engagement stark zurückgefahren, zudem sind Hauptträger (Ralf Strobach von der Bürgerinitiative Umweltschutz und Robert Exner vom BUND Niedersachsen) in Organisationen eingebunden, die stark von der Stadt Hannover oder dem Land Niedersachsen abhängig sind. Ralf Strobach stimmte in einem **Brief vom 18.2.1998** zwar der Einschätzung zu, daß die Umweltverbände kein Anti-Expo-

- Haltung mehr hätten, sprach sich aber dennoch dagegen aus, die Annäherungsversuche der Umweltverbände öffentlich zu machen: "Wenn Du behauptest viele Verbände machen mit, erleichtert das, zusätzlich zu dem Druck von der Expo, der Bundesregierung und Fördermittelgebern, manchen Verbänden eher noch den Einstieg. Nach dem Motto: wenn sowie alle dabei sind, können wir doch auch."
- 114 Venro war als Hauptpartner des DNR bei den Vorbereitungen zur Expo im Gespräch. Der Verband hat sich sehr eindeutig für eine Expo-Teilnahme ausgesprochen (siehe **Rundbrief des Forum Umwelt & Entwicklung 4/1997**, S. 13). Im März 1998 startete Venro eine Umfrage, welche Gruppe was bei der Expo macht.
- 115 Besonders aktiv war der Leiter der Akademie für Natur- und Umweltschutz in Baden-Württemberg, Claus-Peter Hutter. Er ist auch Präsident der Stiftung Europäisches Naturerbe (siehe Kap. 5.2.1) und hat zu dem Treffen eingeladen (siehe Protokoll).
- 116 Mündliche Mitteilungen aus dem Bündnis.
- 117 Vom DNR ohne weitere Kommentare an Mitgliedsverbände versandt.
- 118 Schon das war falsch (siehe 115).
- 119 Die Umarmungstaktik hatte ohnehin schon merkwürdige Blüten getrieben: Hans-Olaf Henkel, Präsident des BDI und prominentester Scharfdemacher gegen Umweltschutz und gerechtere Weltmarktstrukturen, war 1992 von WWF und der Zeitschrift "capital" zum Ökomanager des Jahres ernannt worden (siehe Kap. 5.2.1).
- 120 Einige von ihnen hatten schon 1994 gefordert, alle Umweltschutzaktivitäten in Deutschland sollten nur noch der Verwirklichung einer Steuerreform dienen (siehe Kap. 5.1.4).
- 121 Text "Kohls Geheimgespräche und Schröders Dolchstoß", in **Publik Forum 9/1997**.
- 122 Etliche der Verbände, u.a. Grüne Liga, BBU, Katalyse Institut und Robin Wood wurden auf die Mängel im Steuerreformkonzept angesprochen, allerdings blieben alle dabei, obwohl einige die Ausnahmegenehmigungen ebenso als Fehler einstufen. Der BBU bat am 29.8.1997 um erneute Diskussion, die aber vom DNR-Projektleiter Martin Rocholl mit **Brief vom 15.9.1997** abgelehnt wurde.
- 123 Da war sogar das Konzept des NABU von 1995 besser, weil es wenigstens präzise Festlegungen machte, wie Ausnahmegenehmigungen aussehen sollten und diese eher Hilfen zur Umstellung als bedingungslose Befreiungen oder Ermäßigungen wären (**Pressemitteilung des NABU zur "Ökologischen Steuerreform", 10.11.95**, zu Ausnahmen: S. 7). Der NABU verfolgte sein Konzept aber nicht weiter und unterstützte das DNR-Konzept.
- 124 Neben und nach dem Haupttext des Positionspapieres finden sich unterstützende Zitate u.a. des Vorstandsvorsitzenden der BAYER AG, des Bayrischen Landtages und des CDU-Landtagsabgeordneten Josef Göppel, von Wolfgang Schäuble, CDU, und anderen Bundestagsabgeordneten und Parteivertretern und von AEG. Das Papier ist gefördert vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt, die dafür bekannt sind, geförderte Veröffentlichungen vorher "Zensur" zu lesen.
- 125 Zusammenstellung von Anmerkungen und Kritik vom 16.4.1997.
- 126 **Spiegel 22/1997** (zitiert nach Zukünfte Frühjahr 1997, S. 47+48). Berechnungsgrundlage ist dort eine Ermäßigung um 20 Prozent für alle Betriebe, der DNR fordert sie nur für die Großenergieverbraucher. Da diese aber den Großteil der Energie verbrauchen, dürften die Zahlen nicht weit abweichen von dem, was auch für den DNR-Vorschlag gelten würde.
- 127 Nr. 2 (5/1997, S. 8+9).
- 128 VERbunt-Projekt, dessen Ökologisches Zentrum Ende 1997 auch als eines der ersten Projekte erhebliche Geldmittel erhielten, und JANUN.
- 129 Redebeiträge auf der BUND-Bundesdelegiertenversammlung 1997.
- 130 Allerdings erwähnte er einen früheren Hilfebrief an den bayrischen BN, den dieser nicht beantwortet habe – eine Klärung dieses Vorwurfs erfolgte nicht.
- 131 Mehr Geld forderten auch andere BUND-Vertreter, siehe **FR 15.4.1997**.
- 132 Gesellschafter sind in der Hauptsache RWE, PreußenElektra und die Bayernwerke.
- 133 Ex-BUND-Landesvorsitzender von Hessen.
- 134 Zustimmungen: Marc Engelhardt, Jürgen Rosemund, Michael Schäfer, Angelika Zahrnt, Angela Zscheischler. Enthaltung: Ralf-Uwe Beck. Gegenstimmen: Gerhard Kneitz, Hubert Weinzierl. Quelle: Unterlagen zur Delegiertenversammlung 1997.
- 135 In einigen Redebeiträgen nahmen die Kritiker wenig Rücksicht auf kritisierte Personen und griffen diese so scharf an, daß sie beleidigt mit gleichen Mitteln zurückschlugen. Letztlich hatte die Gruppe, die scharfe Diskussionen grundsätzlich nicht wollte und die große Harmonie im Verband beschwor, eine knappe Mehrheit.
- 136 Der Jugendantrag enthielt ähnliche Vorschläge wie der Antrag der fünf BefürworterInnen im BUND-Bundesvorstand um Angelika Zahrnt – ein weiteres Indiz für die Nähe der BUNDjugend zu denen im BUND, die einen wirtschafts- und staatsnahen Kurs fahren.
- 137 Den JugendvertreterInnen war es aber vor allem peinlich, daß andere ihr Stimmverhalten mitbekamen. So stellten sie mit der Begründung, ihr Stimmverhalten würde beobachtet, den Antrag auf geheime Wahl bei den Abstimmungen über die Kritik bzw. Rücktrittsforderungen.
- 138 Solche Gelder wurde als Zahlungen an die verhandelnden Umweltverbände beschrieben.
- 139 **AEG, "Grünbuch '97"** (S. 54+55).
- 140 **"Grüne Depesche" 1/1996** (S. 20). **Spiegel special 11/1995**. **Claudia Peter/Hans-Joachim Kursawa-Stucke, 1995, "Deckmantel Ökologie"**, Knaur, München.
- 141 **"Printzip" 1/1998**.
- 142 **Presseinformation von "Ökontor" aus März 1990**.
- 143 **Brief vom "Das Bessere Müllkonzept" (8.12.1993)**. **Verbraucher Telegramm 9/1992** (S. 3).
- 144 Bericht "... und treiben mit Entsetzen Scherz" in "Natur" (Ausgabe: ?).
- 145 Siehe 140 und **Brief vom Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre vom 25.8.1997**.